

# Saar-Freund

Nachrichten aus dem  
abgetrennten  
Saar- und Pfalzgebiet



Mitteilungsblatt  
des  
Bundes der Saar-Vereine

Nummer 17 • 7. Jahrgang

Berlin, 1. September 1926.



## Das Ergebnis von Köln.

Auf dem Breslauer Katholikentag hielt am 21. August Reichskanzler Dr. Marx eine vielbeachtete Rede über die gegenwärtige Lage der Außenpolitik. Dabei streifte er auch kurz die Saarfrage und stellte fest, daß der gegenwärtige Stand der Saarpolitik zwar gewisse erfreuliche Fortschritte aufweise, daß aber trotzdem die Reichsregierung ihrerseits in der Saarfrage nicht die Hände in den Schoß legen werde. Bei der vorsichtigen abwägenden Art, mit welcher Reichskanzler Dr. Marx gewisse außenpolitische Probleme zu behandeln pflegt, ergibt sich aus seinen Worten eine Bestätigung der Auffassung, wie sie vom Saar-Verein und Saar-Freund bisher vertreten wurde und wie sie bestimmend war für die Arbeit, die von beiden Organen zu leisten ist. Man wird dem Reichskanzler bestimmt nicht vorwerfen können und wollen, daß er die Entwicklung der außenpolitischen Lage allzu pessimistisch beurteilt. Wenn er dennoch zwar einen gewissen Fortschritt in der Saarfrage feststellt, aber gleichwohl auch für die Zukunft die Notwendigkeit unterstreicht, daß die deutsche Reichsregierung sich der Saarfrage unvermindert annimmt, so heißt das aus der diplomatischen Sprache in die allgemeine Verkehrssprache überfetzt, daß die Saarfrage noch nicht die Entwicklung genommen hat, die man erwarten durfte, erwarten durfte gerade nach Locarno.

Saar-Verein und Saar-Freund sind keine amtlichen Einrichtungen, so daß sie sich weniger auf diplomatische Gewundenheiten einzustellen brauchen, wenn sie zur Saarfrage etwas zu sagen haben. Ihre Aufgabe im Interesse der Aufklärung über das Saargebiet ist es, die Dinge so zu zeigen, wie sie sind und nicht so, wie sie erwünscht wären. Der Aufklärungsarbeit kann es nicht dienen, wenn beispielsweise die Frage der französischen Saarbesatzung von dem Gesichtspunkt aus behandelt würde, daß hierin schon wesentliche Fortschritte erzielt worden seien. Weil eine Saarbesatzung unvereinbar mit den Saarstatutbestimmungen ist, stellt sie einen Vertragsbruch dar. Ihn so zu nennen liegt im Interesse sachlicher Aufklärung. Für uns kann auch nicht in Frage kommen, daß wir die ungeheure Not im Saargebiet, wie sie von allen Gliedern der Saarbevölkerung und der Saarwirtschaft empfunden wird, lediglich als die unabwendbaren Folgen der Frankeninflation darstellen, ohne darauf hinzuweisen, daß die Einführung der Frankenvährung seinerzeit eine Eigenmächtigkeit des damaligen französischen Saarpräsidenten Kautz war, die ebenfalls einen Vertragsbruch darstellte. Man braucht deshalb kein Gegner des Völkerbundes zu sein, wenn man ihm vorwirft, daß er diesen und manchen anderen Vertragsbruch durch die Saarregierung sanktioniert hat. Bis tief in das sozialdemokratische Lager hinein ist man auch heute noch davon überzeugt, daß der Völkerbund, wie er sich bisher der Welt in seinen Maßnahmen und Entscheidungen zeigte, nicht der Völkerbund ist, der den idealen Zielen und völkerver-

jöhrenden, friedensschaffenden Bestrebungen entspricht, die von einer Völkergemeinschaft für kulturellen Fortschritt, Völkerdemokratie und Weltversöhnung gefordert werden muß. Nicht dadurch entwickelt sich das Kind zum edlen und gerechten Menschen, daß man ihm seine Unarten und üblen Angewohnheiten ungerügt durchgehen läßt. Nur Aufzeigen, wo Fehler, wo Mängel, wo böser Wille vorliegen, kann Abhilfe bringen.

So war der sechsten Tagung des Bundes der Saar-Vereine, die vom 14. bis 15. August in Köln stattfand, die Aufgabe gestellt, einmal zu zeigen, was im Saargebiet geschehen ist, geschehen ist gegen Recht und Vertrag, zum andern, was getan werden muß, um die baldige Rückkehr des Saargebiets zum deutschen Vaterland, zur deutschen Volksgemeinschaft zu erleichtern. Gerade an dieser Stelle ist in der Festnummer des Saar-Freund von den verschiedensten berufenen Persönlichkeiten gezeigt worden, welche Entwicklung die Verhältnisse an der Saar unter den Verwaltungsmaßnahmen der vom Völkerbund eingesetzten Regierungskommission genommen hat, es ist nachgewiesen worden, wie wenig man im allgemeinen über die Vorgänge an der Saar im übrigen Deutschland unterrichtet ist, mit welchen Mitteln versucht wurde, in das Deutschtum an der Saar Bresche zu legen. In der Mitgliederversammlung der Bundestagung ist durch den Vorsitzenden des Bundes, Oberlandesgerichtsrat Andres, wie auch durch den Geschäftsführer, Verwaltungsdirektor Vogel, ein eingehendes Bild von der Arbeit gezeichnet worden, die bestimmt wurde, durch die Entwicklung der Dinge an der Saar. In seinem Bericht über die Arbeit des Bundes der Saar-Vereine im Jahre 1925 stellte Herr Vogel ausdrücklich fest, daß der Bund der Saar-Vereine keine selbständige politische Aktion durchzuführen hat, daß seine Haupttätigkeit vielmehr die Aufklärungsarbeit ist, die hinsichtlich der Saarfrage im In- und Auslande zu leisten ist und um so planmäßiger geleistet werden muß, als die französische Propaganda im Sinne der Clemenceauschen Lüge von den 150 000 Saarfranzosen unbeirrt weiter arbeitet. Aus dieser Aufklärungsarbeit ergibt sich von selbst die politische Aufgabe, die der Bund der Saar-Vereine zu übernehmen hat: Solange das jetzige Saarregime mit dem ausgesprochenen Ziel der Schaffung neuer staatspolitischer Verhältnisse an der Saar besteht, solange muß das gesamte deutsche Volk der saardeutschen Bevölkerung in unermüdlichem, hartem Abwehrkampf zur Seite stehen. Herr Vogel stellte dabei die Frage, ob sich in der Saarfrage national- oder staatspolitische Gefahren gezeigt hätten, nachdem man selbst in Frankreich anerkennen mußte, daß es politisch den Kampf um die Saar verloren hat. Es konnte ihm nicht schwer fallen, diese Frage zu bejahen an Hand jener Beispiele, die in der Zusammenfassung der von der Saarregierung durchgeführten Maßnahmen sich als eine Mißachtung des Selbst-



bestimmungsrechts, als eine Verletzung der Instruktionen darstellen, die der Saarregierung seinerzeit vom Völkerbundsrat gegeben worden sind.

In Breslau hat der Kanzler festgestellt, daß in der Saarfrage gewisse Fortschritte erzielt worden sind, daß aber dennoch die Reichsregierung ihrerseits in dieser Frage die Hand nicht in den Schoß legen werde. Seine Worte sind eine Bestätigung dessen, was in den Tätigkeitsberichten des Vorsitzenden und des Geschäftsführers des Bundes der Saarvereine festgestellt worden ist.

In der öffentlichen Vortragsveranstaltung des Bundes stellte Oberlandesgerichtsrat Andres als Ziel des Bundes die Herstellung einer Einheitsfront, einer Arbeitsgemeinschaft auf, die der inneren einmütigen deutschen Einstellung der Saarbevölkerung entspricht. Diese geschlossene Einheitsfront muß aufgerichtet und hochgehalten werden, solange das Saargebiet nicht zum deutschen Vaterland zurückgeführt ist.

Ähnliche Gesichtspunkte sind auch vom Reichskanzler in der Versammlung des Volksvereins für das katholische Deutschland in Breslau angeschnitten worden, wenn er ausführte: „Der Geist des Individualismus beherrscht noch zu sehr die einzelnen Kreise unseres Volkes, ein Individualismus, der jeden Gemeinschaftssinn ertötet und ersticht. Erneuerung des Gemeinschaftssinnes muß eine vornehmliche Aufgabe all derjenigen sein, denen die Pflicht obliegt, für das Wohl des Volkes und des Staates zu sorgen.“

Eigentlich so selbstverständliche Gesichtspunkte, besonders soweit sich die Gemeinschaftsarbeit auf Fragen bedrohten oder bedrängten Deutschtums, vergewaltigten deutschen Bodens bezieht. Und dennoch hält es so außerordentlich schwer, zu dieser Einheitsfront zu kommen. Weshalb? Das deutsche Volk in seiner parteipolitischen Zersplitterung und seinen Meinungsverschiedenheiten über nationale Forderungen ist leider auch in der Saarfrage nicht zu gemeinsamer Zusammenarbeit zu bringen. Im Vordergrund stehen immer wieder parteipolitische Hemmungen, selbsttötender Klassenhaß, weil es ihm an nationalpolitischer Schulung fehlt. Gerade der als einheitliche nationale Kundgebung gedachte öffentliche Aufzug im Rahmen der Kölner Veranstaltungen für Saar, Rhein und Pfalz hat gezeigt, daß nationaldeutsche Fragen von parteipolitischem Fanatismus erdrückt werden. Schien zunächst auch der Wille bei allen in Frage kommenden Organisationen, Verbänden, Vereinen usw. vorhanden zu sein, für die Deutscherhaltung des Saargebiets ein Bekenntnis abzulegen, so scheiterte dieser Wille auch hier an der leidigen Flaggenfrage. Daß diese Frage überhaupt in das Streben nach nationaler Arbeitsgemeinschaft hineinspielen konnte, ist ein Beispiel mehr dafür, wie unser ganzes nationales Leben durch parteipolitische Prinzipienreiterei zugrunde gerichtet wird.

Was man im weiteren Verlauf der materiellen Verhandlungen auf der Bundestagung zu hören bekam, war einmal erschütternd wegen der Tragik, die das politische, wirtschaftliche, kulturelle und soziale Leben der Saargebietsbevölkerung erfüllt und doch wiederum erhebend, wenn man erneut erfahren durfte, mit welcher unerschütterlicher Treue die Bevölkerung an der Saar zu Deutschtum, zu Heimat und Vaterland steht. Sollte es angesichts dieser Tatsachen überhaupt in der Beurteilung der Lage im Saargebiet, wie sie durch vertragswidrige Maßnahmen der Saarregierung herbeigeführt wurde, eine Meinungsverschiedenheit geben können? Ist wirklich die Saarfrage nur so zu lösen, wenn man auf die praktische Anwendung vernunftmäßiger Grundsätze durch Deutschlands Gegenpartner an der Saar wartet, weil einige wenige Vernünftige, Versöhnungsbereite in Frankreich bereit wären, sich mit Deutschland über die Saarfrage zu einigen? Ist es wirklich ratsamer, die wenigen vernünftigen Äußerungen auf französischer Seite für bedeutamer zu halten, als jene Maßnahmen, die die Lage der Saar täglich neu verschärfen, die Not vergrößern? Gibt ein Poincaré wirklich eine größere Gewähr für eine gerechte Beurteilung der Saarfrage, oder kann nur die Aufrüttelung des Weltgewissens durch immer neuen Hinweis auf die wirkliche Lage den Völkerbund an seine Pflicht erinnern?

Landesratsmitglied Rarius hat in seinen Ausführungen über die Bevorzugung der französischen Belange

im Saargebiet durch die Saarregierungscommission gezeigt, daß es eine falsche Einstellung ist, wenn man immer nur wartet, bis das Heil von selbst kommt. „Was das Saargebiet braucht ist eine Aufmunterung durch die deutschen Brüder.“ Das ist eine Mahnung, die uns alle angeht. Der Bericht, den Kommerzienrat Dr. Hermann Röbling über die Tätigkeit der Genfer Delegationen gab, ist gewiß nicht schmeichelhaft für jene französischen Völkerbundsdelegierten, die die Saarfrage als eine Angelegenheit betrachteten, die Frankreich allein angehe, in die sich andere nicht einzumischen hätten. Sollten wir über eine solche Haltung Genugtuung empfinden, sollten wir sie als die praktische Anwendung des Völkerbundsgebantens anerkennen? Wenn Frankreichs Vertreter im Völkerbund nicht geneigt waren, den saarländischen Beschwerden nachzugehen, dann mußte man sich eben an andere Staatenvertreter wenden. Daß es ein Engländer war, der Zeit und Interesse fand, sich mit den saarländischen Delegierten über die Saarfrage zu unterhalten, war bestimmt nicht jener Entwicklung ungünstig, von der Reichskanzler Dr. Marx feststellte, daß sie gewisse Fortschritte zeigt. Es ist aber noch nicht alles erreicht, eigentlich sogar recht wenig. Selbst jene Zusagen Briands im Sommer vorigen Jahres haben im Saargebiet noch keine Auswirkung gefunden.

Was das Landesratsmitglied Ratz über die wirtschaftliche und soziale Lage der Arbeitnehmerschaft des Saargebiets berichten mußte, hätte nach unserer Auffassung längst ein Eingreifen des Völkerbundes gegen jene Faktoren veranlassen müssen, die sie verschuldet haben. Wir im Saarverein wissen sehr wohl, woher die Not kommt und wie verheerend sie jeden einzelnen im Saargebiet ergreift. Es mußte aber hinausgeschrien werden in die Welt, es mußte einmal von berufenen Vertretern der schaffenden Stände des Saargebiets der Finger in die Wunden gelegt werden, die der saarländischen Arbeitnehmerschaft geschlagen worden sind durch Einführung der französischen Währung, durch Zerstörung der natürlichen Verbindungen des Saargebiets zur deutschen Sozialversicherung usw. Herr Ratz sieht in der Entwicklung und in der wohldurchdachten systematischen Arbeit der französischen Grubenverwaltung an der Saar zur Demoralisierung von Beamten und Arbeiterschaft eine große Gefahr für das Deutschtum an der Saar. Hätte er sonst Veranlassung gehabt, Deutschland zu größter Aufmerksamkeit diesen Dingen gegenüber zu mahnen?

Und dann die ersten ergreifenden Worte des katholischen Pfarrers Dr. Schlich über die Autonomiefrage. Dieser geistliche und politische Führer an der Saar, der die politischen Strömungen der Masse wie auch die leisen Herzensneigungen des einzelnen Individuums auf Grund seiner seelsorgerischen Tätigkeit täglich beobachtet und empfindet, warnte mit tiefer Eindringlichkeit vor dem Gedanken der Autonomiebewegung. Wagt es wirklich einer, diesem ersten Mann und erprobten Deutschen Uebertreibung oder Verkennung der Tatsachen nachzusagen? Wenn es geschieht, dann aus parteipolitischer Gegnerschaft!

Wir, die wir glauben, mit der Bevölkerung des Saargebiets, mit ihren Nöten, ihren Wünschen und Hoffnungen vertraut zu sein, standen erschüttert unter dem Eindruck, den die Männer aus dem Saargebiet mit ihren Berichten, ihren Forderungen, ihren Mahnungen und Warnungen hinterließen. Auch in der Aussprache, die sich an diese Referate anschloß, zeigte sich dieser gewaltige Eindruck, der durch die überragenden Ausführungen Dr. Schlichs bei der gemeinsamen Kundgebung im Kölner Messegebäude noch erhöht wurde. Hinter seinen Ausführungen steht die Auffassung der übergroßen Mehrheit der Saargebietsbevölkerung. Seine Rede, die in der Riesenversammlung wiederholt stürmische Zustimmung auslöste, war ein Bekenntnis des Saargebiets zum deutschen Vaterland, wie es packender und überzeugender nicht zum Ausdruck gebracht werden konnte. Er wies den Gedanken einer Saarautonomie, die verschiedentlich als importierte Pflanze im Saargebiet propagiert wurde, mit aller Eindeutigkeit zurück, da sich hinter diesem Gedanken die französische Propaganda verbirgt. Für das Saargebiet gibt es, wie auch Dr. Schlich mit besonderer Betonung unterstrich, nur ein Ziel: Rückkehr des Saargebiets zum deutschen Mutterlande.



Diesen Bekenntnisworten ging der Gruß der Reichsregierung und der preußischen Staatsregierung voraus, wie er durch den Oberpräsidenten Dr. Fuchs überbracht wurde. In der Befreiung der ersten Zone und in der überwältigenden Kundgebung am Rhein sieht Dr. Fuchs die Hoffnung für eine weitere glückliche Gestaltung unseres Geschicks und die Erlangung einer uneingeschränkten Freiheit. Der Wille zur Verständigung müsse und werde im Interesse des wahren Friedens alle Völker umfassen. Aber auch er erblickt den Weg zum endlichen Frieden nur darin, daß die Trennungsschranke zwischen uns und denen, die von unserem Blute sind, die zu uns gehören, fallen!

Wenn wir alles das, was die sechste Tagung des Bundes der Saar-Vereine an Sachlichem und Tatsächlichem, an Anregungen und Bekenntnissen gebracht hat, überblicken, können wir mit Zufriedenheit feststellen, daß der Weg, den der Saar-Verein bisher gegangen ist, der richtige war, daß seine Arbeit nicht ohne Erfolg, nicht ohne Anerkennung geblieben ist. Die Worte, die der Oberpräsident der Rheinprovinz Dr. Fuchs im Namen und im Auftrage der Reichsregierung und der preußischen Regierung an die landsmannschaftlichen Verbände und damit an den Bund der Saar-Vereine gerichtet hat, geben uns die Gewißheit, daß wir unsere Arbeit durchaus in dem Rahmen gehalten haben, der uns gezogen ist, daß wir in diesem Rahmen die Aufgaben erfüllt haben, die uns gestellt sind und das diese Aufgaben restlos in der

Richtung der deutschen Politik liegen. Wir nehmen mit Stolz die Anerkennung aus dem Munde des Oberpräsidenten der Rheinprovinz für unsere Arbeit entgegen, da sie von einer Seite kam, die, wie sie uns selbst versicherte, der Saarfrage bisher nicht so nahe gestanden hat wie gerade der rheinischen Frage und die aus dem ganzen Verlauf unserer Bundestagung die unerschütterliche Überzeugung gewann, daß im Bund der Saar-Vereine nicht nur mit Worten, sondern mit Taten gearbeitet wird, um den deutschen Stammesgenossen den Kampf um die Deutscherhaltung und baldige Befreiung ihrer Heimat zu erleichtern.

Da wir aber diese Arbeit nur losgelöst vom Parteigeganz im Rahmen unserer Volksgemeinschaft führen können und wollen, deshalb verzeichnen wir auch zum Schluß zur Mahnung an alle, die es angeht, mit Genugtuung den Satz aus dem Geleitwort des Herrn preußischen Innenministers Severing zu unserer Bundestagung, der auf die notwendige Einigkeit aller Volksgenossen im Kampf um deutsches Land und deutsches Volk hinweist:

„Möge wie bisher so auch weiterhin das gemeinsame große Ziel ausgleichend und versöhnend wirken und alle deutschen Kreise zu gemeinsamer, dem Wohle unseres Vaterlandes gewidmeter Arbeit vereinigen!“

## Ein Nachwort zur Kölner Bundestagung.

Von Karl Dilmert-Frankfurt a. M.

Nun liegt auch die Kölner Bundestagung hinter uns. Das, was auf ihr an sachlicher Arbeit geleistet und namentlich in den Reden ausgeführt wurde, kann in jeder Beziehung als außerordentlich hochstehend und wertvoll bezeichnet werden. Sowohl in der Mitglieder- und Vertreterversammlung wie in der öffentlichen Vortragsveranstaltung des Bundes der Saarvereine herrschte volle Einmütigkeit in allen Fragen. Und die aus den verschiedenen politischen und kulturellen Lagern stammenden Redner wußten ihre Themen so zu behandeln, daß ihr jeder Deutsche zustimmen konnte. Alle waren durchdrungen von dem Gedanken, daß es bei dem Bestreben, für das Saargebiet sobald wie möglich Freiheit und Wiedervereinigung mit dem Mutterlande zu erlangen, keine parteipolitischen Gegensätze geben dürfe, weder an der Saar, noch im Reiche. Die ganzen Verhandlungen waren vorwiegend darauf eingestellt, der Öffentlichkeit nachzuweisen, daß eine baldige Lösung der Saarfrage nicht nur im Interesse des Saargebietes und Deutschlands liege, sondern daß es für alle Beteiligten das Beste sei, das dem Saargebiet angetane Unrecht so schnell wie möglich wieder gut zu machen. Mit dem Verlauf der eigentlichen Bundestagung kann man daher voll und ganz zufrieden sein.

Erfreulich ist auch die Feststellung, daß sich die Presse mit der diesjährigen Tagung mehr beschäftigt hat als das in früheren Jahren bei einem solchen Anlaß der Fall war. Das hat m. E. seine Ursache vornehmlich darin, daß man allmählich in immer weiteren Kreisen Deutschlands auf die Vorgänge an der Saar aufmerksam geworden ist, nicht zuletzt dank der nachdrücklichen Abwehrtätigkeit unserer Volksgenossen im Saargebiet und der unermüdlichen Aufklärungsarbeit der Geschäftsstelle Saarverein und seiner vorzüglichen Halbmonatschrift der „Saar-Freund“. Verbunden mit der Bundestagung war auch eine große deutsche Kundgebung für Rhein, Pfalz und Saar, die gemeinsam von den im Westauschuß vereinigten Heimatsverbänden Reichsverband der Rheinländer, Verein der Pfälzer, Bund der Saarvereine und Rheinische Frauenliga vorbereitet und durchgeführt wurde. Eingeleitet wurde diese Kundgebung durch einen Festzug, dessen Zusammensetzung einem beachtlichen Teil der deutschen Presse Veranlassung zu starken Angriffen auf die Festleitung und den Geschäftsführer des Bundes der Saarvereine, Herrn Verwaltungsdirektor Th. Vogel-Berlin, gegeben hat. Da ich an den Vorbereitungsarbeiten für die Kundgebung und des Festzuges mit beteiligt war, hatte ich mich verpflichtet, auf diese Angriffe hier näher einzugehen.

Was wird behauptet? Zusammengefaßt in der Hauptsache etwa folgendes: Der nationalistisch beeinflusste Saarverein habe darauf hingewirkt, daß der Festzug in Köln einen einseitig rechtsgerichteten Charakter bekomme. Es sei infolgedessen zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen dem Saarverein und dem Reichsverband der Rheinländer — der sich offiziell vom Festzuge fern gehalten habe — gekommen. Auch hätten die christlichen Gewerkschaften Kölns es abgelehnt, sich am Festzuge zu beteiligen, weil man sich geweigert habe, sie ihrem Wunsche gemäß einzugruppieren, und die Reichsflagge dem Zuge voranzutragen.

Was ist davon richtig? Richtig ist, daß die christlichen Gewerkschaften bzw. der Deutsche Gewerkschaftsbund sich aus den genannten Gründen am Festzuge nicht beteiligten; richtig ist auch, daß der Reichsverband der Rheinländer offiziell nicht am Festzuge teilnahm und richtig ist ferner, daß der Festzug, wenn man von den unpolitischen Fahnen der früheren Berginspektion des Saargebietes, den Fahnen der Kriegervereine und Innungen abieht, durch die vielen Fahnen aus der Kaiserzeit, die die vaterländischen Verbände neben ihren Vereinsfahnen trugen, einen stark einseitigen Eindruck machte, da außer der vom Saarverein im Zuge vorangetragenen Reichsfahne im ganzen Festzug nur noch eine Studentenfahne mit den Farben schwarz-rot-gold zu sehen war. Völlig unrichtig ist es aber, hierfür die Leitung des Bundes der Saarvereine oder gar seinen Geschäftsführer, Herrn Vogel, verantwortlich zu machen. Sowohl von der Bundesleitung, wie insbesondere auch von Herrn Vogel ist alles geschehen, was man erwarten konnte, um eine Beteiligung aller für den Festzug irgendwie in Frage kommenden Organisationen und Verbände zu erreichen. Daß dies nicht gelang, ist sicherlich nicht ihre Schuld. Zum Beweise dafür diene folgendes:

Auf Grund früherer Erfahrungen waren die Leitungen der veranstaltenden Verbände der Überzeugung, daß in Köln eine große Massenkundgebung nur dann zustande zu bringen wäre, wenn es gelänge, eine starke Beteiligung an einem Festzuge zu erreichen, der dann geschlossen in die große Halle des Rheinparkes geführt werden könne, um diese zu füllen. Daher beschloß man, die große Kundgebung mit einem solchen Festzuge einzuleiten. Für die Vorbereitung der örtlichen Arbeiten wurde ein besonderer Ausschuß gewählt, dem nur Kölner Einwohner angehörten. Eingeladen zur Teilnahme an dem Festzug und der ganzen Kundgebung wurden neben dem Zweckverband



für Leibesübungen, den Kriegervereinen, den Handwerkerinnungen und ähnlichen Organisationen die Vereinigung der Vaterländischen Verbände, das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und alle drei Gewerkschaftsrichtungen (Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Deutscher Gewerkschaftsbund und Deutscher Gewerkschaftsring). Wie weit man bei diesen Einladungen gegangen ist, zeigt, daß auch der Verband Jüdischer Frontkämpfer eingeladen worden ist und auch am Festzug teilgenommen hat. Auf Anfrage über die Beteiligung erklärten sich unter anderm die Vaterländischen Verbände sofort zur Teilnahme bereit. Die Freien Gewerkschaften lehnten ab und das Reichsbanner ließ der Jüdischen Zeitung wissen, daß es sich nicht beteiligen wolle. Der Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes sagte zunächst grundsätzlich zu unter Vorbehalt eines späteren Bescheids, der dann dahin gegeben wurde, daß es schwer sei, sich offiziell zu beteiligen, weil die Mitglieder zum großen Teile auch den Organisationen angehörten, die ihre Zusage zur Beteiligung bereits gegeben hätten. Aus diesem Grunde beteiligte sich auch der Deutsche Gewerkschaftsring nicht offiziell am Festzuge.

Diese Entwicklung der Vorarbeiten für den Festzug wurde der Leitung des Bundes der Saarvereine erst gegen Ende Juli bekannt. Sie ließ ziemlich sicher erkennen, daß die Absicht, auch den Festzug überparteilich zu gestalten nur noch sehr schwer zu erreichen sei. Infolgedessen traten Herr Vogel und sein Vertrauensmann in Köln an mich mit der Bitte heran, ich möchte doch, da ich mit den Gewerkschaften besonders gute Beziehungen hätte, sofort nach Köln fahren und versuchen, ihre und die Beteiligung des Reichsbanners am Festzuge zu erreichen. Aus dienstlichen und familiären Gründen konnte ich jedoch nicht vor dem 9. August nach Köln fahren. Bei meinen Verhandlungen in Köln, die ich am 10. August aufnahm, blieben die Freien Gewerkschaften und das Reichsbanner bei ihrem ablehnenden Beschluß. Der Vertreter des ADGB erklärte, daß seine Organisationen sich nicht beteiligen könnten, weil die Ansicht bestehe, daß auf die Tätigkeit des Bundes der Saarvereine Großindustrielle aus dem Saargebiet sehr großen Einfluß ausübten und auf Grund früherer Erfahrungen die Gefahr vorliege, daß die Kundgebung einen nationalitätshauwinnistischen Charakter bekomme. Der Geschäftsführer des Reichsbanners begründete die Ablehnung damit, daß man 1. den Reichsbannerleuten nicht zumuten könne, mit den Vaterländischen Verbänden, insbesondere mit dem „Stahlhelm“, dem „Werwolf“ und dem „Tannenbergbund“ zusammen in einem Festzuge zu marschieren, und zwar nicht nur aus grundsätzlichen Erwägungen, sondern vor allem auch infolge der Lage der örtlichen Verhältnisse, 2. das Reichsbanner habe am gleichen Tage in Bonn einen Gaudtag, an dem die Kölner Mitglieder sich möglichst vollständig beteiligen sollten und 3. es bestehe die Gefahr, daß es in Köln durch Provokation von Stahlhelmleuten zu Zusammenstößen komme, wenn völkische Organisationen und das Reichsbanner gemeinsam in einem Zuge marschierten. Sowohl der Vertreter des ADGB, wie der des Reichsbanners erklärte aber, daß sie den Bestrebungen des Bundes der Saarvereine und der Bevölkerung des Saargebietes sehr freundlich gegenüberständen und es sehr bedauerten, unter den vorliegenden Umständen sich an der Kundgebung nicht beteiligen zu können.

Die christlichen Gewerkschaften und der deutsche Gewerkschaftsbund erklärten sich mir gegenüber bereit, sich auch offiziell am Festzuge zu beteiligen und ließen eine entsprechende Aufforderung an ihre Mitglieder ergehen. Sie erklärten jedoch gleichzeitig, daß sie nur unter der Bedingung mitmachen könnten, wenn dem Festzuge voran die Reichsflagge getragen werde. Auch wünschten sie in eine andere Gruppe eingegliedert zu werden. Sie sollten mit dem Gesangsverein die 6. (letzte) Gruppe des Festzuges bilden. Zunächst wandten sie sich mit ihren Forderungen an den Vorsitzenden des Festzugsausschusses. Dieser erklärte jedoch, daß er von sich aus nicht in der Lage sei, den geäußerten Wünschen zu entsprechen. Der Festzugsplan sei schon bestimmt und könnte von ihm allein nicht geändert werden. Zuständig sei hierfür nur der Festzugsausschuß. Daraufhin fand eine Besprechung der Gewerkschaftsvertreter mit Herrn Professor Rühlmann, Geschäftsführer des Reichsverbandes der Rheinländer, Herrn Klöckner und Herrn Verwaltungsdirektor Vogel statt, und zwar am Nachmittag des 12. August, bei der von den Gewerkschaftlern die gleichen Forderungen ge-

stellt wurden. Das Ergebnis der Besprechung war, daß Herr Klöckner beauftragt wurde, als Vertreter der veranstaltenden Zentralorganisationen mit den Vertretern des ADGB zum Vorsitzenden des Festzugsausschusses zu gehen und sich dort für die Erfüllung der Forderungen, namentlich soweit die Reichsfahne in Frage kam, einzusetzen. Es wurde ausdrücklich erklärt, daß, nachdem die Gewerkschaften die Forderung nach Vorantragen der Reichsfahne gestellt hätten, auch der Bund der Saarvereine und der Reichsverband der Rheinländer diese Forderung zu ihrer eigenen machten. Am Freitag, dem 13. August, vormittags 9½ Uhr, fand dann eine Besprechung mit dem Vorsitzenden des Festzugsausschusses statt. Ergebnis: Einberufung des Festzugsausschusses für Freitag, den 13. August, abends 8 Uhr. Ergebnis dieser Sitzung: Ablehnung der Forderung des Deutschen Gewerkschaftsbundes, weil sich die Vertreter der Vaterländischen Verbände, die in dem Ausschuß die Mehrheit hatten, dagegen wendeten. Dies gab den Organisationen des Deutschen Gewerkschaftsbundes Veranlassung, ihre Zusage zur Teilnahme wieder zurückzuziehen, was dann den Vorständen des Reichsverbandes der Rheinländer und des Bundes der Saarvereine wiederum Grund gab, sich mit dieser Angelegenheit zu befassen, wobei der Reichsverband der Rheinländer zu dem Ergebnis kam, sich nicht offiziell am Festzuge zu beteiligen, es den Mitgliedern jedoch freizustellen, daran teilzunehmen. Tatsächlich haben auch seine in Köln anwesenden Mitglieder sich so gut wie restlos am Festzuge beteiligt. Der Vorstand des Bundes der Saarvereine beschloß von sich aus dafür zu sorgen, daß die Reichsfahne dem Festzuge vorangetragen werde. Da die landmannschaftlichen Verbände und von diesen die Saarvereine den Festzug eröffneten, war damit die Sicherheit gegeben, daß die Reichsfahne dem Zuge vorangetragen wurde. Geäußerte Bedenken, daß die vaterländischen Verbände infolge dieses Beschlusses noch im letzten Augenblick abspringen könnten, wurden dadurch zerstreut, daß gleichzeitig beschlossen wurde, neben der Reichsfahne auch die Reichshandelsflagge sowie die Fahnen Preußens, Bayerns, Hessens und des Rheinlandes an der Spitze des Zuges zu führen. Wenn dieser Beschluß früher gefaßt worden wäre (was aber nicht angängig war, weil die Vorstandsmitglieder erst am Freitag abend bzw. Samstag vormittag in Köln eintrafen), hätte er höchstwahrscheinlich ausgereicht, um die Beteiligung des Deutschen Gewerkschaftsbundes am Festzuge zu erlangen, obschon von ihm auch Einwendungen gegen den Vorschlag, neben der Reichsfahne die Reichshandelsflagge zu tragen, erhoben worden waren. Tatsächlich sind die genannten Fahnen dem Festzuge voran (hinter dem ersten Musikkorps) getragen worden. Der Vorstand des Bundes der Saarvereine hat damit dafür gesorgt, daß die Reichsfahne den ihr gebührenden Platz erhielt. Ich für meinen Teil bedauere es sehr, daß sich das Reichsbanner und die Gewerkschaften aller Richtungen nicht entschließen konnten, am Festzuge teilzunehmen, und ich bin sicher, daß dieses Bedauern vom Vorstand des Bundes der Saarvereine restlos geteilt wird.

Gänzlich unrichtig ist auch die Behauptung, es sei zwischen dem Reichsverband der Rheinländer und dem Bunde der Saarvereine zu scharfen Auseinandersetzungen gekommen. Im Gegenteil. Beide Vorstände haben sich in der kameradschaftlichsten Weise über die Dinge unterhalten und gemeinsam, insbesondere auch die große Kundgebung in der Halle im Rheinpark durchgeführt. Führende Persönlichkeiten des Reichsverbandes erklärten mir gegenüber nach den auf den Bund der Saarvereine erfolgten Angriffen, daß sie diese Angriffe völlig unberechtigt fänden und bereit seien, an einer Klärstellung mitzuwirken. Sie seien davon überzeugt, daß der Vorstand des Bundes der Saarvereine und insbesondere Herr Geschäftsführer Vogel alles getan hätten, was nach der Lage der Verhältnisse möglich gewesen wäre, um eine einseitige Zusammenfassung des Festzuges zu vermeiden.

In einem Teil der Presse ist der Beschluß des Verbandes der Rheinländer, sich nicht offiziell am Festzuge zu beteiligen und es seinen Mitgliedern freizustellen, ob sie teilnehmen oder fernbleiben wollten, mit besonderer Anerkennung hervorgehoben worden. Es liegt mir völlig fern, an diesem Beschluß irgendwie Kritik zu üben. Aber der Hinweis darauf, daß durch seine nega-



tive Stellungnahme zu der Flaggenfrage keine Lösung der verfahrenen Angelegenheit erzielt wurde, ist doch wohl erlaubt. Der Beschluß des Vorstandes des Bundes der Saarvereine, dafür zu sorgen, daß die Reichsflagge gleich hinter der ersten Musikkapelle getragen werde, entsprach m. E. den Verhältnissen mehr, als der der Rheinländer; denn dadurch wurde wenigstens erreicht, daß die Reichsfarben nicht nur im Zuge vertreten waren, sondern den ihr gebührenden Ehrenplatz bekamen.

Nun wurde gesagt, es wäre das einzig Richtige gewesen, den Festzug ganz fallen zu lassen, nachdem der Festzugsausschuß die eigentlich selbstverständliche Forderung der christlichen Gewerkschaften bezüglich der Fahnenfrage abgelehnt hatte. Wer sollte ihn fallen lassen? Die Berliner Leitungen hatten darauf keinen maßgebenden Einfluß. Sie hatten ihn weder organisiert noch finanziert. Beides erfolgte durch die Kölner Festleitung, die der Ansicht war, die Gewerkschaften hätten mit ihren Forderungen früher kommen müssen; so kurz vor der Veranstaltung könnten Änderungen, wie sie gewünscht wurden, nicht mehr vorgenommen werden. Der selbständig arbeitende Kölner Festzugsausschuß, der alle Fäden in der Hand hatte, wäre in der Lage (und m. E. auch bereit) gewesen, den Festzug auch gegen den Willen der Berliner Leitungen so durchzuführen, wie er ihn vorbereitet hatte. Was dann, wenn es zu solchen scharfen Gegenätzen gekommen wäre? Dann wäre wahrscheinlich die ganze Kundgebung verunglückt, dann hätten die Redner der großen Versammlung, Landeshauptmann Dr. Horion, Oberpräsident der Rheinprovinz Dr. Fuchs, Präsident Dr. Kaufmann und Pfarrer Dr. Schlich wohl kaum noch reden können und die große deutsche Kundgebung für Rhein, Pfalz und Saar, die einen so glänzenden Verlauf nahm und durch Rundfunkübertragung von Hunderttausenden miterlebt wurde, hätte nicht stattfinden können. Dieser Ausfall wäre ohne Zweifel noch viel bedauerlicher gewesen, als die einseitige Zusammenziehung des Festzuges.

Nach alledem glaube ich, wird man mir zustimmen, wenn ich sage, weder dem Vorstände des Bundes der Saar-

vereine, noch der Geschäftsstelle oder ihrem Geschäftsführer Herrn Vogel können wegen der einseitigen Zusammenziehung des Festzuges berechnigte Vorwürfe gemacht werden. Wenn schon irgendein Versagen vorliegt, dann ist es in Köln zu suchen und nicht in Berlin. Allerdings werden die Vorgänge in Köln dem Vorstände des Bundes der Saarvereine Veranlassung geben müssen, noch mehr als bisher auf der Hut zu sein, damit nicht örtliche Ausschüsse über solche wichtige Fragen, wie sie in Köln zum Schluß zur Entscheidung standen, gegen den Willen der Zentralleitung entscheiden können. Die Ueberparteilichkeit des Bundes und seiner Aufgaben verlangen es, daß sich solche Vorgänge nicht wiederholen.

Sehr zu bedauern ist es auch, daß ein Teil der Presse geglaubt hat, gut daran zu tun, sich mehr mit dem Festzug zu beschäftigen als mit den Reden, die gehalten wurden. Dabei ist man verhältnismäßig weit über eine berechnigte Kritik hinausgegangen. Auch wurden Behauptungen aufgestellt, die mit der Wahrheit und den tatsächlichen Verhältnissen in Widerspruch stehen. Wenn man sich, wie es meines Erachtens Pflicht für eine ernstzunehmende Presse gewesen wäre, bei der Bundesleitung erkundigt hätte, dann hätte nicht ein so schiefes Bild in der Öffentlichkeit über die Vorgänge entstehen können, wie es jetzt teilweise entstanden ist. Auch grenzt es m. E. zum mindesten an Uebertreibung, wenn es so dargestellt wurde, als ob die ganze auswärtige Politik des Reiches durch den Festzug in Gefahr gebracht worden sei. Ich meine auch, man solle den Teufel nicht an die Wand malen. Warum dem Auslande gewissermaßen in den Mund legen, an einem solchen Festzug, der gegen den Willen der Zentralleitungen einseitig geworden war, Anstoß zu nehmen. Ich meine, es wäre im Interesse des besetzten Gebietes und des Saarlandes viel besser gewesen, mit allem Nachdruck zu versuchen, auch das Ausland auf das aufmerksam zu machen, was die Redner gesagt haben, um eine möglichst baldige Befreiung unserer leidenden Volksgenossen im besetzten Gebiet und an der Saar zu erlangen.

## M. Braun und der Saarverein.

Wir haben nicht die Absicht, uns vor Herrn Braun zu rechtfertigen, dazu ist gerade er nicht die Person, der gegenüber wir Rechenschaft schuldig wären. Wir haben auch nicht die Absicht, heute schon zu der ganzen Kölner Angelegenheit Stellung zu nehmen, da wir erst einmal die von amtlicher Seite veranlaßte Feststellung der Schuldfrage — um die der Saarverein übrigens selbst den Herrn Preussischen Minister des Innern gebeten hat — abwarten wollen. Es soll heute in dieser Frage nur festgestellt werden, daß der Kölner Festzug nicht eine Angelegenheit des Bundes der Saarvereine und seiner Bundestagung war, sondern eine solche des Arbeitsausschusses für eine gemeinsame deutsche Kundgebung für Rhein, Pfalz und Saar. Mit den Vorbereitungen zu dieser Kundgebung hatte der Bund der Saarvereine und seine Geschäftsstelle überhaupt nichts zu tun. Sie haben sich in diese Vorbereitungen erst eingemischt in dem Augenblick, als ihnen bekannt wurde, welche Schwierigkeiten sich bei der Zusammenstellung des Festzuges usw. ergeben hatten. An anderer Stelle nimmt zu den dann eingeleiteten Bemühungen ein Beteiligter Stellung, so daß sich hier ein Eingehen aus diesem Grunde schon erübrigt.

Wir lassen dahingestellt, ob der Vertreter des „Sozialistischen Pressedienstes“, der den Bund der Saarvereine und seinen Geschäftsführer Vogel die alleinige Schuld an dem Zwischenfall beimaß, über die wahren Zusammenhänge nicht informiert war. Die Tatsache steht fest, daß aus dieser Quelle eine ganze Reihe linksstehender Zeitungen das Material schöpfte, das sie gegen den Bund der Saarvereine ausschütteten. Auch Herr Braun natürlich. Dieser sammelte alle Kommentare jedoch falsch informierter Zeitungen und druckte sie gewissenhaft halbselt ab. Nur die Richtigstellung übersah er, wollte er übersehen. Herr Braun konnte wissen, wie man das im juristischen Leben nennt: unanständig! Nun, das ist keine Sache. Ihm lag daran, den Saarverein zu verdächtigen, und diesen Verdacht nicht durch das Einschießen leichtler Zweifel an der restlosen Richtigkeit des von ihm so sorgsam zusammengetragenen Materials erschüttern zu lassen.

Was beabsichtigte er damit? Er mußte den Parteivorstand mit diesen Unterlagen davon überzeugen, daß eine Verbindung der Sozialdemokratischen Partei mit dem Saarverein und mit dem „Saarfreund“ unmöglich sei. Es ist ihm auch gelungen, denn in Nr. 200 vom 30. August 26 teilte das Blatt unter der Überschrift: „Zum letztenmal: Der Bund der Saarvereine“ u. a. folgendes mit:

„Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei des Saar- gebiets und die sozialdemokratische Landesratsfraktion haben in gemeinsamer Sitzung einstimmig den Beschluß gefaßt, sowohl für die Partei, wie für ihre Mitglieder jede Mitarbeit am Bund der Saarvereine in seiner heutigen Tendenz und an seinem Organ, dem „Saarfreund“, für die Zukunft abzulehnen, und den Bezirksvorstand „Obere Rheinprovinz“ sowie den Hauptvorstand, Berlin, gebeten, diesem Beschluß auch für die innerdeutsche Partei und ihre Mitglieder beizutreten.“

Ei, ei, weshalb so eilig, Herr Braun? Hatten Sie Sorge, die von Herrn Minister Severing eingeleitete Untersuchung der Kölner Vorgänge könnte ein Ergebnis haben, das einen solchen Beschluß nicht mehr rechtfertigte? Denn der Urheber dieses Beschlusses ist Herr Braun, niemand anders! Die Ablehnung der Teilnahme der Kölner freien Gewerkschaften an dem Festzug ist das Werk Herrn Brauns, an den sie sich gewandt hatten. Würden keine anderen Beweisgründe dazu vorliegen, dann ergeben sie sich aus der Begründung, die die freien Gewerkschaften ihrer Abgabe beigegeben haben: „Die Veranstaltung geht aus vom Vorstände des Bundes der „Saarvereine“, auf den die saarländische Industrie starken Einfluß ausübt.“ Zwei Behauptungen und zwei Unrichtigkeiten, Herr Braun!

Aber woher die Feindschaft Herrn Brauns gegen den Saarverein? Weil er dem „Saarfreund“ Rache geschworen hat, dem „Saarfreund“, der es gewagt hatte, in seiner Nummer 6 vom 15. März 1925 unter anderem folgendes mitzuteilen:

„In einem Teil der Saarbrücker Presse ist das nachstehende Schreiben des bisherigen Geschäftsführers der sozialdemokratischen „Volkstimme“ in Saarbrücken, Johann Feld, veröffentlicht worden:

An den Vorstand der Sozialdemokratischen Partei des Saargebiets,  
J. H. des Vorsitzenden, Herrn Valentin Schäfer  
in Saarbrücken.

„Nachdem ich die Ueberzeugung gewonnen habe, daß die berufenen Instanzen der Partei keine Veranlassung nehmen, der von vielen Seiten als landesverräterisch empfundenen Tätigkeit des Redakteurs Braun, in



der „Volksstimme“ ein Ende zu setzen, sehe ich mich nicht mehr in der Lage, als Verleger des Blattes weiter zu figurieren. Ich lege daher mit dem heutigen Tage mein Amt als Geschäftsführer der „Volksstimme“ nieder und zeige gleichzeitig meinen Austritt aus der Sozialdemokratischen Partei an.

Hier wird dem jetzigen politischen Redakteur des sozialdemokratischen Blattes in Saarbrücken der schwerste Vorwurf gemacht, der einen Deutschen treffen kann. Ein Vorwurf, der um so schwerer wiegt, als er von einem Manne erhoben wird, der die Tätigkeit des Redakteurs Braun aus nächster Nähe beobachtet konnte, ohne in seiner geschäftlichen Funktion die Möglichkeit zu haben, politisch einzugreifen. Und die Anklage richtet sich nicht nur gegen den einen Redakteur, sondern zugleich gegen die Instanzen der Partei, die die beklagenswerte Haltung der „Volksstimme“ über die auch wir schon seit langem stärkstes Befremden empfinden mußten, geduldet haben.

Damals wartete im Saargebiet alles auf eine Klage Brauns gegen Feld wegen des Vorwurfs, daß seine Tätigkeit als landesverräterisch empfunden würde. Die Klage kam nicht.

In Nr. 8 vom 15. April 1925 sahen wir uns veranlaßt, unter anderm folgendes zu sagen:

„Uns mit dem jetzigen Schriftleiter der „Volksstimme“ in Saarbrücken über seine Apostrophierung des „Saar-Freundes“ als nationalistisch und verrannt“ auseinanderzusetzen, haben wir gar keine Veranlassung. Dazu ist dieser leider ins Saargebiet entwandte Herr — es passieren ungewollt solche Mißgriffe auch anderen Parteien — viel zu wenig mit der deutschen Gesamtpolitik vertraut und mit der Saarpolitik viel zu wenig verwachsen. Vorwürfe, wie sie dieser Herr uns macht, und die doch nur Schlagworte und abgedroschene Parteiphrasen sind, sind auch des öfteren von dem französischen Propagandablatt in der Paralellstraße gegen uns erhoben worden. Manche Leute können es nicht vertragen, wenn man die französische Politik im Saargebiet als das bezeichnet, was sie ist, und was sie sein will: *annexionistisch*! Unsere politische Haltung richtet sich lediglich danach, ob etwas der deutschen Sache an der Saar schadet oder nützt. Daß die „Politik“ des Schriftleiters der „Volksstimme“ der deutschen Sache nichts nützt, könnte ihm jederzeit aus den Reihen seiner eigenen Parteifreunde und mit Zitaten aus der „Volksstimme“ selbst nachgewiesen werden. Es würde allerdings an der Haltung dieses Herrn nichts ändern. Darüber ist man sich selbst in weitesten Kreisen der Sozialdemokratischen Partei des Saargebiets klar, ebenso darüber, daß es eine Zeit gegeben hat, wo man in der „Volksstimme“ den Begriff „national“ durchaus verstand und so auffaßte, wie er unter den gegenwärtigen Verhältnissen im Saargebiet aufgefaßt werden muß. An der Saar gibt es in Wirklichkeit nur zwei Parteien, die, die dem Deutschtum nützen und andere, die ihm Schaden wollen. In der Schriftleitung der „Volksstimme“ wird man ja wissen, zu welcher Partei man dort zu rechnen ist!“

Und schließlich stellten wir in Nr. 9 vom 1. Mai 1925 unter anderm fest:

„Diejenigen Leser des Blattes, die nur auf seine Lektüre angewiesen sind, müssen mit der Zeit über Deutschland einen Begriff bekommen, der sie nicht ermuntern kann, zu Deutschland zurück zu wollen. Die jetzige deutsche Regierung und der am 28. April gewählte neue Reichspräsident werden von dem genannten sozialdemokratischen Blatte in einer Weise apostrophiert, wie es verächtlicher nicht von Seiten des französischen Propagandaorgans geschehen kann. Der jetzige „Volksstimme-Politiker“ kann sich jedoch nicht auf die Haltung seiner Partei im Reich berufen, wo noch am 29. April im Preussischen Landtag ein sozialdemokratischer Redner zum Ausdruck brachte, daß auch die Sozialdemokratische Partei dem Reichspräsidenten die Ehrerbietung entgegenbringt, auf die er als Repräsentant des Deutschen Reiches berechtigten Anspruch hat. Nach dieser Ehrerbietung aber sucht man in der „Saarbrücker Volksstimme“ vergeblich. Ist es nicht geradezu ein Skandal, daß das genannte Blatt am Tage nach der Wahl das Wahlergebnis unter der Ueberschrift mitteilte: „Flaggen auf Halbmaß: Hindenburg Reichspräsident!“? Ist es nicht empörend, wenn dieses selbe Blatt in einer Polemik gegen Hindenburg unter anderm sagt: „Auf den Sozialisten Friedrich Ebert folgt der Junker und Militarist Hindenburg, der Gamagantenkopf mit dem Brett vor der Stirn, mit der Stupidität des Empfindens und der Armut und dem Mangel an jeglicher politischer und staatsmännischer Idee.“ Wer so etwas seinen Lesern vorsetzt, die bisher in vorderster Linie des Kampfes gegen die Franzöisierung an der Saar standen, von dem kann man nur annehmen, daß er bewußt darauf ausgeht, die deutsche Front an der Saar zu schwächen.“

Daher stammt der Haß des Herrn Braun gegen den „Saar-Freund“ und daraus erklärt sich der jetzige Beschluß des Parteivorstandes der Sozialdemokratischen Partei des Saargebiets. Dieser Haß entspringt keiner sachlichen Einstellung, nicht einmal parteipolitischer Kurzsichtigkeit, sondern Motiven, die wir in den angeführten Zitaten angedeutet haben. Wir haben nicht die Absicht, auf diese heute näher einzugehen, wie wir es überhaupt im Interesse der deutschen Politik halten, vorläufig über gewisse Dinge zu schweigen. Wir geben allen jenen Kreisen aber die Versicherung, wir werden nicht ewig schweigen. Es wird die Zeit mit der Fortentwicklung des Versöhnungswillens in den einstmaligen feindlichen Staaten kommen, wo nationalpolitische Rücksichten nicht mehr genommen werden brauchen, um auf gewisse Dinge hinzuweisen, die sich im Saargebiet eben nur aus der politischen Empfindlichkeit und Eigenartigkeit des Saargebiets erklären. Wir wissen nicht, ob Herr Braun dann noch der Redaktion der „Volksstimme“ angehören wird, ob nicht vielmehr dann auch innerhalb der Sozialdemokratischen Partei des Saargebiets die Rücksichten fallen gelassen werden, die man ihm jetzt noch immer entgegenzubringen müssen glaubt. Schon heute aber möchten wir Herrn Braun zurufen: „Wer im Brauhause sitzt, soll keine Abstinenz predigen!“ Dies für heute.

## Frankreichs Einfluß in der Saarregierung.

Eine neue Denkschrift an den Völkerbund.

Die Landtagsfraktionen der Zentrums- und der deutsch-saarländischen Volkspartei haben dem Völkerbundsrat soeben eine Denkschrift zugehen lassen, die sich gegen den vorherrschenden Einfluß Frankreichs in der Saarregierung zum Schaden des Saargebiets und seiner Bevölkerung richtet. In der Denkschrift wird darauf hingewiesen, daß der Völkerbundsrat mit seinem Beschluß, die Präsidentschaft der Regierungskommission nicht wieder einem Franzosen zu übertragen, seinen Willen zu erkennen gegeben, im Saargebiet eine dem Geiste des Saarstatuts entsprechende neutrale Verwaltung herzustellen. Diese gute Absicht des Rates sei aber dadurch ohne Erfolg geblieben, daß die Mehrheit innerhalb der Saarregierung „dem jüngsten Regierungsmitglied, dem Franzosen Morize — einem Neffen des Ex-Präsidenten Rault — außer dem Finanzministerium die Abteilungen für Handel und Gewerbe, die Zollangelegenheiten, das Oberbergamt und den gesamten Verkehr mit Frankreich zugewiesen hat. — Herr Morize hat sich dadurch eine Machtposition geschaffen, die er glaubt rücksichtslos dadurch ausnützen zu müssen, bei Steuern, der Anlage öffentlicher Gelder, bei der gesamten Handels-, Wirtschafts- und Sozialpolitik und bei der staatlichen Aufsicht über die französischen Staatsruben, für Frankreich vermeintliche Geschäftsvorteile durchzuleben.“

Die Denkschrift weist darauf hin, daß unter dem Einfluß des Herrn Morize die Kündigung des für die Saarbevölkerung ungeheuerlich schädlichen Steuerabkommens mit dem französischen Staate bisher verhindert wurde.

Es heißt dann weiter: Die Grundlage für die Steuerleistung des französischen Staates ist der § 13 des Saarstatuts; er lautet:

„Die Beiträge der Gruben und ihrer Nebenanlagen zu dem örtlichen Haushalt des Saargebietes sowie zu den Gemeindeabgaben werden unter gebührender Berücksichtigung des Verhältnisses des Wertes der Gruben zu dem gesamten steuerpflichtigen Vermögen des Saargebietes festgesetzt.“

Die Verfasser dieser Bestimmung des Versailler Vertrages waren sich klar darüber, daß die komplizierte und kostspielige Verwaltung des kleinen Saargebietes bei gleichzeitiger Uebereignung seines größten Reichtums, nämlich der Kohlen, in den ausschließlichen Besitz des französischen Staates nur dann lebensfähig ist, wenn dieser einen sehr erheblichen Teil der gesamten Ausgaben für die Staats- und Gemeindeverwaltung des Gebietes trägt. Nach unserer unwiderlegten Denkschrift vom 9. August 1924 an den Völkerbundsrat müßte der französische Staat als Eigentümer der Saararuben wenigstens ein Drittel der gesamten Ausgaben des Haushaltes des Saargebietes und der Kommunen tragen. In dem erwähnten Steuerabkommen ist der Verteilungskoeffizient auf 1:6,76 — also auf rund 15 Prozent — festgesetzt.

Aber auch diese 15 Prozent werden nicht einmal gezahlt. Die Steuerleistung der französischen Grubenverwaltung zum Haushalt des Saargebietes beträgt nach dem Voranschlag für 1925 nur 16,8 Millionen Franken und nach dem Voranschlag für 1926 nur 25,8 Millionen Franken (beide Summen gleich etwa 3¼ Millionen Goldmark). Die Gesamtausgaben des Haushaltes betragen aber



im Jahre 1925 224 Millionen Franken und im Jahre 1926 363 Millionen Franken (oder in beiden Fällen rund 45 Millionen Goldmark). Also auch von den vereinbarten 15 Prozent der Ausgaben zahlen die französischen Saargruben noch nicht einmal die Hälfte. Somit zahlt Frankreich weniger als ein Viertel der nach § 13 des Saarstatuts geschuldeten Steuern. Bei den Gemeindeausgaben steht es nicht viel besser aus.

Da Frankreich nicht einmal die zugesagten Steuern zahlt, der Haushalt aber ausgeglichen werden muß, so werden die Fehlbeträge durch ständig steigende Steuern auf die breite Masse der Saarbevölkerung abgewälzt. Es ist selbstverständlich, daß bei dieser Sachlage der Landesrat sein Gutachten zu den geforderten Steuererhöhungen nicht abgeben konnte. Trotz dieser schonungslosen Abwälzung der Steuern auf die Schultern der Saarbevölkerung, die fast nur aus Arbeitern und kleinen Leuten besteht, sind die Steuereingänge nach Ansicht der französischen Mehrheit der Regierungskommission nicht genügend, um die bei der Verwaltung des Saargebietes beschäftigten deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten ausreichend zu bezahlen und die sozialen Leistungen auf der Höhe der deutschen zu halten.

Wir können nicht annehmen, daß eine derartige Ausbeutungspolitik im Sinne des französischen Volkes liegt.

Aber nicht genug damit: Ein sehr großer Teil der angesammelten Landesgelder wird den französischen Banken geopfert. Diese Gelder beliefen sich nach unserer Denkschrift vom 9. August 1924 auf 60—70 Millionen Franken, die damals einen Goldwert von 13 Millionen Mark, heute nur noch 7 Millionen Mark haben. Also auch hier hat die französische Mehrheit der Regierungskommission die arme Saarbevölkerung um 6 Millionen Goldmark zugunsten des französischen Privatkapitals geschädigt.

Schon im Februar 1924 haben wir in einer Denkschrift an den Völkerbundsrat bei einem Stande von 22,70 Franken für den Dollar zum Schutze vor der Frankeninflation den

„Aufbau des öffentlichen Haushaltes des Saargebietes und der Kommunen auf der Goldrechnung, insbesondere Steuerpolitik und Verwendung der Landesgelder, demzufolge auch Zahlung der Gehälter, Löhne und Renten in wertbeständigen Formen“

verlangt. Jeder, der sehen wollte, sah das Fortschreiten der Frankenentwertung voraus. Nur die französische Mehrheit der Regierungskommission wollte nicht sehen. Sie wollte auch hier die französischen Gruben schonen, die bei wertbeständigen Löhnen wertbeständige Preise hätten fordern müssen und damit Abwärtsschwierigkeiten in Frankreich gehabt hätten. Also nicht das Wohl der Saarbevölkerung, sondern die französische Kohlenpreispolitik ist für die französische Mehrheit der Regierungskommission maßgebend. Auf Kosten der Saarbergleute wird so die innerfranzösische Industrie mit billiger Saarkohle subventioniert.

Im übrigen weisen wir darauf hin, daß bei Schaffung des Saarstatuts der französische Franken, dessen Umlauf nach § 32 keinem Verbot und keiner Beschränkung unterliegen soll, der Goldfranken und nicht der heutige entwertete Papierfranken war. Die gesetzliche Währung des Versailler Vertrages ist aber die deutsche.

Auch hinsichtlich der Zollpolitik hat die französische Mehrheit der Regierungskommission sich niemals ernsthaft bemüht, die wirtschaftlichen Interessen der Saarbevölkerung der französischen Regierung gegenüber zu vertreten. Für unsere Bevölkerung, besonders aber die Masse der Arbeiter, ist es von ausschlaggebender Bedeutung, daß die deutsch-saarländisch-französischen Verhandlungen über den sogenannten kleinen Grenzverkehr zu einem solchen Abschluß gelangen, der die Wiederverbindung der durch die unnatürliche Grenzziehung zerschnittenen Wirtschaftsfäden einigermaßen ermöglicht. Während aber die Regierungskommission mit Frankreich über ein Steuerabkommen zum Nachteil des Saargebietes binnen 4 Wochen einig wurde, hat die französische Mehrheit der Regierungskommission nicht einmal in sechs Jahren ihren gewaltigen Einfluß in Frankreich für eine günstige Regelung des kleinen Grenzverkehrs eingesetzt.

Dieselbe Untätigkeit ist hinsichtlich der allgemeinen deutsch-französischen Saarzollverhandlungen festzustellen. Der Erfolg der bisherigen Verhandlungen ist insoweit für das Saargebiet vollkommen unzureichend. Noch heute unterliegt fast der gesamte Warenverkehr mit Deutschland zum schwersten Schaden der Saarwirtschaft den unsinnigsten Zollbestimmungen. Nur der deutschen Regierung ist es zu verdanken, daß die Saarindustrie ihre Waren auf den angestammten deutschen Märkten unter Stundung der fälligen Einfuhrzölle zurzeit absetzen kann. Herr Morize mit

seinen beiden französisch eingestellten Kollegen in der Regierungskommission hat nicht einmal zu verhindern gewußt, daß die französische Regierung gegen diese für die Saarbevölkerung lebensnotwendige autonome deutsche Hilfe bei den letzten Handelsvertragsverhandlungen protestierte.

Das Herrn Morize unterstellte Oberbergamt ist nicht in der Lage, die Sicherheit der Bergleute im Saarkohlenbergbau zu gewährleisten. Wir haben zwingenden Grund, den Hohen Rat des Völkerbundes dringend zu bitten, durch eine neutrale und sachverständige Kommission von Bergleuten die Saargruben auf ihren Sicherheitszustand für die Bergarbeiter untersuchen zu lassen. Aufgabe dieser Kommission müßte es sein, die 12 Berginspektionen mit ihren zahlreichen Schachtanlagen und den außerordentlich ausgedehnten Grubenbauen auf das eingehendste zu befragen. Wir bitten, aus Zweckmäßigkeitsgründen die letzten preussischen und bayerischen Direktoren der Saargruben, die die früher mustergültigen Sicherheitsmaßnahmen im Saarkohlenbergbau und die Gruben bis ins kleinste kennen, als Sachverständige heranzuziehen. Erste Sorgen um Leib und Leben zahlreicher Bergleute veranlaßt uns zu unserem Antrag.

★

Im übrigen bestehen die so häufig vorgetragenen Klagen der Saarbevölkerung fort. Noch immer ist die Verordnung vom 18. Juni 1923 in Kraft, durch die öffentliche Meinungsäußerungen unter Strafe gestellt werden. Noch immer werden Zeitungsverbote erlassen. Noch immer werden die Gutachten des Landesrates einfach übergangen. Noch immer wird seine hingebende Arbeit mißachtet. Noch immer wartet er auf die ihm zugesagten Rechte. Noch immer ist der Schutz der ausländischen Interessen der Saarbevölkerung Frankreich anvertraut. Noch immer finden die flehenden Bitten der Eltern um Freigabe ihrer Söhne aus der französischen Fremdenlegion kein Gehör. Noch immer verschleppen französische Werber junge Saarländer in großer Zahl in die Fremdenlegion. Noch immer warten die Hinterbliebenen der vom französischen Militär getöteten Saarländer auf gerechte Entschädigung. Noch immer ist das französische Militär vertragswidrig im Saargebiet.

In allen genannten Dingen wird kein Wandel eintreten, solange die Mehrheit in der Regierungskommission französisch orientiert ist, statt wahrhaft neutral zu sein. Deshalb bitten wir den Hohen Rat des Völkerbundes, diesen Zustand baldigst zu beseitigen; denn er widerspricht dem Geiste des Saarstatuts und dem so oft bekundeten Willen des Hohen Rates.

#### Und die Aufgabenstellung?

Einer Mitteilung des „Temps“ zufolge wurde der Gerichtsrat Reiber vom Appellationsgerichtshof in Colmar von der französischen Regierung der Regierungskommission zur Verfügung gestellt, um das Amt eines Rats im Obersten Gerichtshof des Saargebietes zu übernehmen. Der Oberste Gerichtshof des Saargebietes steht unter dem Präsidium des durch seine deutschfeindliche Haltung im Kriege bekanntgewordenen Schweizer Otfried Rippold. Die „Saarbrücker Landeszeitung“ stellt mit Befremden fest, daß schon wieder ein Ausländer zu den vielen Franzosen, Luxemburgern, Tschechoslowaken usw. an den Obersten Gerichtshof komme. Das Blatt erhebt die Frage, ob im Saargebiet nicht genügend tüchtige deutsche Juristen vorhanden sind, die man zu diesem Amte berufen könnte, und warum sich die Regierungskommission nicht auch einmal vom Deutschen Reich erprobte Personen zur Verfügung stellen lasse, da doch im Saargebiet vor allem eine gründliche Kenntnis des deutschen Rechts für eine erspriessliche Tätigkeit vonnöten sei.

#### Saarländische Parteirepräsentanten in Genf.

Zu den Verhandlungen des Völkerbundsrates über die Saarfragen sind als Vertreter des saarländischen Landesrates folgende Herren in Genf eingetroffen: von der Zentrumsparthei Rechtsanwalt Levaucher und Landesratspräsident Scheuer, von der Deutsch-Saarländischen Volkspartei Kommerzienrat Hermann Röschling und Schmeltzer. Auch die Sozialdemokratische Partei entsandete wieder eine Delegation nach Genf unter Führung des Rechtsanwalts Sender. Die Delegation des Zentrums und der Saarländischen Volkspartei hat den Mitgliedern des Rates die Denkschrift über den vorherrschenden Einfluß Frankreichs in der Saarregierung überreicht.

Wenn jeder Leser uns nur zwei neue Leser zuführt, so unterstützt er damit wirksam unsere Arbeit!



## Sollen an der Saar französische Bahnschutztruppen bleiben?

Der bevorstehenden Tagung des Völkerbundes bringt man in politischen und Bevölkerungskreisen des Saargebietes größtes Interesse entgegen, da diesmal der Völkerbund eine endgültige Entscheidung über die französische Saarbesetzung zu treffen haben wird. Seit sieben Jahren geht bekanntlich der Kampf um diese vertragswidrig im Saargebiet zurückbehaltene französische Besetzung. Der erste Präsident der Saarregierung, der französische Staatsrat Kault, hat mit immer neuen „Begründungen“ verstanden, den Völkerbund von der „Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der französischen Saarbesetzung“ zu überzeugen. Nachdem schließlich auch im Völkerbundsrat die Vertragswidrigkeit französischer Besetzung an der Saar nicht länger geleugnet werden konnte, wandelte man diese mit einem Federstrich in „Garnisontruppen“ um, wenngleich die Saarstatutsbestimmungen auch diese verbieten, da nach ihnen „im Saarbecken keinerlei Heeresdienst, weder pflichtmäßiger noch freiwilliger, geleistet werden darf.“ Die sowohl seitens der Saargebietsbevölkerung wie auch seitens der deutschen Regierung gegen eine solche Verschleierung vertragswidriger Maßnahmen erhobenen Beschwerden verstand Präsident Kault damit zu entkräften, daß er sich auf seine Verpflichtungen berief, „unter allen Umständen für den Schutz der Person und des Eigentums im Saarbecken zu sorgen“. Obwohl für diesen Zweck § 30 des Saarstatuts ausdrücklich bestimmt, „es wird nur eine örtliche Gendarmerie eingerichtet“, wußte er seine politischen Absichten, die mit der französischen Saarbesetzung verfolgt werden, durchzusetzen, indem er erst finanzielle Schwierigkeiten und später solche des Personalersatzes für die Einrichtung einer genügend starken Gendarmerie geltend machte. Seine „Begründungen“ wurden zunächst auch regelmäßig in Genf anerkannt, bis schließlich im Herbst 1925 von englischer Seite der Auffassung Ausdruck gegeben wurde, daß zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Sicherheit nicht 3000, sondern höchstens 1000 Mann Gendarmerie erforderlich seien. Diese Auffassung setzte sich schließlich trotz der französischen Einwände und des Widerstandes der französischen Mehrheit in der Saarregierung in Genf durch, so daß mit Erreichung eines Personalbestandes von 1000 Mann die völlige Zurückziehung der französischen Besetzung von der Saar für durchführbar gehalten wurde. Um das zu verhindern, machte plötzlich Präsident Kault im Auftrage Frankreichs geltend, daß mit der völligen Zurückziehung der französischen Truppen von der Saar die Saarbahnen ohne den erforderlichen Schutz zur Gewährleistung eines ungehinderten Etappenverkehrs zwischen dem Innern Frankreichs und der französischen Rheinarmee bleiben würden.

Diesen französischen Einwänden gegenüber muß festgestellt werden, daß Frankreich als Besatzungsmacht im Rheinland keinerlei vertraglichen Rechte auf die Besatzungsarmee am Rhein zustehen. § 22 des Saarstatuts weist der Regierungskommission „die volle Nutzung an dem gesamten Eigentum zu, das bisher der deutschen Regierung oder der Regierung irgend eines Staates als öffentliches oder privates Staatseigentum gehörte“, d. h. also, daß diese volle Nutzung keinerlei Einschränkung erfahren darf. Mit der Einrichtung eines militärischen Bahnschutzes für die Saareisenbahnen würde aber die Saarregierung an der vollen Nutzung der Saarbahnen gehindert werden. Sollte daher der Völkerbund tatsächlich dem Mehrheitsantrag der Saarregierung entsprechen — Saarpräsident und saarländisches Mitglied verlangen in zwei getrennten Gutachten Zurückziehung der französischen Truppen — so würde er sich einer neuen Vertragsverletzung schuldig machen. Er würde dem französischen Militär ein Bestimmungsrecht über die Saarbahnen einräumen, das mit dem neutralen Charakter der Völkerbundsverwaltung an der Saar unvereinbar ist. Es liegt im übrigen auch keinerlei zwingende Notwendigkeit dazu vor, Frankreich die Benutzung der Saareisenbahnen für seine militärischen Interessen einzuräumen, da die französische Besatzungszone so viele strategische Verbindungslinien nach dem Westen aufweist, daß eine Neutralitätsverletzung des Saargebietes durch französische Truppentransporte usw. eigentlich von vornherein ausgeschlossen sein sollte. Deshalb kann im Interesse des Rechts und der Vertragserfüllung der Völkerbund in der Frage der Saarbesetzung nur zu einer Entscheidung kommen, nämlich unter Ablehnung der französischen Forderungen die sofortige und bedingungslose Zurückziehung der französischen Besetzung aus dem Saargebiet zu verlangen. Jedenfalls sind das die Forderungen der Saargebietsbevölkerung, wie sie auch in dem Gutachten des saarländischen Mitgliedes der Saarregierung enthalten sind.

★

Nach einer Agenturmeldung sollen die Saarfragen im Völkerbundsrat erst nach der Aufnahme Deutschlands im Völkerbund und Rat behandelt werden. Wenn diese Nachricht zutrifft, so könnte damit gerechnet werden, daß der deutsche Vertreter bereits an den Beratungen über die Frage der „Sicherung der Saareisenbahnen“ teilnimmt.

## Nach Eupen-Malmedy das Saargebiet.

Wochenlang sind durch die Tageszeitungen des In- und Auslandes Nachrichten und Erörterungen gegangen, die sich auf Verhandlungen bezogen, wie sie seit einiger Zeit zwischen deutschen und belgischen Persönlichkeiten geführt wurden. Zunächst war nichts darüber zu erfahren, ob es sich hier lediglich um Versuchsbalkone, um rein theoretische Erörterungen oder um ernsthaftere Verhandlungen handelte. Schließlich erfuhr man durch eine belgische Erklärung und durch eine deutsche halbamtliche Verlautbarung, daß tatsächlich solche Verhandlungen geführt wurden in der Richtung, daß Eupen-Malmedy gegen einen Rückkaufpreis zur Verwendung für die belgische Frontenstabilisierung an Deutschland zurückgegeben werden sollte.

Aus der Tagespresse sind die Einzelheiten dieser zweifellos bedeutsamen Verhandlungen bekannt. Lassen wir einmal den Gegenstand dieser Verhandlungen ganz beiseite, so ist das Bedeutsame in dem ganzen Vorgang die Tatsache, daß zwei einstmals feindliche Länder, wenn auch nicht offiziell, so doch mit der Aussicht späterer staatlicher Abmachungen über ein Gebiet beraten haben, das man in Versailles willkürlich von Deutschland abgetrennt und Belgien zugewiesen hatte. So war es denn nicht überraschend, daß vor allem in einem Teil der französischen Presse gegen diese Verhandlungen Sturm gelaufen wurde, weil man darin den Versuch erblickte, an die „Heiligkeit“ des Versailler Diktats zu rühren. Es war naheliegend, daß man unter Betonung dieser „Gefahren“ auf das Saargebiet verwies, wo man in diesen französischen Kreisen ebenfalls eine Erschütterung der Versailler Bestimmungen befürchtete. Man suchte denn auch die

französische Öffentlichkeit mit dem Schreckgespenst der deutschen Propaganda gruselig zu machen, indem man erklärte, daß, wenn die deutschen Bestrebungen gegenüber Belgien zu einem Erfolg führen sollten, Frankreich sich darauf gefaßt machen müßte, daß die deutsche Propaganda sich dann dem Saargebiet und Elsaß-Lothringen zuwenden werde.

Zunächst einmal ist festzustellen, daß derartige Verhandlungen, wie sie tatsächlich zwischen Belgien und Deutschland geführt, durch Frankreich aber verhindert worden sind, durchaus sich im Rahmen bestehender Verträge bewegen. Hinsichtlich Eupen-Malmedys ist zu betonen, daß es für Belgien weder einen wirtschaftlichen noch einen politischen, noch einen bevölkerungspolitischen Vorteil gebracht hat. Die Bevölkerung hat von Anfang an keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie ihrer Abstammung, ihrer Kultur und ihrer ganzen politischen Einstellung nach deutsch ist und Belgien als einen Fremdenstaat betrachten müsse. In Belgien selbst hat man sich längst an den Gedanken gewöhnt, daß man sich mit Eupen-Malmedy nur einen Fremdkörper in sein Haus gesetzt hat. Es ist bezeichnend, daß, als die ersten Meldungen über diese deutsch-belgischen Verhandlungen bekannt wurden, die belgische Presse mit ganz vereinzelt Ausnahmen sie ruhig und sachlich behandelte und die Möglichkeit einer Verständigung durchaus anerkannte.

Was läge überhaupt nach den Locarnoabmachungen näher, als daß die beteiligten Mächte sich über jene Grenzfragen in sachlichen Beratungen ausdrücken, die vermöge ihrer Entstehung so lange Hindernisse reiflos guter Beziehungen bleiben müssen, so



lange das Versailler Diktat nicht entsprechend bereinigt worden ist. Frankreich hat die deutsch-belgische Vereinbarung über Eupen-Malmedy vorläufig zum Scheitern gebracht. Welche Gesichtspunkte hierfür maßgebend waren, wird man zunächst kaum erfahren. Immerhin wäre denkbar, daß der neue Herrscher in Frankreich, Poincaré, Gefahren für seine Stabilisierungskunst darin erblickt hätte, daß etwa durch eine deutsch-belgische Vereinbarung der belgische Franken vor dem französischen stabilisiert werden könnte.

Welcher Anlaß lag nun für eine französische Presse vor, mit Eupen-Malmedy auch die Saarfrage in Beziehung zu bringen? Nach dem Versailler Diktat soll die Entscheidung über das Saargebiet nach einer für 1935 vorgesehenen Volksabstimmung getroffen werden. Die politischen Absichten der Hinausschiebung der Saarabstimmung bis 1935 sind genügend bekannt. Ebenso bekannt ist die Tatsache, daß man in Frankreich längst den Glauben aufgegeben hat, daß das Saargebiet für Frankreich gewonnen werden könne. Die Jahrtausendfeier vor einem Jahr an der Saar hat auch die letzte Hoffnung in dieser Richtung zerstört. Was läge da wohl näher, als daß man auch in Frankreich sich die Frage vorgelegt hätte, die Saarfrage vor 1935 zu liquidieren?

Nach den Saarstatutsbestimmungen kann Deutschland, falls die Abstimmung zugunsten Deutschlands ausfällt, die Saargruben zurückkaufen. Ob Frankreich mit dem Kaufpreis für die Saargruben im Jahre 1935 mehr gedient wäre als wenn es jetzt gezahlt würde, ist eine Frage, die sich jeder Laie beantworten kann. Bei der jetzigen Lage der französischen Währung dürfte ein heute bezahlter Kaufpreis für die Saargruben wesentlich zur Stabilisierung des französischen Franken beitragen und damit Hunderte von Millionen dem französischen Staat und Volk ersparen, die bei längerer Fortdauer der Inflation verloren gehen müssen. Wenn darum in einem Teil der französischen Presse eine Warnung gegen eine deutsche Propaganda wegen des Saargebiets erhoben wurde, so möchte man darin nur die Tatsache erblicken, daß man auch in französisch sprachlich urteilenden und wirtschaftlich denkenden Kreisen sich bereits mit der Frage ernsthaft beschäftigt hat, welche Rückwirkungen eine vorzeitige Ueberlassung der Saargruben zu einem angemessenen Kaufpreis auf die französische Währung und auf eine deutsch-französische Wirtschaftsverständigung haben könnten.

## Dem Saargebiet zum Gruß!

Geleitworte und Grüße zur 6. Bundestagung.

Der Reichspräsident:

Dem Saarverein entbiete ich beste Wünsche für einen erfolgreichen Verlauf seiner sechsten Tagung und herzliche Grüße an die Teilnehmer.  
von Hindenburg, Reichspräsident.

Die Reichsregierung:

Dem Bund der Saarvereine, der sich in dankenswerter Weise der Erhaltung und Förderung des Deutschtums im Saargebiet annimmt, spreche ich meine besten Wünsche für das Gelingen seiner Tagung aus. Die Saarbevölkerung darf gewiß sein, daß auch für ihre Not und ihre Sorge im ganzen Deutschen Reich warmes Verständnis herrscht.

Der Reichskanzler:  
Marx.

Dem Bund der Saarvereine wünsche ich zu seiner diesjährigen Tagung vollen Erfolg. Als Tagungsort hat der Bund in diesem Jahre die Stadt Köln gewählt, die sich der wiedergewonnenen Freiheit erfreuen darf. Möge diese Wahl ein glückverheißendes Zeichen für unser neues deutsches Saargebiet sein.

Der Reichsminister des Auswärtigen:  
Stresemann.

Dem Saarverein zu seiner sechsten Bundestagung treu-deutsche Grüße. Ihre Tagung im befreiten Köln wird eine neue Kundgebung dafür sein, daß Rhein, Pfalz und Saar mit dem großen Vaterlande unauflöslich verbunden sind.

Deutsch die Saar immerdar.

In diesem Sinne für ihre Beratungen im Dienste der Sache ein herzliches Glück auf.

Stresemann. — Kempten.

Der Saarvereine übermittle ich zur sechsten Tagung meine besten Grüße und Wünsche. Ihre Tagung an der Seite des Reichsverbandes der Rheinländer bekundet aufs neue die enge Stammes- und Schicksalsgemeinschaft, die die Deutschen an Saar und Rhein verbindet. Möge ihre Tagung sich für ihre weitere Arbeit fruchtbar erweisen.

Rheinminister Dr. Bell.

Dem im befreiten Köln versammelten Bund der Saarvereine und der gesamten Saarbevölkerung meine und der deutschen Wehrmacht treueste Grüße! Das Saargebiet ist deutsch; daß es deutsch bleibt, ist unsere feste Zuversicht!

Je härter die Not, desto stärker der Wille! Je stärker der Wille, desto sicherer der Sieg!

Der Reichswehrminister.

... Gestatten Sie mir, auf diesem Wege den aufrichtigen Wunsch auszusprechen, daß die auf Erhaltung und Förderung des Deutschtums im Saargebiet gerichteten Bestrebungen des Bundes mit vollem Erfolg gekrönt sein mögen.

Der Reichswirtschaftsminister.

Ferner: Der Reichspostminister, der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.

Die Preussische Regierung:

Der am 13. August in Köln beginnenden 6. Tagung des Bundes der Saarvereine entbietet die Preussische Staatsregierung von Herzen kommende Grüße. Sie begrüßt insbesondere die aus dem Saargebiet Erschienenen, gedenkt dankbar ihres unentwegten Eintretens für ihr Deutschtum und erwidert ihr Bekenntnis unlösbarer Verbundenheit mit der deutschen Volksgemeinschaft.

Die heutige Tagung findet zum ersten Male auf freiem rheinischem Boden statt. Mögen wie für das übrige Rheinland so auch für das Saargebiet bald glücklichere Zeiten kommen und möge wie bisher so auch weiterhin das gemeinsame große Ziel ausgleichend und versöhnend wirken und alle deutschen Kreise zu gemeinsamer, dem Wohle unseres Vaterlandes gewidmeter Arbeit vereinigen! In dieser Hoffnung wünscht die Preussische Staatsregierung der Tagung einen glücklichen Verlauf.

Der Preussische Minister des Innern.

gez. Severing.

... Insbesondere gilt mein Gruß den aus dem Saargebiet selbst zu der Tagung Erschienenen. Mein Wunsch geht dahin, daß, wie bisher, auch weiter die Arbeit des Bundes der Saarvereine auf Erhaltung und Förderung des Deutschtums im Saargebiet von bestem Erfolg begleitet sein möge. Sie bildet eine wertvolle Unterstützung der treudeutschen Bevölkerung im Saargebiet in ihrem Kampf um



die baldige völlige Wiedervereinigung mit dem deutschen und preussischen Vaterlande. Möge dieser Kampf in naher Zukunft zum Erfolge führen!

Der Preussische Finanzminister.

\*

Zur Bundestagung am deutschen Rhein herzliches Glückauf. Möge die Tagung zur Stärkung des Deutschtums in unserem Saargebiet beitragen und dem Bund zugleich Markstein seines bisherigen erfolgreichen Wirkens und Wegweiser für ebenso fruchtbare Zukunftsarbeit sein.

Der Preussische Handelsminister.

\*

#### Die deutschen Länder.

... Die Badische Regierung hat stets die Bestrebungen des Bundes der Saarvereine mit Sympathie und Interesse verfolgt in der Ueberzeugung, daß die Saarvereine eine höchst schätzenswerte Wirksamkeit im Sinne der Erhaltung und Förderung des Deutschtums entfalten und so den Gedanken an eine bessere Zukunft in den Bewohnern des gefährdeten Gebietes wachhalten. Es ist unser aller Wunsch, daß Ihre echt vaterländischen Bestrebungen recht bald von einem reichen Erfolg gekrönt werden mögen.

Badisches Staatsministerium.

\*

... Möge die Tagung dazu beitragen, den Kampf um deutsches Schicksal und deutsches Volkstum zu einem glücklichen Ende zu führen und die Zukunft des Saargebiets zu sichern. Die Sächsische Regierung bittet versichert zu sein, daß sie die wärmste Anteilnahme für die Kämpfe und Leiden, Freuden und Sorgen des Saargebiets und seiner Bevölkerung empfindet.

Freistaat Sachsen:

Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten.

\*

... Treu steht Thüringen zum Saarland in seinem harten Kampf um seine politische und wirtschaftliche Freiheit. Der Saarländer unverbrüchliches Bekenntnis zum deutschen Vaterland in diesen Jahren schwerer Not wird unvergessen bleiben. Dankbar gedenken wir der Bemühungen der Saarvereine, das Leid der Saarbevölkerung zu mildern.

Der Vorsitzende

des Thüringischen Staatsministeriums.

\*

... Wir wünschen daher auf diesem Wege der Tagung einen erfolgreichen und eindrucksvollen Verlauf, der unseren unter der Fremdherrschaft leidenden Brüdern und Schwestern an der Saar erneut zu Herzen bringt, daß das deutsche Volk in allen Teilen des Reichs treu zu ihnen hält. Mögen sie aus der Kölner Tagung neue Kraft schöpfen, um in ihrem schweren Kampfe um die Erhaltung des Deutschtums im Saargebiete weiter auszuhalten, bis dereinst die Stunde der Befreiung und der Rückkehr zum Vaterlande schlägt.

Anhaltisches Staatsministerium.

\*

... Ich möchte nicht verkümmern, auch bei dieser Gelegenheit zum Ausdruck zu bringen, daß die braunschweigische Staatsregierung die Bestrebungen des Bundes der Saarvereine mit der größten Anteilnahme verfolgt. Sieht sie doch gerade in diesem Bunde den unbeugsamen Willen verkörpert, das ferndeutsche Saarland, das durch den Friedensvertrag so unendlich zu leiden und um sein Deutschtum mit allen Mitteln zu kämpfen hat, dem deutschen Mutterlande zu erhalten. Durch die Unterstützung und Förderung des Deutschtums im Saargebiete, die der Bund der Saarvereine sich zur Aufgabe und heiligsten Pflicht gemacht hat, wird ein wesentlicher Teil dazu beigetragen werden, daß die künftige Abstimmung das Saargebiet in die Arme des großen deutschen Vaterlandes zurückführt. Daß die Tätigkeit des Bundes

der Saarvereine dereinst durch den Ausfall der Abstimmung belohnt werden möge, wünscht die braunschweigische Staatsregierung von ganzem Herzen.

Das Braunschweigische Staatsministerium.

\*

... Es darf mit wachsender Genugtuung festgestellt werden, daß die treue und unablässige Arbeit des Bundes und seiner Glieder immer mehr Verständnis gefunden und zu bemerkenswerten Erfolgen geführt hat. Das Staatsministerium zweifelt nicht daran, daß all diesem uneigennütigen vaterländischen Wirken auch der verdiente Lohn zuteil wird, und gibt hoffnungsvoll der zuverlässigen Erwartung Ausdruck, daß das Saargebiet recht bald, ledig aller Bindungen an fremde Macht, mit seinem deutschen Mutterlande wieder vereinigt sein möge.

Oldenburgisches Staatsministerium.

\*

... Das Hessenland, durch die Besatzungslast selbst auf das schwerste betroffen, wird Ihren Kampf um die Freiheit des deutschen Saargebiets auch weiterhin mit den Gefühlen wärmster Sympathie verfolgen und Ihnen nach Kräften helfen, damit dieser Kampf zum guten Ende kommt. Deutscher Lebens- und Freiheitswille, deutsches Gemeinschaftsgefühl müssen und werden über alle Schwierigkeiten Herr werden — für Deutschlands bessere Zukunft.

Der Hessische Staatspräsident u. Minister des Aeußeren.

\*

Möge Ihre diesjährige Tagung im befreiten Köln Sie bestärken in der Zuversicht, daß der Tag kommt, an dem auch Ihre Heimat frei wird von fremdem Druck und damit frei zur höchsten Leistung für Volk und Menschheit.

Von Herzen wünsche ich der Zusammenkunft der Saarvereine erfolgreichen Verlauf.

Der Präsident des Senats der Freien Stadt Hamburg.

\*

... Der Kampf um die Saar ist deutscher Kampf und die Saarnot deutsche Not. Die Hanseaten an der Weser stehen in Treue hinter der Saarbevölkerung. Möge der Tag ihrer Befreiung nicht mehr fern sein.

Der Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen.

\*

... Möge Ihre Tagung dazu beitragen, über die von feindlichen Mächten künstlich errichteten Schranken hinweg das Gefühl der Zusammengehörigkeit zwischen der Saar und dem übrigen Deutschland zu festigen im Sinne Ihres Wahlspruches:

Deutsch die Saar immerdar!

Der Landesdirektor Arolsen.

\*

Ferner sandten Grüße: Württ. Staatsministerium, Württ. Arbeits- und Ernährungsministerium, Braunschweigisches Staatsministerium, Mecklenburg-Strelitzches Staatsministerium, Mecklenburg-Schwerinsches Staatsministerium, Braunschweigische und Anhaltische Gesandtschaft u. a.

\*

#### Das Rheinland.

... Wie bei Ihnen, so werden auch meine Gedanken an den Festtag mit besonderer Anteilnahme bei den Brüdern und Schwestern an der Saar verweilen, die auf Grund fremden Machtgebots Schweres zu erdulden haben, sich aber in ihrer Treue gegen das angestammte Vaterland nicht beirren lassen. Möge die Treue des Saarlandes durch baldige Rückkehr zu Staat und Reich belohnt werden!

Der Bundestagung wünsche ich erprießlichen Verlauf. Sie wird im Saargebiet frohen Widerhall finden und dort die Gewißheit stärken, daß das Saargebiet mit dem Rheinland und dem preussischen und deutschen Vaterlande in untrennbarer Schicksalgemeinschaft verbunden bleibt.

(gez.) Fuchs, Oberpräsident der Rheinprovinz.



Der großen Rundgebung für Saar, Pfalz und Rhein, an welcher teilzunehmen ich mir leider versagen muß, sende ich in herzlicher innerer Anteilnahme deutschen Gruß, den ich allen beteiligten Verbänden zu übermitteln bitte. Noch ist das Leid am Rhein nicht überwunden, aber der Treue bleibt ihr sicherer Lohn.

Recht bleibt Recht und deutsch bleibt deutsch.

(gez.) Dr. Jarres,  
Vorsitzender des rheinischen Provinziallandtages.

#### Die Parlamente.

Namens des Landtages sende ich der Tagung des Bundes herzliche Grüße und beste Wünsche. Möge die diesjährige Tagung dazu beitragen, das Deutschtum, die größte und wichtigste Aufgabe Ihres Bundes, weiter zu pflegen und zu stärken. Die treue deutsche Gesinnung der Saarbevölkerung, die in den verschiedensten Rundgebungen zum Ausdruck gekommen ist, hat den Preussischen Landtag stets mit besonderer Genugtuung erfüllt und die Ueberzeugung bestärkt, daß das Saarland seine Prüfzeit mit Glanz überstehen und, wenn der Zeitpunkt gekommen ist, mit Stolz zum deutschen Vaterlande und zu Preußen zurückkehren wird. Die Bundestagung bitte ich, davon überzeugt zu sein, daß der Preussische Landtag mit größter Aufmerksamkeit die Entwicklung im Saarlande verfolgen und zu fördern stets bereit sein wird.

Mit den besten Wünschen für das Gelingen der Bundestagung.

(gez.) Bartels,  
Präsident des Preussischen Landtages.

Der Württembergische Landtag gedenkt dabei in warmer Anteilnahme der Not der deutschen Brüder an Rhein und Saar und teilt ihr Leiden und Hoffen mit ihnen.

Württembergischer Landtag.  
Der Präsident.

Der diesjährigen Bundestagung sende ich herzlichen Gruß. Möge Saar und Pfalz baldigst wieder freies deutsches Land werden.

Landtagspräsident Koenigbauer (München).

#### Die Parteien:

Dem Bund der Saarvereine wünschen wir eine erhabende Tagung. Wenn wir ohne Besorgnis dem hoffentlich nahen Tag entgegensehen können, an dem das Saarland über sein nationales Geschick entscheidet, so hat die verdienstvolle Tätigkeit des Saarvereins erheblich dazu beigetragen. Ein weiteres Jahr erfolgreicher Arbeit wünscht

Hauptvorstand der Deutsch-Demokratischen Partei.  
(gez.): Koch, Erkelenz, Fischer.

Wir wünschen Ihren Verhandlungen den besten Erfolg und geben der Hoffnung Ausdruck, daß auch diese Tagung mit dazu beitragen wird, die deutschgesinnte Saarbevölkerung in ihren Bestrebungen auf baldige restlose Wiedervereinigung mit der deutschen Republik zu unterstützen. Auch die deutsche Arbeiterschaft würdigt die Not und die Leiden, die die Saarbevölkerung im Kampfe um ihr Deutschtum zu ertragen hat und dankt ihr für ihre Ausdauer.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands:  
Der Parteivorstand.

Die musterhafte Arbeit des Bundes wird sicher von Erfolg begleitet sein. Und wenn das Saarland in hoffentlich nicht zu ferner Zeit wieder uneingeschränkt zum deutschen Vaterlande gehört, dann gebührt sicher Ihrer zielbewußten, vortrefflichen Arbeit das Hauptverdienst.

Mit deutschem Gruß!

(gez.): Eichhoff, Landgerichtsdirektor, M. d. L.

Weitere Wunschtelegramme und -schreiben sandten: Reichsgeneralsekretariat der Deutschen Zentrumspartei, Reichsgeschäftsstelle der Deutschen Volkspartei, Deutschnationale Parteileitung, Reichsfrauenauschuß der Deutschnationalen Volkspartei.

#### Die deutschen Städte:

Unter voller Anerkennung der vom Bund der Saarvereine im vergangenen Jahre wieder geleisteten dankenswerten Arbeit für die Deutscherhaltung des Saargebietes, wünschen wir auch der 6. Tagung des Bundes der Saarvereine in Köln, die mit einer deutschen Rundgebung für Rhein, Pfalz und Saar verbunden sein soll, einen glänzenden

würdigen Verlauf und einen vollen Erfolg. Möge die Tätigkeit der Saarvereine auch weiterhin dazu beitragen, der Saarbevölkerung ihr schweres Los zu erleichtern und sie zu stärken im Kampfe um ihr Deutschtum!

Der Rat der Stadt Leipzig.

Die badische Landeshauptstadt fühlt sich auch heute im Geiste ihren Nachbarn aus dem bedrängten Saarland aufs engste verbunden und empfindet es mit stiller Genugtuung, daß Baden allezeit in den Zeiten größter Not die Vermittlerrolle zwischen dem besetzten linksrheinischen Gebiet und dem deutschen Mutterlande übernehmen durfte. Gerade Karlsruhe, das mit seinen südwestdeutschen Heimattagen eine Einrichtung zur Vertiefung der kulturellen Beziehungen zwischen den beiden Rheinufern geschaffen hat, ist so oft Zeuge gewesen von dem Bekennermut zum Deutschtum, der in der Bevölkerung des Saargebietes lebt. Mit großer Dankbarkeit gedenken wir des stillen Heldentums unserer Saardeutschen, die einst wieder der Tag der Freiheit in ihre deutsche Heimat zurückführen möge.

Bis dieser Tag anbricht, mögen unsere Brüder und Schwestern an der Saar das Bewußtsein erfüllen, daß das deutsche Mutterland geschlossen hinter den Leiden und Nöten des Saarlandes steht.

Möge auch diese 6. Tagung des Bundes der „Saarvereine“ durchdrungen sein von dem einen großen Gedanken der Zusammengehörigkeit aller deutschen Völker und Stämme für ewige Zeit!

Der Oberbürgermeister  
der badischen Landeshauptstadt Karlsruhe.

Als Hauptstadt Bayerns empfinden wir die schwere Last, die auf den pfälzischen Gebietsteilen unseres Landes und besonders auf dem von der Pfalz abgetrennten Teil des Saargebietes lastet. Wir hegen die bestimmte Erwartung, daß das mannhafteste Eintreten unserer Brüder für ihr Deutschtum in diesem Gebiete nicht allein freudigen Widerhall im gesamten Reiche findet, sondern daß diese unwandelbare Gesinnung auch die regste Anteilnahme bei allen Volksgenossen findet. Möge die Tagung hierfür wieder einen neuen Beweis erbringen und möge insbesondere die große Rundgebung am 15. August vor aller Welt beweisen, wie treu die Bewohner des Saargebietes, der Pfalz und des Rheinlandes am großen deutschen Vaterlande hängen.

Der 1. Bürgermeister  
der Landeshauptstadt München.

Weiter verzeichnen wir die Grüße und Wünsche des Oberbürgermeisters von Düsseldorf, des Oberbürgermeisters von Neuf, des Oberbürgermeisters der Stadt Freiburg im Breisgau, des Magistrats der Hauptstadt Breslau, des 1. Vorsitzenden des Preussischen Landgemeindevorstandes West E. B.

#### Die Preussischen Oberbergämter.

Das Preussische Oberbergamt in Bonn, zu dessen Verwaltungsbezirk der Saarbergbau seit Bestehen der Preussischen Rheinlande gehört, begrüßt den Bund der Saarvereine zu seiner diesjährigen 6. Tagung in Köln am Rhein. Mit seinem Gruß verbindet es den Wunsch, daß den Bestrebungen des Bundes der Saarvereine um die Erhaltung und Förderung des Deutschtums in der umstrittenen Westmark alsbald der Erfolg beschieden sei, daß das urdeutsche Saargebiet ohne jede politische Einschränkung wieder unter deutsche und preussische Verwaltung zurückkehren möge und damit der wichtige Steinkohlenbergbau an der Saar wieder ein wertvolles Glied deutscher Volkswirtschaft werden möge.

Preussisches Oberbergamt Bonn.

Wir fühlen uns im innersten Herzen Ihren Bestrebungen eng verbunden und bringen dem Bunde unsere treuesten Wünsche für weiteres erfolgreiches Wirken zugunsten der deutschen Sache im Saargebiet in einem hoffnungsfreudigen kameradschaftlichen Glück auf zum Ausdruck.

Oberbergamt Breslau.

Auch das Preussische Oberbergamt Halle hatte einem Gruß gesandt und einen Vertreter beauftragt.

#### Die deutsche Wirtschaft.

Unmittelbar vor der in den nächsten Tagen stattfindenden 6. Zusammenkunft des Bundes der Saarvereine ist durch die „Vereinbarung zwischen Deutschland und Frankreich über den Warenaustausch zwischen Deutschland und dem Saargebiet“ eine neue Ordnung zur Regelung der wirtschaftlichen Verkehrsbeziehungen



geschaffen. „Die deutsche und die französische Regierung haben es als zweckmäßig erkannt, die durch den Vertrag von Versailles zwischen Frankreich und dem Saarbezugsgebiet errichtete Zollunion mit einigen abmildernden und angleichenden Maßnahmen zu versehen, um hierdurch der Wirtschaft des Saargebietes einige Erleichterungen für die Weiterverföhrung mit Rohstoffen zu sichern und ihr als Gegenleistung gewisse Absatzgebiete, die dieses Gebiet bisher in Deutschland besaß, zu gewährleisten.“

Mit diesen Worten erkennt die Vereinbarung selbst die enge Verflochtenheit der Wirtschaft in Deutschland und dem volks- und wirtschaftswidrig von der deutschen Verwaltung auf Zeit abgetrennten Saarbezugsgebiete an. Eine vorläufige Ordnung wird durch diese Vereinbarung geschaffen, von der herzlich zu wünschen ist, daß sie wenigstens den dringendsten Bedürfnissen des Saargebietes entsprechen und dahin wirken möge, daß die Wirtschaft des Saargebietes sich wieder kräftige und behaupten könne, bis die volle Wiedervereinigung ihr volle neue Kraft geben wird. Die Arbeit der Saarvereine dient einmal diesem großen Ziele der Wiedervereinigung, indem sie die seelische, nationale Verbundenheit immer lebendig und wach erhält; sie dient ferner der wichtigen Gegenwartsaufgabe, auch unter der jetzigen Verwaltung die Rechte des Saargebietes zu behaupten und seine Wohlfahrt zu fördern. Möge die Tagung in Köln, am wieder freigewordenen Ufer des Rheins, dazu helfen, diese Ziele zu erreichen, und mögen neue Kraftströme von dort ins Saargebiet und in die Pfalz, hinwiederum aber auch von Saar und Rhein und Pfalz und ihrer tapferen Bevölkerung herüberströmen zur festeren Einigung des gesamten deutschen Volkes.

1. Geschäftsführendes Präsidialmitglied des

Deutschen Industrie- und Handelstages.

Möge der Zeitpunkt bald herankommen, an dem unsere deutschen Volksgenossen im deutschen Saarlande öffentlich durch ihre Abstimmung bekunden können, daß sie kein neues Vaterland wünschen, sondern daß sie dem alten in unverbrüchlicher Liebe und Treue anhängen. Bis dahin das Unvermeidliche mit Würde zu tragen, ist eine harte Pflicht, aber sie wird von unseren schwergeprüften Brüdern an der Saar erfüllt werden. Ihnen in dieser bitteren Notwendigkeit mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, ist Aufgabe jedes aufrechten Deutschen.

Die Geschäftsführung des Deutschen Handwerks- und Gewerbekammertages.

Möge die Saarbevölkerung auch aus dieser Rundgebung wieder die Ueberzeugung gewinnen, daß das deutsche Volk sich in all seinen politischen Gruppen und Berufsständen für das deutsche Saargebiet mit dem endlichen Ziele der Wiedervereinigung mit dem Deutschen Reiche einsehen wird. Präsident des Deutschen Landwirtschaftsrats.

Ferner: Reichsverband der Deutschen Industrie, Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Handwerkskammer zu Stralsund, Handelskammer für die Kreise Heidelberg und Mosbach, Gewerbekammer Chemnitz, Landwirtschaftskammer für den Regierungsbezirk Cassel.

Bereine und Verbände.

Der Völkerrbund, der zum Treuhänder für das Saargebiet gemacht ist, hat leider die auf ihn gesetzten Hoffnungen noch nicht erfüllt. Deshalb ist es um so notwendiger, daß Vereinigungen wie die Ihrige und die unsrige sich dafür einsetzen, daß dies endlich geschieht. Wir hoffen mit Ihnen, daß unsere Arbeit für das Saargebiet durch den Erfolg gekrönt wird, daß nach Ablauf der durch den Versailler Vertrag festgesetzten Frist das Saargebiet als deutsches Land dem Deutschen Reich zurückgegeben wird.

Deutsche Liga für Völkerrbund.

Möge die Zeit recht bald zu Ende gehen, in der unsere Brüder aus dem Saargebiet Grenzlandtschicksal erleiden! Der VDA will das seine zu diesem Ziel tun und ist für Anregung dankbar. Verein für das Deutschtum im Ausland.

Es ist uns ein Bedürfnis, zum Ausdruck zu bringen, daß wir die erfolgreichen Arbeiten des Bundes der Saarvereine für die Erhaltung und Förderung des Deutschtums im Saargebiet stets mit größter Anteilnahme verfolgt haben. Seiner rührigen Tätigkeit ist es mit in erster Linie zu verdanken, daß heute den Leiden und der Not der Bevölkerung des Saargebietes in allen Teilen des Reiches Verständnis und Mitgefühl entgegengebracht wird.

Der Arbeitsausschuß Deutscher Verbände.

Nur durch einiges Zusammenstehen aller Deutschen, soweit die deutsche Zunge klingt, gegen seine raubgierigen Feinde werden wir es erreichen, daß der tapfere und bewunderungswürdige Kampf des deutschen Saarlandes, der Rheinlande und der Pfalz auch jetzt wieder im gerechten und deutschen Sinne entschieden wird.

Vereinigte vaterländische Verbände Deutschlands.

Erwähnt seien noch die Grüße des Vorstandes des Hilfsbundes Elsaß-Lothringer Berlin, des Ausschusses der deutschen Jugendverbände, des Württembergischen Bundes für Grenz- und Heimatschutz, der Arbeitsgemeinschaft der Grenzland-Verbände in Hamburg und Umgegend, der Deutschen Krieger-Wohlfahrts-gemeinschaft.

## Die sechste Bundestagung.

Die sechste Bundestagung des Bundes der Saar-Vereine sollte nach dem Beschluß der vorangegangenen hannoverschen Tagung in Frankfurt a. M. stattfinden, falls nicht die inzwischen erfolgte Räumung der Kölner Zone die Tagung in Köln ermöglichen sollte. Da dieser letztere Zustand nicht zuletzt als Wirkung der Locarnoverhandlungen eintrat, so konnte im Frühsommer d. J. die Einladung zur sechsten Bundestagung in Köln in die Wege geleitet werden. Köln wurde auch deshalb gewählt, um einer Anregung der im Westausschuß vertretenen landsmannschaftlichen Verbände entsprechend sich in Form einer Befreiungsfeier zu gemeinsamer Rundgebung für Rhein, Pfalz und Saar in Köln zu versammeln. Während die Arbeiten zur Vorbereitung der eigentlichen Bundestagung des Bundes der Saarvereine in der Hauptsache von der Geschäftsstelle Saar-Verein gemeinsam mit der Kölner Ortsgruppe erledigt wurde, lag die Vorbereitung der gemeinsamen Rundgebung mit vorausgehendem Festzug den hierfür von den örtlichen in Frage kommenden Organisationen gebildeten Arbeits- und Festausschüssen ob.

### Begrüßungsabend der Kölner Ortsgruppe.

Die Bundestagung wurde Freitag, den 13. August, abends, durch einen Begrüßungsabend eingeleitet, der von der Ortsgruppe Köln, des Bundes der Saarvereine im Vereinsaal Rudolf-Saal, stattfand. Die in recht großer Zahl erschienenen Ortsgruppen-

vertreter und Gäste vereinigten sich mit den Kölner Ortsgruppenmitgliedern zu einer recht angeregten und genussreichen Veranstaltung. Der musikalische Teil wurde von der Hüttenkapelle von den Gebrüder Köhlingschen Eisenwerken bestritten. Eingeleitet wurde der Abend mit einem Prolog von Frau Weygand, der Gattin des zweiten Vorsitzenden der Kölner Ortsgruppe. Der Prolog gibt in knapper gebundener Form die Empfindungen wieder, die die Teilnehmer an den Kölner Veranstaltungen befeelte. Er hat folgenden Wortlaut:

Was läuten nur die Glocken all  
Um Mitternacht? Ein Menschenwall  
Zum Dome pilgert groß und klein,  
Wer möchte auch zu Hause sein?  
Wir sind nun frei, hörst du es Rhein!  
Nicht Grenze — Strom mußt du uns sein.  
Wir sind nun frei, ein Teil ist's nur,  
Zum Himmel bringt der deutsche Schwur:  
Wir wollen Treu und wachsam sein,  
Rhein, Pfalz und Saar vom Joch befrei'n.  
Wir grüßen dich du Vater Rhein,  
Ganz mußt du wieder unser sein,  
Mit deinen Burgen, deinen Reben!  
Was könnte es wohl Schöneres geben.  
Du deutscher Strom im deutschen Land  
Wir halten Wacht mit Herz und Hand!  
Auch du mußt wieder unser sein,  
Du weinungrenzte Pfalz am Rhein.



Wer kennt es nicht, das Pfälzer Blut  
Mit seinem köstlich frohen Mut,  
Und doch so bieder, treu und stark  
Dabei so kerndeutsch bis ins Mark.  
Wenn auch die Tricolore weht,  
Die Pfalz fest zu dem Reiche steht.  
Wo Schacht an Schacht zum Himmel winkt,  
Wo Tag und Nacht die Arbeit singt,  
Wo in der Erde tiefem Schoß,  
In Kohlenfeldern riesengroß  
Ein fleißig Volk sich plagt und regt  
Und schwer an weissen Ketten trägt,  
Dort wo das stille Ehrenthal,  
Wo Helden ruhen ohne Zahl,  
Wo sich der Winterberg erhebt  
Von deutschem Ruhm und Sieg umweht,  
Wo Männer sind, so treu und wahr,  
Das ist das schöne Land der Saar.  
Du Land, geweiht durch deutsches Blut,  
Du Berg, erstürmt mit Todesmut,  
Nie kannst du uns verloren gehn,  
Wenn wir nur fest zusammenstehn!  
Gott helfe dir, du Volk der Saar  
Und mache frei, was deutsch einst war.  
Wir reichen dir die Bruderhand  
Und knüpfen fester noch das Band;  
Wir fühlen mit dir jede Schmach  
Und hoffen mit dir auf den Tag,  
Den Tag, der dir die Freiheit bringt,  
Und Lug und Trug zu Boden zwingt.  
Ein Brudergruß der Pfalz, der Saar,  
Wir bleiben treudeutsch immerdar.  
Der ganzen Welt tun wir es kund  
Und wissen soll der Völkerbund:  
Wir von der Saar, der Pfalz, dem Rhein  
Wir wollen frei und deutsch nur sein!

Vom Männergesangsverein „Concordia“ wurden hierauf in künstlerisch wirkungsvoller Weise die Chöre „An der Heimat halte fest“ und „Mein Heimattal“ vorgetragen. Der erste Vorsitzende der Ortsgruppe Köln, Dr. Baumüller, sprach herzliche Worte der Begrüßung an alle Erschienenen, besonders an die in recht stattlicher Zahl anwesenden Landsleute von der Saar.

Die Festrede hielt Herr Pfarrer Kadeke, Köln, der lange Jahre in Saarbrücken als evangelischer Seelsorger tätig war. Er legte seinen Worten das Thema zugrunde:

### „Die Morgenröte der Freiheit.“

Als ich vor einem Jahre hier im Saarverein zur Rheinischen Jahrtausendfeier sprach, stand noch das ganze Rheinland unter dem Zeichen der Fremdherrschaft. Ein halbes Jahr später läuteten die Mitternachtsglocken vom Kölner Dom den heißersehnten Tag der Befreiung ein. Seitdem haben wir auf diesem befreiten Boden manche herzerhebende vaterländische Feier erlebt. Aus allen deutschen Gauen strömten die Brüder und Schwestern zu uns herüber, um sich mit uns der wiedergewonnenen Freiheit zu freuen. Denn sie alle waren davon durchdrungen, daß hier am Rhein die Würfel über Deutschlands Zukunft fallen. Am höchsten gingen die Wogen der Begeisterung als an einem strahlenden Frühlingssonntag unser Hindenburg in Kölns Mauern weilte und im Namen des Reiches die befreiten Volksgenossen grüßte.

Aber in diese schäumende Freude mischte sich immer wieder der Schmerz darüber, daß die Sonne der Befreiung noch nicht dem ganzen Rheinland leuchtet, und daß noch die Brüder an der Saar und in der Pfalz unter dem fremden Joche seufzen. Vor allem unser Saarland hat zur Stunde noch das herbste Schicksal zu tragen. Fast noch ein Jahrzehnt soll es sich bis zur endgültigen Entscheidung in Geduld fassen und bis dahin all die Willkür der landfremden Machthaber ertragen. Stets aufs neue hat es laut und dringend seine Stimme für Recht und Freiheit erhoben und darauf jedesmal eine Antwort erhalten, die wie ein Hohn auf das vielgepriesene Völkerglück der neuesten Zeit klingt. Dieser Gedanke an die Kämpfe und Leiden des deutschen Stammes an der Saar läßt einen bitteren Tropfen in jeden Becher rheinischer Freiheitsfreude fallen.

Darum ist das, was wir hier vor einem halben Jahre erlebt haben, erst der Anfang dessen, was wir erleben und erleben wollen. Und doch wollen wir uns heute Abend dieses bescheidenen, aber verheißungsvollen Anfanges aufrichtig freuen. Ist es auch noch nicht der Sonnenaufgang, so ist es doch die Morgenröte der Freiheit! Für jeden, der die Natur liebt, ist der Anblick der Morgenröte etwas Wunderschönes. Am tiefsten aber empfindet das derjenige, der eine lange, bange Nacht durchlebt hat und nun im Frühlicht des neuen Tages seine sorgenvolle Seele gesund badet. Wir haben am Rhein solch eine lange, bange Nacht durchlebt, als in den vergangenen Jahren fremde Begehrlichkeit ihre Hände immer deutlicher nach des Reiches Westmark ausstreckte,

als in den düsteren Tagen der Ruhrbesetzung die Früchte dieser Politik zu reifen schienen, als unter dem Schutze fremder Waffen vaterlandslose Gesellen ihren schwerringenden Landsleuten in den Rücken fielen, als das drohende Gespenst der Rheinischen Republik am Horizonte aufstieg. Das waren Zeiten, in denen auch dem hoffnungsvollsten deutschen Manne das Herz erbebt, wenn er daran dachte, was in den nächsten Wochen, vielleicht schon in den nächsten Tagen kommen könnte, und wie die Lostrennung der rheinischen Tochter von der Mutter Germania der Anfang vom Ende aller deutschen Herrlichkeit sein würde. Aber dann klang doch durch diese Nacht unserer Seelennot die tröstliche Verheißung, die einst ein deutscher Dichter in die prophetischen Worte gekleidet hat: „Nimmer wird das Reich zerstört, wenn ihr einig seid und treu!“ Und darin waren sich alle deutschen Herzen am Rhein einig, daß des Vaterlandes Westmark deutsch bleiben und frei werden müsse, es koste noch soviel Kampf und Leid und Opfer. An dieser selbstverständlichen Treue, an diesem stillen Widerstand, an dieser inneren Einheitsfront sind jene dunklen Pläne gescheitert, sodas wir heute hoffen dürfen, daß sie sich nicht wieder ans Licht wagen werden.

So ist nach langer, banger Nacht die Morgenröte der Freiheit am deutschen Rhein angebrochen. Mit neuem Mut und Vertrauen harren wir der Stunde, da die Sonne selbst am Himmel aufsteigen und das volle Tageslicht erscheinen wird. Wir werden nicht müde werden, es immer wieder ins Land hinauszurufen: Nicht eher kann von Frieden die Rede sein, als bis das ganze Rheinland vom Druck der Fremdherrschaft erlöst ist, als bis auch für die Brüder an der Saar die goldene Stunde der Befreiung geschlagen hat! Wir wissen es aus jahrhundertalter Geschichte, wie gerade dorthin fremde Eroberungssucht ihre gierigen Blicke geworfen hat. Und nun, da die Pläne, das ganze Rheinland zu gewinnen, zerronnen sind, da hofft man, wenigstens diesen Teil der ersehnten Bente zu erlangen. O, wir können es verstehen, daß man das blühende Land an der Saar mit seinen Naturschönheiten, mit seinen Bodenschätzen samt allem, was deutscher Geist und deutsche Tatkraft dort geschaffen haben, bekommen möchte. Aber gerade darum tun wir's laut und feierlich vor aller Welt kund: Dieses Land mit seiner kerndeutschen Bevölkerung, mit seiner ehrenreichen Geschichte, mit seinem deutschen Geistesleben gehört zu uns und will bei uns bleiben, und keine Mutter läßt sich ein Kind, daß sie so lieb hat, und von dem sie so geliebt wird, vom Herzen reißen!

Wenn man das sonnenklare Recht zu beugen und mit allen möglichen Mitteln der List und der Gewalt die wahre Volksmeinung zu unterdrücken sucht — es hilft auf die Dauer doch nichts. Wir dürfen heute schon ruhig sagen, daß diese Politik der „friedlichen Durchbringung“ schmachlich gescheitert ist; davon hat die Jahrtausendfeier an der Saar ein überwältigendes Zeugnis abgelegt. Jeder neue Druck erzeugt nur stärkeren Gegenstand und läßt die angestammte Treue, die gesunde Vaterlandsliebe des Volkes an der Saar nur um so heller aufflammen. Ja, wenn man dort die Morgenröte der Freiheit am Niederrhein schimmern sieht, so erhebt sich um so leidenschaftlicher die Sehnsucht in den Herzen der Saardeutschen: Auch für uns muß nun bald nach langer, langer Nacht die Sonne aufgehen und die Stunde der Freiheit schlagen; auch unser Leiden und Ringen kann und wird nicht vergeblich sein; kommen muß der Tag, da unserm Hoffen wird sein leuchtend' Recht gesprochen! Und überall im Reich, wo Männer und Frauen vom Strande der Saar wohnen, schließen sie sich zum Bruderbund zusammen, pflegen die Erinnerung an ihr Heimatland und halten das heilige Feuer der Hoffnung in den Herzen lebendig.

Heute aber, am Vorabend der großen Rundgebung für Rhein, Saar und Pfalz, senden wir von freier deutscher Erde den Brüdern an der Saar unsere Grüße: Haltet aus in eurem Kampfe, bewahrt die bisherige Treue; denkt nicht, daß ihr allein steht, wir vergessen euch nicht; mit Waffen können wir euch, die wir selbst ein wehrlos Volk geworden, nicht zur Hilfe eilen, aber den geistigen Feldzug wollen wir mit euch, für euch führen; nicht wollen wir zufrieden auf der wiedergewonnenen Freiheit ausruhen, denn erst dann wird unsere Freude voll und rein sein, wenn das Banner der Freiheit über dem ganzen Rheinland weht! Zum Rheinland aber gehört uns allezeit auch das Land an der Saar; es wäre der rheinischen Krone einer der schönsten Steine ausgebrochen, wenn dieser darin fehlte.

Im Monat August feierte man einst im Saarlande die unvergeßlichen Tage des Jahres 1870. Damals, am Tage von Spichern, war ja auch die Morgenröte neuer deutscher Herrlichkeit über dem vielmühtigen, oftbedrohten Grenzlande aufgegangen. 1918 schien es, als wäre das alles nach kurzer Zeit für immer versunken, als wären die traurigen Jahrhunderte deutscher Ohnmacht wiedergekehrt. Und doch — sehen wir aus dem furchtbaren Zusammenbruch ein hohes Gut gerettet: das unverlerbte Bewußtsein der deutschen Einheit. Das wenigstens ist uns aus Bismarcks großem Erbe erhalten geblieben! Dieser starke Gedanke, daß alle deutschen Stämme nicht nur innerlich zusammengehören, sondern auch eine nationale Einheit bilden sollen und müssen, hat uns durch die schlimmsten Notzeiten geg-



reich hindurchgetragen, und dieser deutsche Einheitsgedanke, der hoch über allem Elend deutschen Parteiwesens liegt, wird, so hoffen wir zu Gott, unsere beste Waffe auch künftig bleiben. In diesem Glauben an die unzerstörbare Zusammengehörigkeit aller deutschen Länder und Stämme, schauen wir zuversichtlich dem Tage entgegen, da Recht und Freiheit, die heiligsten Grundkräfte des Völkerlebens, auch an der Saar ihre Auferstehung feiern werden.

Wenn aber dann auch dort die Flammenzeichen der Befreiung aufleuchten, so denke ich, werden künftige Geschlechter diesen Tag nicht minder froh und dankbar feiern, als man einst den 6. August voll vaterländischer Begeisterung begangen hat. Wir alle wünschen es uns von Herzen, daß es uns vergönnt sei, diesen Tag als einen der schönsten unseres Lebens mitzuerleben. Wohl an denn, die wir im Morgenlichte rheinischer Freiheit stehen, lassen Sie uns in frohem Zukunftsglauben den vollen Tag der Freiheit grüßen, der seine Strahlen ausgießen wird über das Land von Wesel bis Saarbrücken! Stimmen Sie mit mir ein in den Ruf:

Saarland, das treugesinnte, das tapfer ringende,  
das unverzagt hoffende, das der Befreiung harrende,  
das seinem großen deutschen Tage entgegenstrebende,  
Saarland — es lebe hoch!

Die Ausführungen des Redners fanden in der Versammlung stürmischen Beifall. Danach wurde das Saarländ. „Saarland, Saarland du sollst deutsch sein“ gesungen. Es folgten einige Lieder von Fr. Hasche für Alt: „Tom der Reimer“ und „Herzenfrühling“, die in ihrer künstlerischen Empfindung und seelischen Wärme großen Beifall fanden. Acht Damen und acht Herren der Kölner Ortsgruppe führten hierauf einen Knappen-Reigen auf. Im Laufe des Abends ehrte der Saar- und Pfalz-Verein, Ortsgruppe Leipzig des Bundes der Saar-Vereine durch Herrn Ingenieur H. Sester den Leiter der Geschäftsstelle Saar-Verein, Verwaltungsdirektor Vogel, mit Worten des Dankes für seine aufopfernde Tätigkeit durch die Ueberreichung des bekannten Klöveforn'schen Saargebietbuches, worauf Herr Direktor Vogel hierzu dankte. Seinen Dank richtete er aber auch vor allem an die Herren Bergwerkssekretär Baumüller und Bürgermeister John-Köln, die sich bei den Vorbereitungsarbeiten zu der Bundestagung ein großes Verdienst erworben haben. Er gab dann einen kurzen Ueberblick über die einzelnen Bundestage und schloß mit einem Hoch auf die Kölner Ortsgruppe. Der Abend wurde im übrigen ausgefüllt mit Musik- und Gesangsvorträgen, gemeinsamen Liedern, humoristischen Darbietungen usw. und bildete so einen recht eindrucksvollen Auftakt für die geschäftlichen Verhandlungen.

## Die Mitglieder- und Vertreterversammlung.

Die Mitglieder- und Vertreterversammlung (geschäftliche Sitzung) begann Sonnabend, den 14. August, vormittags gegen 10 Uhr unter Leitung des Bundesvorsitzenden, Oberlandesgerichtsrat Andres, Naumburg. Nach begrüßenden Worten durch den Vorsitzenden wurde sofort in die geschäftlichen Beratungen eingetreten, die mit dem Bericht über die Jahresarbeit des Bundes und der Geschäftsstelle Saar-Verein begannen. Zunächst gab Verwaltungsdirektor Vogel davon Kenntnis, daß eine außerordentliche Zahl von Begrüßungstelegrammen und Schreiben eingegangen sei, darunter vom Herrn Reichspräsidenten, dem Herrn Reichskanzler, dem Herrn Außenminister, dem Herrn Reichsminister für die besetzten Gebiete, von den Regierungen der Länder, von den Parlamenten, dem Herrn Oberpräsidenten der Rheinprovinz, den Städten, von Organisationen der deutschen Wirtschaft usw. Er gab dann zunächst den rein geschäftlichen Bericht, der in die Einzelheiten der Arbeiten der Geschäftsstelle einging. Er konnte feststellen, daß im Laufe des Berichtsjahres Aufklärungsschriften über alle möglichen Saarfragen in großer Zahl herausgegeben werden konnten, darunter über die Saarlüge von Rechtsanwalt Giersberg, daß die Halbmonatschrift „Saar-Freund“ durch eine illustrierte Monatsbeilage „Saar-Heimatlilder“ bereichert werden konnte usw. Er berichtete weiter über die rednerische Aufklärungsarbeit, über den Ausbau der Lichtbildervorträge, über die verschiedenen Saarkundgebungen, Saarkvorträge an den Hochschulen, gab einen Ueberblick über die Pressepropaganda im In- und Ausland zugunsten des Saargebiets und über die Zusammenarbeit mit den landsmannschaftlichen Schwesterverbänden. Dabei hob er hervor, daß der Saarverein seine politische Betätigung den Gesichtspunkten unterordnet, die die deutsche Politik erfordert. Die Erörterung konfessioneller Fragen und parteipolitischer Bestrebungen ist, wie sich schon aus der Zusammensetzung des Bundesvorstandes und der einzelnen Arbeits- und parlamentarischen Ausschüsse ergibt, grundsätzlich ausgeschlossen. Aus dem sonstigen Tätigkeitsgebiet der Geschäftsstelle nannte Herr Vogel die Auskunftsstelle für Anfragen jeglicher Art, die Unterstützungs- und Fürsorgetätig-

keit, die Unterbringung von Schulkindern aus dem Saargebiet im übrigen Deutschland; er legte die Arbeitsweise des Beratungs- und Aufsichtsausschusses dar und ging schließlich zu den Verhältnissen des Bundes und der Geschäftsstelle über. Hierbei richtete er an alle Ortsgruppen die dringende Mahnung, sich mehr als bisher an die Aufbringung der Kosten zur Erhaltung und Fortführung der Geschäftsstelle einzusetzen.

Verwaltungsdirektor Vogel wandte sich dann den politischen Aufgaben des Bundes der Saar-Vereine zu, die er unter dem Gesichtspunkt

## „Die weltpolitischen Gefahren der Saar-Frage“

auseinanderlegte. Seine Ausführungen ließen in die umfangreichen nationalpolitischen Verhältnisse des Bundes einen tiefen Blick tun.

Jedenfalls ergibt sich aus ihnen einmal, welche außerordentliche Bedeutung die Entwicklung der Saar-Frage für die künftigen deutsch-französischen Beziehungen und damit für den allgemeinen Weltfrieden hat zum andern, welche politische Bedeutung dem Bunde der Saar-Vereine zukommt. Der Bund der Saar-Vereine mit seiner Geschäftsstelle in Berlin ist keine Verwaltungsstelle irgendeiner Behörde, ist auch kein Werbebüro irgendeiner politischen, wirtschaftlichen oder sonstigen Interessen-Organisation, ist auch keine landsmannschaftliche Vereinigung schlechthin, sondern sie sind die organisatorische Zusammenfassung aller jener Kreise des deutschen Volkes, die die große weltpolitische Bedeutung der Saarfrage erkannt haben, wie sie in Versailles in unverantwortlicher, wahrheitswidriger, anreizungs-politischer Absicht von Frankreich gestaltet worden ist. Wie richtig die Gefahren der in Versailles von Frankreich verfolgten Saarpolitik selbst von Wilson und Lloyd George erkannt worden sind, ergibt sich aus dem Ausspruch des letzteren im Biererrat am 28. März 1919: „Lassen Sie uns keine neuen Eljah-Lothringer schaffen!“

Trotz der selbst im Biererrat erkannten künftigen Gefahren der von Frankreich verfolgten Saarpolitik ist man in Versailles schließlich doch auf eine Regelung der Saarfrage eingegangen, die im wesentlichen den französischen Bestrebungen Rechnung trägt. Der achtjährige politische Kampf um und um das Saargebiet, wie er vom Einmarsch der französischen Besatzung an bis auf den heutigen Tag mit wechselnden Methoden aber immer mit dem gleichen Ziel geführt worden ist, liefert hierfür den untrüglichen Beweis. An diesen Zielen hat sich nichts geändert, gleichgültig, welche Regierung den außenpolitischen Kurs in Paris bestimmte.

In Erkenntnis der Gefahren, die sich daraus für die politische und staatliche Zukunft des Saargebiets in seiner Gesamtheit oder für einzelne Gebietsteile ergeben, wurde im Jahre 1919 zunächst die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ und später der Bund der Saar-Vereine von ausgewiesenen Saar-deutschen gegründet und unter Heranziehung weitester an der Deutscherhaltung des Saargebiets interessierter Kreise eine Organisation geschaffen, die sich über das ganze Reichsgebiet erstreckt und heute 94 Orts- bzw. Landesgruppen mit über 15 000 Mitgliedern, 1500 Einzelmittglieder, körperschaftliche Mitglieder, Vereine, Industrielle usw. umfaßt. Die Geschäftsstelle „Saar-Verein“, welche einem aus einem Vorsitzenden und 24 Beisitzern bestehenden Beratungs- und Aufsichtsausschuß unterstellt ist, bildet den Mittelpunkt der Gesamtorganisation des Bundes der Saar-Vereine. Die Richtlinien für seine Tätigkeit werden in engerer Fühlungnahme mit den politischen und wirtschaftlichen Führern des Saargebiets gemeinsam mit dem Bundesvorstand festgelegt. Sie halten sich von jeglicher parteipolitischer oder konfessioneller Bindung fern und sind grundsätzlich auf die Frage abgestellt: Welche Mittel und Wege sind notwendig, um die Deutscherhaltung des Saargebiets sicher zu stellen.

Der Bund der Saar-Vereine hat keine selbständige politische Aktion durchzuführen, seine Haupttätigkeit ist die Aufklärungsarbeit, die hinsichtlich der Saarfrage im In- und Auslande zu leisten ist und um so planmäßiger geleistet werden muß, als die französische Propaganda im Sinne der Clemenceauschen Lüge von den 150 000 Saarfranzosen unbeirrt weiter arbeitet. Aus dieser Aufklärungsarbeit ergibt sich von selbst die politische Aufgabe, die der Bund der Saar-Vereine zu übernehmen hatte. Frankreich hat eine Saarpolitik geschaffen, die es für Deutschland, die es für das Saargebiet nie gegeben hat und die es nach Abweisung des französischen Anschlages auf die unbefristete engste Zusammengehörigkeit des Saargebiets zum Deutschen Reich in Zukunft nicht geben wird. Solange aber das jetzige Saarregime mit dem ausgesprochenen Ziel der Schaffung neuer staatspolitischer Verhältnisse an der Saar besteht, solange muß sich das gesamte deutsche Volk der saardeutschen Bevölkerung in unermüdlichem, harten Abwehrkampf zur Seite stehen. Die gesamtpolitische Lage, wie sie durch Versailles für Deutschland geschaffen wurde, bringt es mit sich, daß im deutschen Volk das Verständnis für die Saarverhältnisse nicht allgemein



vorhanden ist, daß parteipolitische Gesichtspunkte nicht immer die großen nationalpolitischen Gefahren der Saarfrage innerhalb der einzelnen politischen Parteien in Deutschland eingestehen wollen, daß diplomatische Erwägungen in einzelnen Fällen die öffentliche Erörterung bestimmter Vorgänge auf dem Gebiet der Saarpolitik nicht tunlich erscheinen lassen. Ohne die erforderliche Aufklärung durch Wort oder Schrift in der Öffentlichkeit oder in vertraulicher Besprechung bilden sich leicht Vorurteile oder Mißverständnisse im Saargebiet sowohl wie im übrigen Deutschland, die dem zähen und unermüdlichen Abwehrkampf französischer Annexionsbestrebungen abträglich sein müßten. Hier bildet der Bund der Saar-Vereine mit seiner Geschäftsstelle die Aufklärungsorganisation, die den deutschen Abwehrkampf an der Saar erleichtern, unterstützen soll.

Es kann die Frage erhoben werden: „Haben sich tatsächlich national- oder staatspolitische Gefahren in der Saarfrage gezeigt, nachdem selbst in Frankreich anerkannt wird, daß es politisch den Kampf um die Saar verloren hat.“ Die Frage war bis Locarno bestimmt berechtigt, leider aber ist sie auch heute noch nicht im Geiste von Locarno erledigt. Für die Saargebietsbevölkerung gibt es trotz der Hauptforderung des Völkerbundes nach dem Selbstbestimmungsrecht der Völker nicht einmal ein Mitbestimmungsrecht in der Verwaltung und der Verwendung der Steuern, kein Vorschlagsrecht für ihren Vertreter in der Saarregierung, kein parlamentarisches Interpellationsrecht. Das Saargebiet muß sich für die französische Saarbesatzung gefallen lassen, obwohl sie einen Bruch des Versailler Vertrages darstellt, muß ausländische Beamte über sich regieren lassen, die zum größten Teil ihre Sprache nicht verstehen, die im übrigen aber politische Anweisungen gegen die klaren Treuhänderbestimmungen des Völkerbundes von ausländischen Regierungen in Empfang nehmen. Wegen der vertragswidrigen Einführung der französischen Währung muß jetzt das Saargebiet eine zweite Inflationskatastrophe durchmachen, die die wirtschaftlichen Grundlagen des Saargebiets in ihren Grundfesten erschüttert und den größten Teil der Saargebietsbevölkerung an den Bettelstab bringt. Die Losreißung von der deutschen Sozialversicherung hat im Saargebiet auf allen Gebieten der sozialen Fürsorge einen Notstand geschaffen, wie er sich schlimmer überhaupt nicht denken läßt. Dabei handelt es sich bei all diesen von der Saarregierung getroffenen Maßnahmen keineswegs um die Durchführung vertraglicher Bestimmungen, sondern um die vertragswidrige systematische Abtrennung des Saargebiets auf allen Gebieten vom deutschen Mutterland in der politischen Absicht, jegliche Verbindung zwischen Saargebiet und übrigen Deutschland zu zerschneiden, um damit die Auswertung der für das Jahr 1935 vorgesehenen Volksabstimmung an der Saar im französischen Sinne zu beeinflussen. Diese eigenartige Verwaltungspolitik hat die Saarregierung in bisher sechsjähriger Tätigkeit durchgeführt, obwohl der Grundsatz ihres Völkerbundauftrages lautet: „Die Regierungskommission hat keine andere Aufgaben und Interessen als das Wohlergehen der Bevölkerung des Saarbeckengebiets.“ In Wirklichkeit haben Rücksichten auf das Wohlergehen der Bevölkerung in all den Jahren völkerbundlicher Verwaltungsarbeit an der Saar niemals obgewaltet, sondern allein Rücksichten auf die saarpolitischen Bestrebungen Frankreichs an der Saar. Ein französischer Journalist hat denn auch die tatsächlichen Bemühungen der Saarregierung dahin umschrieben: „Sie ist bemüht, nachträglich das für Frankreich zu erreichen, was englischer Neid und amerikanische Mißgunst in Versailles nicht zuließ, nämlich die Annexion des Saargebiets.“

Bei Beurteilung der tatsächlichen Verhältnisse an der Saar muß auch heute nach Locarno festgestellt werden, daß die vom Völkerbund bestellte Regierungskommission des Saargebiets nichts anderes darstellt als ein Organ der französischen Annexionspolitik, die ihre stärkste Aktion in der Förderung französischer Schulen an der Saar und Verdrängung der deutschen Schulen gezeigt hat. Wenn alle diese politischen Bestrebungen Frankreichs auch keinen Erfolg hatten, weil die Saargebietsbevölkerung in ihrer Gesamtheit sich ihnen entgegenstellte, so bedeutet das dennoch nicht, daß die Gefahren für das Saargebiet endgültig beseitigt sind. Die jüngsten Vorgänge in der Besatzungsfrage lassen leider das Gegenteil befürchten. Der französische Einfluß in der Saarregierung ist trotz Ersetzung des französischen Saarpräsidenten Kault durch den Kanadier Stephens vorherrschend geblieben, so daß alle Entscheidungen der Saarregierung auch in Zukunft von französischen Interessen diktiert sein werden.

Aus dieser Tatsache, die sich mit zahlreichen Unterlagen belegen läßt, ergibt sich die dringende Notwendigkeit, daß das gesamte deutsche Volk in der Forderung der Liquidierung der Saarfrage nicht nachläßt und ohne Nachlassen den Kampf um die Deutschverwaltung des Saargebiets unterstützt. Deshalb wendet sich auch der Bund der Saar-Vereine mit den Beschlüssen und Vorträgen seiner Bundesversammlung an das deutsche Volk und an die deutsche Presse mit der dringenden Mahnung: Seid einig in der Verfechtung der deutschen Saarbefange, tretet

geschlossen hinter die Bestrebungen des Bundes der Saar-Vereine, werdet nicht müde, bis das Regime der Fremdherrschaft an der Saar gefallen ist!

Die Ausführungen des Herrn Vogel fanden in der Versammlung lebhaftes Interesse und allseitigen Beifall.

Die Feststellung der vertretenen Ortsgruppen und der anwesenden Einzelmitglieder in Köln ergab, daß 52 Ortsgruppen durch 104 Mitglieder-Vertreter und außerdem 48 Einzelmitglieder erschienen waren.

Die Neu- bzw. Wiederwahl des Vorstandes, und zwar, daß auf Grund des § 7 der Satzungen alljährlich durch Auslosung ein Drittel der Beisitzer ausscheidet, führte eine längere Aussprache herbei. Bei der Auswahl schieden aus die Herren Reichsgerichtsrat Linz-Leipzig, Landgerichtsdirektor Dr. von Kraewel-Frankfurt a. M., Bergreviersekretär Baumüller, Köln-Klettenberg, Ingenieur A. Seiser-Leipzig, Seminaroberlehrer Debusmann-Essen und Regierungsrat Bachem-Berlin. Zunächst wurde vorgeschlagen, die ersten fünf ausgeschiedenen Herren durch Zuzug wiederzuwählen. Dieser Vorschlag wurde angenommen und die ausgeschiedenen Vorstandsmitglieder einstimmig durch Zuzug wiedergewählt. Eine kurze Aussprache beschäftigte sich mit der Wahl des Herrn Regierungsrat Bachem, M. d. L., an dessen Stelle Herr Staatsminister a. D. Wallraf, welcher derselben Partei und derselben Konfession wie Herr Regierungsrat Bachem angehörte, vorgeschlagen wurde. Nach längerer Aussprache wurde beschlossen, diese Wahl, nachdem verschiedene Redner für und gegen gehört worden waren, durch geheime Abstimmung vorzunehmen. Das Ergebnis war folgendes: Herr Staatsminister a. D. Wallraf erhielt 56 Stimmen, Herr Regierungsrat Bachem, M. d. L., 4 Stimmen, 2 Stimmen hatten sich der Wahl enthalten.

Bei der Wahl der Rechnungsprüfer für das Jahr 1925 wurde dem Wunsche des Herrn Amtsrat Rosentränger-Berlin, der mit Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand gebeten hatte, von einer Wiederwahl abzusehen, entsprochen.

Verwaltungsdirektor Vogel nahm jedoch Anlaß, Herrn Amtsrat Rosentränger für seine Gründung der Geschäftsstelle Saar-Verein dieser und dem Bund geleisteten ehrenamtlichen Tätigkeit als Rechnungsprüfer zu gedenken und ihm seinen und den Dank der Versammlung auszusprechen. An Stelle Rosenträngers wurde Dir. Dieß, Berlin neu, die bisherigen Rechnungsprüfer, Rechtsanwalt Dr. Leibl und Direktor Schäfer, Berlin wiedergewählt.

Den Bericht über die weitere Entwicklung der Vereinsarbeiten erstattete an Stelle des Berichterstatters, des Vorsitzenden des Bundes der Saarvereine, Herrn Oberlandesgerichtsrat Andres-Naumburg, welcher zu einer wichtigen Besprechung abberufen worden war und deshalb den Vorsitz Herrn Bergasseffor und Bergwerksdirektor a. D. Dröge übergeben hatte, Verwaltungsdirektor Vogel, indem er unter Hinweis auf den erstatteten Geschäftsbericht die hauptsächlichsten Arbeiten für das neue Jahr skizzierte. Die eingegangenen Anträge, bei denen es sich meistens um die Einlegung von Sonderzügen nach dem Saargebiet mit Fahrpreisermäßigung handelte, um so die Möglichkeit zu schaffen, die aus dem Saargebiet abgewanderten und im nichtbesetzten deutschen Mutterlande wohnenden Saarländer alljährlich einmal der Saarheimat zuzuführen zu können, wurden nach eingehender Aussprache, ebenso wie verschiedene wichtige Anträge glatt erledigt. Dem Antrage, welcher sich mit der Notlage der Beamten-, Angestellten- und Arbeiterschaft, ganz besonders aber mit den sogenannten Ruhegehaltsempfängern, den Pensionären und Invaliden des Saargebiets beschäftigte, soll eine ganz besondere Beachtung beigemessen werden, zumal diese Frage den Bund der Saarvereine und die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ schon seit langen Jahren beschäftigt und die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ sich in dieser Beziehung seit langer Zeit mit zwei sich mit diesen Fragen außerordentlich befassenden Mitgliedern des Landesrats des Saargebiets in Verbindung gesetzt hat. Die gegebene Anregung soll deshalb mit größtem Nachdruck weiter verfolgt werden. Der Notlage der Bevölkerung des Saargebiets soll außerdem in einer am Schluß der Nachmittags-Vortragsveranstaltung zur Berlesung kommenden Entschließung besonderer Ausdruck verliehen werden.

Zu dem Punkt der Tagesordnung „Bundestagung 1927“ hatte das Mitglied des Beratungs- und Aufsichtsausschusses der Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Herr Redakteur Karl Ollmert-Zulda, folgenden Antrag eingebracht: „In Anbetracht der völlig ungeklärten wirtschaftlichen und politischen Lage, insbesondere soweit die Verhältnisse für das Saargebiet in Frage kommen, ermächtigt die 6. Bundestagung den Vorstand des Bundes der Saarvereine, darüber zu entscheiden, ob und in welcher Weise im nächsten Jahre eine Bundestagung stattfinden soll. Des weiteren wird der Bundesvorstand ermächtigt, Ort und Zeit der Bundestagung festzusetzen.“ Der Antrag wurde ein-



stimmig angenommen, nachdem Herr Berghauptmann Cleff-Halle den Antrag der Ortsgruppe um Übertragung der Bundestagung zurückgezogen hatte. In der Aussprache betonte Verwaltungsdirektor Vogel, daß die bedauerlichen alljährlich durch Auflösung der Flaggenfrage vorgekommenen Mißstände die Abhaltung solcher Kundgebungen i. E. solange unmöglich mache, bis diese Frage ihre endgültige Lösung gefunden habe, damit endlich die Gewähr gegeben sei, daß die Tagungen den erhebenden und einheitlichen Verlauf nehmen, der unbedingt erforderlich sei, wenn der Zweck, der damit verfolgt würde, überhaupt erreicht

werden könnte. Es wurde schließlich beschlossen, bei etwaiger Bestimmung des Ortes der Bitte, Halle die Bundestagung zu übertragen, wenn irgend möglich Rechnung zu tragen.

Unter „Verschiedenes“ wurden dann noch kleinere geschäftliche Mitteilungen besprochen, worauf der mittlerweile wieder eingetroffene Vorsitzende des Bundes der Saarvereine, Herr Oberlandesgerichtsrat Andres-Naumburg, mit Worten herzlichen Dankes die geschäftliche Sitzung mit den besten Wünschen für die weitere Arbeit schließen konnte.

## Öffentliche Vortragsveranstaltung.

Am Samstag nachmittag fand im Rudolfsaal eine öffentliche Vortragsveranstaltung statt, in welcher ausschließlich Vertreter des Saargebiets zu Worte kamen, die vor einer zahlreichen Zuhörerschaft die derzeitigen politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Verhältnissen des Saargebiets erörterten. Der Vorsitzende des Bundes, Oberlandesgerichtsrat Andres, leitete den Nachmittag mit einer Begrüßungsansprache ein, in der er vor allem die Brüder und Schwestern aus dem Saargebiet willkommen hieß. Er führte dann unter anderem aus:

Der Saarverein, der als eine private Organisation die Befreiung des Saargebiets aus der Fremdherrschaft fördern helfen will, ist nicht berufen, selbständige Politik zu treiben. Er ordnet seine politische Betätigung der Politik unter, die im Saargebiet von der berufenen politischen Führung des Volkes als der Befreiung dienlich erachtet wird. Wir haben allen Anlaß, mit dieser Politik zufrieden zu sein. Als vom Versailler Vertrag unter größtmöglicher Mißachtung des Selbstbestimmungsrechts der Völker das merkwürdige staatsrechtliche Gebilde des Saargebiets unter einer zeitweiligen Treuhänderregierung des Völkerbundes ins Leben gerufen wurde, war es die wichtigste Frage: wie stellt sich die Bevölkerung des Saargebiets zu dieser Vergewaltigung? Es ließ sich verschiedenes denken. Man konnte sagen und raten: wir erkennen das Gebilde des Versailler Vertrages als eine beachtliche Lösung überhaupt nicht an, wir verweigern jede Mitarbeit, jede politische Betätigung auf dem Boden des Versailler Vertrages. Das wäre die Politik der glatten Verneinung, der schmolgenden Obstruktion gewesen. Die Gefahren dieser Politik in einem zertretenen, verschuldeten, waffenlosen Vaterland lagen auf der Hand.

Die umgekehrte Politik war die Politik der widerspruchsvollen Unterordnung unter die von der Gewalt geleitete fremde Regierung, verbunden mit der tatenlosen Hoffnung, daß einmal die Stunde der Befreiung von selbst kommen werde.

Eine dritte Möglichkeit aber eröffnete die Versicherung des Versailler Vertrages, daß durch die Saargebietsregelung die Staatsangehörigkeit der Bewohner, ihre Rechte und ihre Wohlfahrt nicht angetastet werden sollten. Also war es im Rahmen des Versailler Vertrages, wenn man aktiven Einfluß auf die fremde Regierung erstrebte zugleich mit dem kräftigen und lauten Bekenntnis zu der deutschen Zukunft des Landes.

Diesen dritten Weg hat die Bevölkerung mit seltener Einigkeit und seltenem Bekenntnis eingeschlagen, und ich glaube, man kann heute schon sagen, daß dieser Weg der richtige gewesen ist. Er hat immerhin zu einer merkbaren Besserung der politischen Zustände geführt und vor allem dazu, daß heute die Befugnis eines jeden Saarländers, sich zur deutschen Zukunft des Landes zu bekennen und für sie zu arbeiten, von niemand mehr in Zweifel gezogen wird. Aber auch einen Nachteil haben diese Erfolge gezeitigt. Die Notwendigkeit, eine stramm geschlossene, auch nach außen deutlich in die Erscheinung tretende Einheitsfront zu bilden, schien nicht mehr alle nun einmal vorhandenen Gegensätze so zu überragen wie im Anfang: darin sehe ich den tieferen inneren Grund dafür, daß die stramm geschlossene und äußerlich sichtbare deutsche Arbeitsgemeinschaft nicht geblieben ist. Wir vom Saarverein, die wir durchaus überparteilich sind, wollen nicht ablassen, dafür einzutreten, daß die Arbeitsgemeinschaft wieder hergestellt wird, eine Arbeitsgemeinschaft, die der innersten einmütigen deutschen Einstellung der Saargebietsbevölkerung entspricht und deren Notwendigkeit zu verneinen uns ein verhängnisvoller Fehler erscheint.

Solange das Saargebiet nicht restlos und vorbehaltlos zum deutschen Vaterland zurückgebracht ist, solange ist die andauernde Vergewaltigung, die alle anderen Beschwerden und Schmerzen weit überragende Beschwerde, und dieser Beschwerde gilt es sich in geschlossener Front zu erwehren.

Es ist nicht unsere Aufgabe, die einzelnen politischen Fragen zu erörtern, die das Saargebiet bewegen, das überlasse ich den

Herren aus dem Saargebiet, die besser dazu berufen sind. Aber die Mahnung zur Einigkeit, die Erinnerung an die Notwendigkeit engsten Zusammenhaltens darf ich aussprechen, mußte ich aussprechen. Dabei betone ich, daß an der deutschen Einstellung der Gesamtbevölkerung, die gerade jetzt eine so schwere wirtschaftliche Belastungsprobe durchzumachen hat, kein Zweifel sein kann. Einmütig lebt in der ganzen Bevölkerung der Wille und die Überzeugung: Das Saargebiet war deutsch, ist deutsch und wird deutsch bleiben!

Hierauf nahm als erster Referent Landesratsmitglied Arius das Wort zu seinem Vortrag über:

## „Die Bevorzugung der französischen Belange im Saargebiet durch die Saarregierungscommission.“

Er führte hierzu u. a. folgendes aus:

Bei der Einleitung der politischen Neugestaltung des Verhältnisses Deutschlands zu den ehemaligen Feinden und bei Prüfung der Gründe, die für und gegen den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund sprechen, erklärte die Vertretung des Saargebietes in ihrer überwiegenden Mehrheit, daß die politischen Belange des Saargebiets denen des Reiches untergeordnet werden sollten. Selbst wenn der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund im Interesse des Saargebiets läge, sollte die Reichsregierung, wenn entscheidende Gründe gegen den Eintritt bestehen, auf unsere Bedürfnisse im Saargebiet keine Rücksicht nehmen.

Bei Einleitung der Locarnopolitik konnte man aber besonders bei der äußeren Aufmachung derselben annehmen, daß das Saargebiet in erster Linie die Auswirkungen einer Versöhnungspolitik verspüren würde. Besonders hätte man eine genauere Beachtung und wohlwollendere Auslegung des Versailler Vertrages erwarten dürfen. Bei dem neuen Wechsel in der Regierungskommission konnte man in der Verwaltung des Saargebiets eine Verringerung des französischen Einflusses erwarten. Das Gegenteil trat ein. Die Beibehaltung aller französischen Beamten und die Übertragung der Finanzverwaltung auf das französische Mitglied der Regierungskommission bedeutet eher eine Verstärkung des französischen Einflusses in der Saargebietsverwaltung. Wie ernst es die französischen Vertreter in der Verwaltung des Saargebietes nehmen, geht daraus hervor, daß das französische Mitglied der Regierungskommission, das sehr fleißig und in der Behandlung von Personen eine außerordentliche Geschäftlichkeit beweist, die Anschriften an die Finanzabteilung umändern ließ an seine persönliche Adresse, um damit die Kontrolle über alle Eingänge innerhalb seines Ressorts zu haben. Die von ihm innegehabte Stelle eines Generalsekretärs der Regierungskommission soll noch von ihm kontrolliert und inspiriert werden. Dem deutschen Mitglied der Regierungskommission wurde das Arbeitswesen und die Sozialversicherung übertragen, nachdem diese Gebiete unter der Verwaltung des französischen Mitgliedes vernachlässigt worden sind. Kann das deutsche Mitglied der Regierungskommission die durchaus berechtigten Forderungen der Arbeitnehmer auf arbeitsrechtlichem und sozialem Gebiet nicht erfüllen, wird aus propagandistischen Gründen nur der deutsche Vertreter dafür verantwortlich gemacht.

In verkehrspolitischer Beziehung wird das Saargebiet trotz gewisser Erleichterungen als „Ausland“ behandelt. Durch die „Saarereinwohnerschaft“ verliert jeder das Saargebiet verlassende Deutsche sein späteres uneingeschränktes Wiederaniederungsrecht und seine politischen Rechte. In dem militärischen Befehlswesen, der Kontrolle durch französische Gendarmen, unterscheidet sich das Saargebiet nicht vom besetzten Gebiet. Anstatt einer restlosen militärischen Räumung will man das Saargebiet als Dauerzustand in ein Etappengebiet umwandeln. Die Handhabung der Zollrevisionen an



an Saargrenzen durch französische Zöllner und die rücksichtslose Anwendung der französischen Zollgesetze nach der strafrechtlichen Seite bedeutet eine der schwersten Belastungen, denen die Saarbevölkerung ausgesetzt ist.

Im Gegensatz zum übrigen Deutschland soll das Saargebiet frei von Reparationslasten jeder Art sein. Dementsprechend müßte die steuerliche Belastung der Saarbevölkerung erträglich sein, zumal die Steuerpflicht des französischen Staates als Besitzer der Saargruben im Saarstatut gut geregelt erscheint. In Wirklichkeit ist aber der französische Staat als Grubeneigentümer nach allgemeiner Auffassung steuerlich sehr entlastet, während die Saarbevölkerung bei Berücksichtigung ihrer Steuerkraft wie kaum in einem anderen Lande belastet ist. Das Steuersystem des Saargebietes wird immer mehr der französischen Steuergesetzgebung, die eine stärkere Belastung des Verbrauchs, wie in Deutschland kennt, angepaßt. So beträgt die Umsatzsteuer 1,6 Prozent, während in Deutschland 0,75 Prozent. Ihre Erhöhung auf 2 Prozent wird nicht ausbleiben.

Die wirtschaftliche Lage des Saargebietes ist gegenwärtig zwar durch eine Inflationshochkonjunktur gekennzeichnet, die aber Fäulnis- und Zersetzungserscheinungen trägt. Die materielle Lage aller Lohn- und Gehaltsempfänger ist sehr schlecht. Der provisorische politische Charakter des Saargebietes mit seiner wirtschaftlichen Abschnürung und durch die Zollgrenze erzwungenen Neuorientierung der Absatzgebiete gefährdet die materielle Zukunft der auf den Verdienst angewiesenen Saarbevölkerung. Eine Rationalisierung und Modernisierung der Betriebe, besonders der Gruben, um jedem Wettbewerb gewachsen zu sein, unterbleibt mit vielleicht geringen Ausnahmen. Eine spätere Neuordnung der Zollgrenzen wird bei der hochschützöllnerischen Einstellung Frankreichs neue Absatzschwierigkeiten und -verschiebungen nach sich ziehen.

#### Die Währungsfrage.

Der Versailler Vertrag wollte zwar das Saargebiet der französischen Währung erschließen, ließ aber der deutschen Währung Heimat und Vorrat. Unter normalen Verhältnissen wäre das Vorhandensein von zwei Währungen in einem Gebiet zwar verkehrswirtschaftlich erschwerend aber tragbar gewesen, wenn beide Währungen wertbeständig sind. Wäre der vertragliche Zustand aufrecht erhalten worden, wäre die Reichsmark nach ihrer Stabilisierung Wertmesser und der Franken Zahlungsmittel geworden. Der dienenden Rolle des Franken mußte durch die „Ausweisung“ der Reichsmark vorgebeugt werden. Durch die Währungsverordnung vom 18. Mai 1923 wurde der Franken zur alleinigen gesetzlichen Währung erhoben und das mit Vorrat, wie sie selbst in Frankreich nicht bestehen. Seitdem der Franken im Saargebiet heimatberechtigt ist, ging er in seinem Wert, der bei seinem Einzug nur mehr 40 Prozent seines Goldwertes hatte, auf 10 Prozent (tieferer Stand) bis 15 Prozent zurück. Die verjagte tot gewünschte und als verschieden gemeldete deutsche Mark stand von den Toten auf und ist heute im Saargebiet ein wenn auch noch nicht heimatberechtigter aber wirklich lieber und gesuchter Gast.

Die Folgen der „trockenen“ Inflation des Franken sind für die gesamte Bevölkerung verheerender, als für die Franzosen selbst. Einmal hat ein großer Teil der Saarbevölkerung eine Inflation mit ihren Schrecken durch die Doppelwährung in noch größerem Ausmaß, wie im übrigen Deutschland erlebt, dann ist die Flucht aus der gegenwärtigen „gesetzlichen“ Währung in feste Währungen und die Kalkulation auf fester Währungsgrundlage vorherrschend. Zunehmende Unsicherheit im geschäftlichen Leben, Verluste, Nervosität sind tägliche Begleiterscheinungen. Das Realeinkommen aller Festbesoldeten und Entlohnerten geht ständig zurück, die steuerliche Belastung steigt absolut und relativ. Schulden in fester Währung mit hoher Verzinsung stehen sinkende Einnahmen in Papierfranken gegenüber. Zahlungseinstellungen und wirtschaftliche Katastrophen, besonders bei kleinen Mittelständlern, Angestellten und Arbeitern folgen. Erspartes wird, soweit es nicht wertbeständig angelegt wurde, enteignet, der Sparsinn unterdrückt. Die Gesetzgebung verhin- dert leider teilweise die Sicherung vor Währungsverlusten. Der Währungsverfall wird auch zu einer unsichtbaren Mauer zwischen dem Saargebiet und dem Mutterlande. Der Bezug reichsdeutscher Zeitungen und Bücher wird durch die geringe Kaufkraft des Franken fast unmöglich. Erfreulicherweise geben große deutsche Zeitungen Saarbezieher erhebliche Nachlässe. Der Besuch deutscher Fach- und Hochschulen, deutscher Kurorte und Erholungsheime, wie überhaupt Besuche im Mutterlande werden für Frankenempfänger fast zur Unmöglichkeit.

Neben der kulturellen Not gibt es eine tiefe seelische Not im Saargebiet, die nicht genügend erfasst und gewürdigt wird. Der deutsche Volksteil im Saargebiet lebt doch in einer Art Verbannung und unter einer Vormund-

schaft, bei der sich Vormund und Mündel nicht verstehen und nie verstehen werden. Nicht politische Erziehung und Vertiefung des Verantwortlichkeitsgefühles, nicht Stärkung der Autorität ist das Ergebnis dieser Zwangserziehungsanstalt, sondern in allem das Gegenteil. Nicht die Vorteile fremder Kulturen, sondern deren Nachteile bleiben zurück oder breiten sich aus. Dabei möchte das Mutterland seine Kinder wieder unter seine Hecke haben und diese möchten zurück zur Mutter.

#### Wird die Saarfrage bald gelöst?

In der politischen Erörterung über die Neuordnung des Verhältnisses zwischen Deutschland und Frankreich wird die Liquidierung des Saarproblems in interessierten Kreisen immer wieder erörtert. Das ist natürlich, denn wenn ein Franzose den Versailler Frieden als einen unsauberen Frieden bezeichnet, so ist an diesem unsauberen Werk das sogenannte Saarstatut nach seiner Entstehungsgeschichte und Verfassung das unsauberste Stück. Leider wird dieser schmutzige Fleck in seinen politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Farben seinen Erzeugern und für sein weiteres Dasein Verantwortlichen nicht oft und eindringlich genug gezeigt, wie überhaupt das Los der Saarbevölkerung im übrigen Deutschland und darüber hinaus in den Staaten, die die politische Verantwortung für die Verwaltung des Saargebietes tragen, genügend gewürdigt und klar erfasst wird.

Die Saarfrage wird dann einer Lösung entgegengeführt, wenn dieser Zustand mit internationaler Moral und Ehrenhaftigkeit als unvereinbar empfunden wird. Es wird eines der traurigsten Kapitel in der sicher nicht immer sauberen Weltgeschichte sein, daß ein national in sich geschlossener Volksteil auf Zeit gewaltsam vom Mutterlande getrennt, politisch entrechtet, sozial herabgedrückt, in fremden Sold gezwungen, steuerlich überlastet, zu einem Leich geknetet und umgeformt werden soll, weil die Schöpfer des Versailler Vertrages einem erbärmlichen Betrug zum Opfer gefallen sind.

\*

Den zweiten Vortrag hielt Kommerzienrat Dr. Hermann Röbling, Mitglied des Landesrats, über:

#### „Der Erfolg der Genfer Delegationen.“

Wir entnehmen seinen Ausführungen folgendes:

Die erste Genfer Delegation ging im Herbst 1921 bei Gelegenheit der damaligen II. Tagung des Völkerbundes nach Genf, um in den damaligen Räten, die die Saarbevölkerung in tiefste Erregung stürzten, zu sehen, ob irgend eine Hilfe gegen die französische Uebermacht und den französischen Uebermut zu erhoffen sei. — In der Zeit nach dem Waffenstillstand und in den ersten anderthalb Jahren der Völkerbundverwaltung des Saargebietes sah es so aus, als ob keine Macht der Erde in der Lage ist, dem französischen Eroberungsdrang im Saargebiet und den Rheinlanden Einhalt zu tun. — Mit allen Mitteln suchten die Franzosen der Bevölkerung klar zu machen, daß der Völkerbund lediglich ihr Organ sei, und das infolgedessen irgendein Appell an den Völkerbund vollkommen aussichtslos sei. — Ja, daß irgendwelche Vertreter der Saarbevölkerung in Genf überhaupt nur empfangen würden, erklärten sie für vollkommen ausgeschlossen.

Als im Herbst 1921 die Franzosen darangingen, den französischen Franken im Saargebiet einzuführen, erfaßte die Sorge, daß ein wirtschaftlicher Verkehr in Zukunft mit Deutschland überhaupt dadurch ausgeschlossen werde, die gesamte Wirtschaft. Es drängte sich die Erkenntnis auf, daß es höchste Zeit sei, gegen die Maßnahmen der Franzosen Gegenmaßnahmen zu ergreifen, wollte man nicht die letzten Reste der wirtschaftlichen Selbstbestimmung, die der Saarbevölkerung geblieben waren, auch noch verlieren. Dabei kam man zu dem Entschlusse, nach Genf zu reisen, — der in den Kreisen der Handelskammer und der wirtschaftlichen Vereine des Saargebietes zum Durchbruch kam. In der Erkenntnis aber, daß die Wirtschaftsführer allein in dieser Angelegenheit zu schwach seien, wandte man sich an die politischen Parteien und die Gewerkschaften mit der Bitte, sich an dieser Delegation zu beteiligen, zumal sich bereits damals eine scharf ausgesprochene Opposition in der gesamten Bevölkerung bis in die Reihen der unabhängigen Sozialdemokraten klar und deutlich abgezeichnet hatte. Sowohl die politischen Parteien wie die Gewerkschaften lagten zu und gaben bereitwillig ihre besten Kräfte für die Delegation her. Da man nicht wußte, was den Teilnehmern der Delegation passieren konnte, wenn sie etwa erfolglos zurückkehrten, so wurde die Delegation sehr zahlreich gemacht, um zu erreichen, daß, wenn Maßnahmen seitens der Regierungskommission ergriffen wurden, diese so umfangreich werden mußten, daß es ein Skandal ersten Ranges



geworden wäre. Jedermann rechnete damit, daß die Gefahr der Ausweisung uns blühen konnte. Es ist begreiflich, daß für alle die Männer, deren Existenz mit dem Aufenthalt im Saargebiet zusammenhing, die zum Teil auch schon einmal ausgewiesen waren, dieser Gedanke wenig Beruhendes hatte. Mir selbst machte er nicht soviel, da ich erst kurz vorher aus meinem Exil zurückgekehrt war, und ich mir sagte, daß mehr wie zehn Jahre Zuchthaus, die man mir in Frankreich freundschaftlich zubilligt hatte, mir bei dieser Gelegenheit auch nicht drohen konnten. Als wir in Genf ankamen, war die zweite Völkerbunds-Generalversammlung in volstem Gange, doch Lord Robert Cecil und Frithjof Nansen, die beiden Völkerbund-Idealisten, hatten heftige Kritik an der bisherigen Gebarung des Völkerbundes geübt und als den einzigen Erfolg des Völkerbundes hatte ersterer die „gute Saarverwaltung“ bezeichnet. Dieser Meinung waren wir nun nicht, und bemühten uns, dieser Meinung in Genf Ausdruck zu geben. Aber zunächst erwies sich unser Handwerkszeug in Gestalt von riesigen Denkschriften, die wir in allen Sprachen der Welt mitgenommen hatten, und die gegen die Einführung der französischen Währung im Saargebiet gerichtet waren, als völlig ungeeignet. Man nahm sie zwar mit freundlicher Miene entgegen, aber ein vertrauter Freund, den wir gewonnen hatten, ein Barbier, der die hohen Völkerbunds-Delegierten rasierte, erzählte uns, daß er die Denkschrift überall in den Zimmern der Delegierten habe herumliegen sehen, und zwar an Plätzen, die nicht auf besondere Hochachtung vor unserer umfangreichen geistigen Arbeit schließen ließen. Wir gingen in uns und erkannten den ersten Fehler, daß die Denkschrift viel zu umfangreich war und machten eine neue von nur zwei Druckseiten, von der wir hofften, daß sie nunmehr gelesen würde und Verständnis für unsere Räte verbreiten würde. Aber weit gefehlt! Wirtschaftliche Räte hatten die Völker alle, warum sollte man sich für die unsrigen besonders interessieren. Dazu kam etwas anderes. Es war zunächst so, daß die Franzosen recht hatten. Bei den Vertretern der Großmächte wurden wir überhaupt nicht empfangen. Nicht einmal die Sekretäre der großen Leute hatten Sinn für uns. Nur die Vertreter der nordischen Völker und der Schweiz hatten ein offenes Ohr für uns, und der Präsident der Völkerbunds-Versammlung, der holländische Minister des Aeußeren, Herr von Karnebeek, empfing uns freundlich auf Grund eines Empfehlungsschreibens, das ich an ihn hatte. Er sagte uns bereits damals, daß zwar dieser Völkerbund zurzeit einem Spinnweben gleich sei, daß man aber nicht wissen könne, ob nicht einstmal er, vielleicht sogar bald, ein solides Netz werde.

Auch Frithjof Nansen, der Nordpolfahrer, war sofort freundlich und entgegenkommend, eine Freundschaft, die er uns bisher erhalten hat, und vermittelte uns eine Besprechung mit Lord Robert Cecil, der als Vertreter für Südafrika in der Völkerbundsversammlung saß, aber nicht zur englischen Regierung gehörte. Infolgedessen konnte er für uns direkt nichts tun. Zu den Ratsmitgliedern kamen wir nicht. Wir fanden überall verschlossene Türen, bis ich einen Empfehlungsbrief an Lord Arthur Balfour aus England erhielt, der meinem Vetter Max von Popelius und mir eine Unterhaltung mit diesem eminenten Staatsmann und ersten englischen Delegierten der Völkerbundsversammlung vermittelte. Von da ab öffneten sich uns alle Türen, mit Ausnahme der der Franzosen, die offenbar von Paris Weisung hatten, uns nicht zu empfangen. Das ist auch in der Hauptsache später so geblieben. Die Fühlung, die wir mit der Presse zu nehmen versuchten, war wenig erfolgreich. Nur die Vertreter der „Kölnischen“ und „Frankfurter Zeitung“, besonders ersterer, bemühten sich eifrig, uns mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Das Ergebnis dieses Besuches war die Erkenntnis, daß die Allmacht der Franzosen in Genf gewiß nicht so weit ging, daß sie verhindern konnten, daß wir inoffiziell angehört wurden, daß die Klarheit bestand, daß die Regierungskommission uns nicht ausweisen konnte, und daß die Beschränkungen der persönlichen Freiheit, also eines der Hauptunterdrückungsmittel der Franzosen, bei einer erheblichen Zahl der übrigen Mitglieder des Völkerbundes, besonders aber bei den Engländern, keine Unterstützung fand. Dazu kam die Erkenntnis, daß auch das französische Militär nach Meinung einiger Delegierten des Völkerbundes im Saargebiet keine Dauereinrichtung sein sollte. Hinzu kam aber vor allen Dingen die Erkenntnis, daß es durchaus nicht aussichtslos war, den Versuch zu machen, im Völkerbundsrate Hilfe gegen die gewalttätigen Methoden der unter französischem Einfluß stehenden Regierungskommission des Saargebietes zu erhalten. Als wir zurückkehrten, empfing uns eine gewaltige Demonstration von Eisenbahn- und Bergarbeitern, die gegen uns von der Regierungskommission aufgeboten war, die die Einführung des Franken forderten. Hatten wir doch in unseren Reihen einen französischen Spion, ein Mitglied der U. S. B., dessen Mitnahme wir hatten nicht verweigern können, und der alles getreulich nach Hause berichtet hatte, was wir getan und erreicht hatten.

Der Bericht, den wir in Zeitungen veröffentlichten, machte die Mitteilung von den Namen der Delegierten auf der Völkerbundsversammlung, die wir gesprochen hatten. Er wirkte wie eine kalte Dusche auf die Franzosen und ihre Mittläufer und stärkte den Mut innerhalb der gesamten Bevölkerung.

Damit stand unsere Aufgabe für die Zukunft fest. Sie bestand darin, die Mitglieder des Völkerbundsrats über alles zu unterrichten, was die Franzosen taten, um die Bevölkerung zu knechten. Als Mittel dazu wählten wir uns das System, daß wir kurze, scharf umrissene Denkschriften mit genau überlegten Forderungen an die Mitglieder des Völkerbundsrates richteten, und zwar in Deutsch, Englisch und Französisch, Denkschriften, die auch der Presse im weitesten Umfange zugänglich gemacht wurden. Die Forderungen, die wir erhoben, wurden niemals auf kleinliche Dinge gerichtet, galten sie doch dem Kampf um unsere Freiheit. Das hatten wir in Genf gesehen. Dafür war Verständnis zu finden, dafür gab es ein Echo.

So haben wir bereits im Dez. desselben Jahres eine Denkschrift nach Genf geschickt, die wir bereits im Jan. 1922 auch den Mitgliedern des Rates persönlich überreichten, in der wir die Entsendung einer Untersuchungskommission des Völkerbundes nach dem Saargebiet verlangten, die die Aufgabe haben sollte, Klarheit über unsere Beschwerden zu schaffen. Das tat der Rat aber nicht. Aber er beschloß, uns eine Volksvertretung zu schaffen, der alle Gesetze und Verordnungen der Regierungskommission zur Begutachtung vorzulegen waren. Um aber den Einfluß des Landesrates nicht zu groß werden zu lassen, wurde aber noch ein Studienauschuß neben den Landesrat gesetzt, der aus neun Mitgliedern besteht, die nur von der Regierungskommission ernannt werden. Der Zweck war, ein Gegengewicht gegen den Landesrat und eine Stütze für die Regierungskommission zu schaffen. Man wollte also die Bevölkerung gegeneinander ausspielen und trat zu diesem Zwecke an viele prominente Leute des Saargebietes heran, die aber nach Rücksprache mit uns ohne weiteres verzichteten, sich gegen die Vertreter der Bevölkerung, den Landesrat, ausspielen zu lassen. Der Studienauschuß ist infolgedessen auch vollkommen bedeutungslos geblieben. Ich glaube, daß kaum jemand in der Bevölkerung weiß, wer darin sitzt. Die Wahlen zum Landesrat, die im Sommer 1922 erfolgten, brachten in allen Parteien die Vertreter des Kampfs der Saarbevölkerung um ihre Freiheit, soweit sie nach dem sonderbaren Wahlstatut gewählt werden konnten, in den Landesrat. Gewählt werden können nur die, die im Saargebiet geboren sind. Auch hier ist wieder der Zweck, zu erreichen, daß die Saarbevölkerung in zwei Lager gespalten werden sollte, auch hier ein Versuch mit untauglichen Mitteln am untauglichen Objekt.

Vor der ersten Sitzung des Landesrates beschloßen die sämtlichen gewählten Vertreter, den Völkerbundsrat um die Abberufung des saarländischen Vertreters in der Regierungskommission zu bitten, der den französischen Interessen diene. Wir wollten von vornherein einen scharfen Trennungsschritt zwischen diesem Manne und uns ziehen. Kurz darauf kam uns weiteres Material zu, das den Dr. Seltor in dem Lichte eines Fälschers eines Beschlusses des Saarlouiser Stadtrats erscheinen ließ. Wir reichten diese Beweisstücke dem Völkerbundsrate ein und haben erneut um Abberufung. Wir hatten zunächst keinen Erfolg. Dr. Seltor wurde wiedergewählt. Aber es kam im Saargebiet zu einem Beleidigungsprozeß des Dr. Seltor gegen den Redakteur Franke von der „Saarbrücker Zeitung“, bei dem Dr. Seltor des Falles überführt wurde. Er wurde gezwungen, sein Amt als Mitglied der Regierungskommission niederzulegen und wurde durch ein anderes Werkzeug der Franzosen, dem alten unfähigen Julius Land aus Saarlouis auf Vorschlag Seltors ersetzt. Eine merkwürdige Lage! Auf Vorschlag eines des Meineids überführten Mannes wird der Nachfolger ernannt und vom Völkerbundsrate bestätigt. — Das war im Frühjahr 1923. Damals ging bei uns alles drunter und drüber. Die Franzosen waren ins Ruhrgebiet eingerückt. Der passive Widerstand hatte eingesetzt. Die Bergarbeiter des Saargebietes waren in den Ausstand getreten, ein Ausstand, der hundert Tage gedauert hat. Der französische Präsident der Regierungskommission, Herr Rault, beging eine Gewalttat nach der andern, um die Bevölkerung einzuschüchtern.

Man kann schon sagen, er beging eine Dummheit nach der andern, da er die Macht des Herrn Poincaré im Völkerbund vollkommen überschätzte. Er hatte so wenig wie die andern Franzosen begriffen, daß in dem Augenblick, in dem Frankreich zur Gewalttat überging, es sich jeden Einfluß in dem Instrument des Friedens, das der Völkerbund der Idee nach sein soll und auch sein will, verschmerzen mußte. Das kam uns zu gut. Solch begeisterte Friedensfreunde, wie der schwedische Ministerpräsident und Sozialdemokrat Hjalmar Branting, der seit 1922 dem Rat angehörte, wurde dadurch auf unsere Seite getrieben und halfen uns ebenso wie Lord Robert Cecil, der inzwischen englischer Vertreter im Völker-



bundsrat geworden war, wo sie nur konnten gegen die Regierungskommission und Herrn Rauck. Die Regierungskommission wurde in ihrer Gesamtheit nach Genf berufen, dort einem zweitägigen Verhör durch den Völkerbundsrat unterworfen, über das ein genaues Protokoll veröffentlicht wurde. Es blieb kein gutes Haar an den Leuten mit Ausnahme des Kanadiers W. D. Waugh, der die ganze Zeit auf unserer Seite gestanden hat. Mit diesem Verhör ward die Macht der Franzosen gebrochen. Sie konnten nichts mehr riskieren. Von nun ab ging's mit großer Geschwindigkeit mit ihrem Einfluß bergab. Ich selber war auf neun Monate im Saargebiet eingesperrt, dadurch, daß ich wegen meiner Verurteilung zu Zuchthaus nicht durch Frankreich reisen konnte, und die Durchreise durch das besetzte Gebiet mir von der Rheinland-Kommission untersagt wurde. Die Rheinland-Kommission mußte noch unter Herrn Poincaré dies Verbot aufheben, da andernfalls der Völkerbundsrat sich mit dem Regime im Rheinland befassen hätte, und das konnte auch Herr Poincaré nicht riskieren. Das war einer der wenigen Fälle, in denen der Völkerbundsrat sich um das Schicksal einer einzelnen Person bekümmert hat. Das hätte er aber auch nicht getan, wenn sich nicht das Auswärtige Amt so tatkräftig meiner Sache angenommen hätte. Es kommt nämlich kein Gegenstand auf die Tagesordnung des Völkerbundsrats, wenn nicht ein Staat den Antrag stellt. Infolgedessen kommen von unsern Denkschriften immer nur diejenigen zur offiziellen Behandlung, die die Unterstützung unseres deutschen Auswärtigen Amtes oder eines anderen Staates finden. Einmal hat uns auch Schweben geholfen, als wir in tiefster Not waren. Das sei auch hier dankbar anerkannt.

Wenn wir nun heute soweit sind, daß wir sagen können, daß die Voraussetzungen in der Hauptsache geschaffen sind, um eine vorzeitige Rückkehr der Bevölkerung des Saargebiets zum Deutschen Reich zu ermöglichen, so ist dieses nur insofern ein Erfolg der Genfer Delegationen, als sie den Willen der Saarbevölkerung dauernd zum Ausdruck brachten, sich unter keinen Umständen von den Franzosen unterdrücken zu lassen, sich kein Unrecht von ihnen gefallen zu lassen und sich unter keinen Umständen auf die Dauer vom deutschen Vaterlande trennen zu lassen. Das Fundament, auf dem die Genfer Delegationen standen, war dieser unerschütterliche Wille der Bevölkerung, und sie hatten keine weitere Aufgabe, als diesem Willen den entsprechenden Ausdruck zu verleihen. Die Aufgabe war einfach und deshalb war sie von Erfolg gekrönt.

Was kann nun dem deutschen Volk aus unserm Verkehr mit dem Völkerbunde und dem Völkerbundsrat mit auf den Weg gegeben werden, wenn Deutschland nunmehr in den Völkerbund eintritt?

Ich glaube die Folgerungen sind sehr einfach. Der Völkerbund ist die Organisation der friedlichen Massen der Völker, vor allen Dingen Europas, die müde von dem Weltkrieg nach neuen Formen suchen, wie auf die Dauer die Kriege vermieden werden können. Das Interesse bei außer-europäischen Völkern an unsern Händeln und Streitigkeiten ist nur so groß, daß sie versuchen, möglichst im besten Falle sich mit keiner der Parteien zu entzweien, oder aber im schlechtesten Falle, gleichgültig, wo Recht oder Unrecht liegt, ihren Freunden zu helfen. Der Völkerbund in seiner jetzigen Organisationsform ist zweifellos ein Irrtum, da er viel zu umfassend ist. Er wird sich auf die Dauer eine Gliederung nach Kontinenten geben müssen. Aber sicher ist, daß hier eine neue Organisationsform der Welt heranwächst, bei deren Formung und Bildung wir dabei sein müssen, um unsere Interessen zu wahren. Daß diese Wahrung unserer Interessen durchaus möglich ist, sehen Sie aus dem, was ich Ihnen über das Saargebiet erzählen konnte. Es gehört nichts dazu, wie Mut, Tatkraft und Folgerichtigkeit; dann wird der Erfolg nicht ausbleiben!

An dritter Stelle sprach Landesratsmitglied Kraß, Saarbrücken, über

## „Die wirtschaftliche und soziale Lage der Arbeitnehmerschaft des Saargebiets.“

Er führte u. a. aus:

Auf die allgemeine wirtschaftliche Lage des Saargebiets einzugehen, würde zu weit führen. Feststeht, daß durch die aufgezogene französische Währung und deren Entwicklung, durch die wirtschaftliche und sozialpolitische Abschnürung vom deutschen Wirtschaftskörper und den damit verbundenen Verlust vieler Absatz-

quellen auf dem deutschen Wirtschaftsmarkt ohne annähernden Ersatz auf dem französischen, die unerhört niedrige Kaufkraft dem Saargebiet Industrie, Handel, Gewerbe und Landwirtschaft sehr stark leiden. Um so mehr leiden, als man wohl dem Saargebiet die französische Währung aufgezwungen, aber sich in keiner Weise bemüht hat, die dadurch notwendig gewordenen flüssigen Geldmittel und Kredite der Saarwirtschaft zur Verfügung zu stellen, insbesondere nicht den deutschen Wirtschaftsfaktoren. Dagegen hat man der bisher unbestrittenen Behauptung in einer Denkschrift des Landesrats den französischen Banken aus den Mitteln des Saargebiets, also von den Steuergroschen der deutschen Saarbevölkerung für französische privatkapitalistische Interessen 60-70 Millionen Franken zur Verfügung gestellt, durch deren Entwertung die Saargebietsbevölkerung zwischen um über 5 Millionen Goldmark geschädigt wurde. Die deutsche Wirtschaft dagegen leidet unter der Ausnahme wertbeständiger Kredite zu hohen Zinsen unter den Substanzverlusten der französischen Inflation, die wie eine scharfe Zwangsbesteuerung zugunsten des französischen Staates wirkt. Der Handel leidet ganz erheblich an der mangelnden Kaufkraft der Bevölkerung und dem Fehlen deutscher Qualitätsware, der Uberschwemmung mit billigeren, qualitativ minderwertigeren französischen Artikeln. Die Not der Landwirtschaft gründet sich auf die wegen der billigen französischen Konkurrenz (Franc = Franc) sehr niedrigen Preise für ihre mühsam erarbeiteten Produkte und dem Fehlen von Krediten. Auch das Handwerk und die Kleinindustrie leiden unter den vorgezeichneten Umständen.

### 1. Wirtschaftliche Lage der Arbeitnehmerschaft.

Am meisten aber leidet die Arbeitnehmerschaft des Saargebiets unter der Abtrennung und deren wirtschaftlichen und sozialen Folgen. Die große seelische und moralische Not der deutschen Saarbevölkerung, insbesondere der Arbeitnehmerschaft, soweit sie mit ihrer Arbeitskraft, der Erwerbsmöglichkeit und der Existenz der Familien vom französischen Kapital oder dem französischen staatlichen Arbeitgeber der Saargruben überantwortet ist, wird von anderer Seite geschildert werden. Zu dieser seelischen Not, von der auf der vorigjährigen Tagung in so bedröhter Weise Herr Pfarrer Rosch aus Andernach sprach und sie in den Notsschrei ausklingen ließ: „Gebt uns unsere Heimat wieder“, zu dieser seelischen Not hat sich seit 3 Jahren eine ständig steigende wirtschaftliche und soziale Not gesellt, die nicht mehr steigerungsfähig ist, wenn nicht das Saargebiet vor schwere Katastrophen gestellt werden soll. Der Ausdruck meines Kollegen Karius vor zwei Jahren: „Das Saargebiet wird unter der Herrschaft des Völkerbundes zum Armenhaus der Welt“ hat sich in schlimmster Weise bewahrheitet. Zwar rühmt sich die Regierungskommission der geringen Arbeitslosenziffer, die ungefähr 800 = 1/2 % beträgt. Jedoch ist die Behauptung nicht übertrieben, daß es unserer schwerarbeitenden Bevölkerung insgesamt ebenso schlecht geht, als der großen Zahl der Stellenlosen im Reich. Alle Appelle an die Regierungskommission, die in ihrer französisch eingestellten Mehrheit sich vornehmlich auf den Schutz französischer Wirtschaftsinteressen beschränkt, sind bisher erfolglos geblieben.

So nüchtern folgende Zahlen klingen, so enthalten sie eine Ansammlung von Not, Elend und Entbehrung und eine Verarmung, wie das Saargebiet sie bisher noch nicht erlebt hat. Seit Mai 1923 ist das schon damals knappe Realeinkommen, die Kaufkraft der Entlohnung, dauernd zurückgegangen. Nehmen wir als bestes Beispiel die französische Grubenverwaltung, die 75 000 Bergarbeiter und 3000 Angestellte beschäftigt, von deren Entlohnung also ein Drittel der Saarbevölkerung leben muß. Seit August 1923 ist die Teuerung nach den amtlichen Zahlen der Stadt Saarbrücken um 109 Prozent gestiegen, die Entlohnung beträgt durchschnittlich in ihrer zahlenmäßigen Erhöhung 54 Prozent. Also ist die Entwicklung der Teuerung nur zur Hälfte abgegolten, trotzdem der Ausgangspunkt August 1923 so gewählt ist, daß die gesetzliche Einführung des französischen Franken sich schon drei Monate voll ausgewirkt hat. Andere Gruppen der Industrie sind in gleicher Lage der ständig fortschreitenden Verschlechterung ihrer Lebenslage, einzelne sogar noch schlechter. Wie die Verelendung auch in diesem Jahre fortgeschritten ist, ergibt folgendes: Am 1. 12. 25 hat der damalige Minister der öffentlichen Arbeiten Frankreichs, de Monzie, in einer Verhandlung in Saarbrücken als höchster Vorgesetzter der Saargruben folgendes erklärt: „Von nun ab sind die Teuerungszahlen der Stadt Saarbrücken, an deren Feststellung sich die Bergverwaltung zu beteiligen hat, für die Entwicklung der Entlohnung verbindlich für Arbeitgeber und Arbeitnehmer, und soll die Entlohnung möglichst schnell der Teuerung angepaßt werden.“ Seit der damals geschaffenen Grundlage ist die Entlohnung zahlenmäßig um 22 Prozent gestiegen, die Teuerung dagegen bis Juli einschließlich um 42 Prozent. Also sind an der knappen Lebensgrundlage seit Anfang des Jahres wieder 20 Prozent verlorengegangen. Dazu kommen die monatlichen Verluste, weil der Verbrauchsmonet immer das Einkommen um etwa zwei Monate hinter der Teuerung zurückliegt. So trägt die Arbeitnehmerschaft, Arbeiter und Angestellte



in Bergbau und Industrie, die Hauptlast der Inflation und verringert sich die Kaufkraft ihrer Löhne und Gehälter von Monat zu Monat, von Verhandlung zu Verhandlung.

Auch die Arbeiter, Angestellten und Beamten der Saargebietsverwaltung leiden bittere Not, besonders die Arbeiter und die Angestellten und Beamten der unteren Gruppen. Für die Beamten hat man den Umrechnungskurs auf 5,30 für die entsprechenden Reichsgehälter gewählt, der unter richtiger Berücksichtigung der Teuerungsverhältnisse mindestens 7,— betragen müßte. Zwar hat man versucht, diese Gruppen gegen den Landesrat, wenn auch ohne Erfolg, aufzubrechen, von dessen Steuerbewilligung die Möglichkeit der Lohn- und Gehaltserhöhung abhängig sei. Der Landesrat hat es abgelehnt, der Regierungskommission zur Verteuerung des Lebensunterhaltes weitere indirekte Steuern zu bewilligen, weil die gesamte Arbeitnehmerschaft eine Verteuerung ihres Lebensunterhaltes nicht mehr erträgt, weil dem Landesrat die Ist-Zahlen über Einnahmen und Ausgaben, also jede Rechenschaft über die Verwendung der steuerlichen Mittel, verweigert wird, weil das Saargebiet an sich schon ohne Reparationslast die höchsten Steuern zahlt, weil, und das ist die Hauptsache, infolge des famosen Steuerabkommens der französische Staat nicht die Steuern zahlt, die er nach § 13 des Saarstatus zu zahlen hätte. Wie zum wirtschaftlichen Nachteil der Saarbevölkerung, insbesondere für Lohn und Gehalt der Staatsbediensteten, der französische Fiskus gespart wird, dafür folgende Zahlen: Nach der Denkschrift des Landesrates, die auch in dieser Beziehung unwiderlegt blieb, müßte der französische Staat als Eigentümer der Saargruben mindestens ein Drittel der gesamten Ausgaben des Saargebietshaushaltes und der Kommunen tragen. Die Kohlensteuer bei der Uebergabe der Saargruben betrug bekanntlich 20 Prozent, wurde viermal abgebaut auf 5 Prozent und betrug dann noch das Vierfache dessen, was die französische Bergverwaltung 1925 und 1926 zahlte. Die französische Mehrheit der Regierungskommission hat die Kündigung des berühmten Steuerabkommens trotz aller Vorstellungen bei ihr und dem Völkerbund unterlassen, so daß das große steuerliche Unrecht in der scharfen Belastung der Saarbevölkerung fortbesteht, wie auch die faktische Unmöglichkeit, den Staatsbediensteten menschen- und standeswürdige Einkommen zu zahlen. Nach dem erwähnten Steuerabkommen ist die Beteiligung der französischen Grubenverwaltung auf rund 15 Prozent des Haushaltes des Saargebiets festgesetzt worden; aber auch diese 15 Prozent werden nicht einmal gezahlt, denn bei einer Gesamtausgabe von 224 Millionen Franken zahlte die Grubenverwaltung nur 16,8 Millionen Franken, gleich 7,7 Prozent, und für das Jahr 1926 mit einer vorgeesehenen Ausgabe von 363 Millionen Franken ist der Steueranteil 25,8 Millionen Franken gleich 7 Prozent. Die Fehlbeträge trägt die übrige Saarwirtschaft und die Masse der Arbeitnehmer. Es tragen sie mit die Arbeiter, Angestellten und Beamten der Saargebietsverwaltung durch ihre unzureichende Entlohnung. Sie beeinträchtigen aber auch die sozialen Leistungen der Gebietsverwaltung, die beispielsweise zur Sozialversicherung 1925 nur 6 Millionen Fr. betrugen, für 1926 durch das Eintreten des saarländischen Mitglieds und des neuen Leiters der Sozialabteilung auf 13,7 Millionen Franken erhöht wurden.

So ist die wirtschaftliche Lage des Saargebiets, insbesondere der Arbeitnehmerschaft eine trostlose und hoffnungslose. Die Reg.-Kom. ihrerseits bleibt untätig, vernachlässigt ihre vom Völkerbund übertragene hohe Pflicht, in erster Linie für das Wohl der Saarbevölkerung bemüht zu sein, die wirtschaftlich Schwachen vor vollkommener Verelendung zu schützen und durch gesetzliche Maßnahmen, zu denen ihr wiederholt Vorschläge unterbreitet wurden, der Entwicklung Einhalt zu gebieten. Die immer noch vorhandene Mehrheit für französische Interessen verhindert alle Maßnahmen, die auf eine möglichst wertbeständige Gestaltung der Löhne und Gehälter, auf ein Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrecht der Arbeitnehmer bei der Festsetzung der Arbeits- und Dienstverhältnisse hinzieteln. Man muß das große Elend, die tiefe Tragik des Schicksals der deutschen Arbeitnehmer im Saargebiet mit ansehen und mit erlebt haben, um mit zu fühlen, was in ihrer Seele vorgeht, wenn trotz anstrengendster Arbeit das Verdienst zur Vorkostung des bescheidensten Lebensunterhaltes nicht mehr ausreicht, wenn in voller Tätigkeit stehende Männer zu Unterstützungsberechtigten gemacht werden. Ohne deutsche Hilfe durch Zollstundung, Unterstützung der sogenannten Saargänger, Tragung großer Rentenlasten für die Kriegshinterbliebenen und Beschädigten und auch neuerdings in Zuwendungen für die Knappschaftspensionäre und Zuschüsse zur Altersversorgung der Beamten wären die Folgen dieser wirtschaftlichen Entwicklung katastrophal geworden. Für diese Hilfeleistung dem Vaterlande herzuliefern. Wir erwarten von dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund eine nachdrückliche Unterstützung für die Behebung der großen, unerträglichen wirtschaftlichen Not.

## II. Sozialversicherung.

Diese wirtschaftliche Notlage wird noch gesteigert durch das bis vor kurzem vollständige Darniederliegen, durch die Verschattung und Verkümmern der deutschen Sozialgesetzgebung. Verhängnisvoll war für die Entwicklung der Sozialversicherung der

Umstand, daß das französische Mitglied der Reg.-Kom. Rault Minister der Sozialabteilung und der französischen Berghauptmann in Personalunion gleichzeitig Direktor der Sozialabteilung wurde. Dem Druck der Gewerkschaften und der politischen Parteien ist es zu danken, daß bei der Neubesetzung der Reg.-Kom. dem saarländischen Mitgliede, Herrn Minister Raultmann, die Sozialabteilung zugewiesen und daß dieser beim Freitwerden der Leitung der Sozialabteilung dem Wunsche der Saarbevölkerung folgend, einen deutschen Fachmann als Direktor der Sozialabteilung bestellen konnte. So sehen wir auf dem bedeutenden Gebiete der Sozialversicherung etwas hoffnungsfroher in die Zukunft. In der vorigen Woche sind erhebliche Verbesserungen der Sozialversicherung beschlossen worden — bei der Krankenversicherung schon etwas früher — grundlegende Umänderungen im Sinne der deutschen Reichsversicherungsträger sind angekündigt, so daß man der Erwartung eines Wiederaufbaues sein kann. — Im Folgenden in Kürze den früheren und jetzigen Stand der Sozialversicherungen.

### a) Krankenversicherung.

Bis vor einigen Wochen hatten wir eine Maßgrenze für die Berechnung des Krankengrundlohnes von 12 Frs., d. h. das gesetzliche Mindestkrankengeld betrug 6 Frs., ein Betrag, mit dem manche Krankenkassen, weil keine höhere gesetzliche Verpflichtung vorlag, ihre Kassenmitglieder absanden. Also ein Krankengeld von 0,50—0,70 Mark pro Tag, bei einem Durchschnittsverdienst von 30—36 Frs. täglich ein Krankengeld von ein Fünftel bis ein Sechstel des Arbeitsverdienstes. Das Elend bei langen Krankheitsfällen und bei dem Mangel jeder Reserve kann sich jeder leicht vorstellen, auch wie die Möglichkeiten der Gefundung aussehen. Vor einigen Wochen folgte Erhöhung dieser Grenze auf 25 Frs., also eine Verdoppelung, so daß das Krankengeld jetzt ungefähr ein Drittel des Durchschnittsverdienstes ausmacht.

### b) Unfallversicherung.

Die Dritteltungsgrenze, bis zu der das Einkommen zur Unfallberechnung ganz herangezogen, darüber hinaus nur zu ein Drittel, wurde zunächst auf 2400 Frs. jährlich festgesetzt, mit anderen Worten, weniger als das halbe Einkommen wurde zur Unfallberechnung zugrunde gelegt. In Friedenszeiten war diese Grenze 1800 Mark, d. h. sie erfaßte den durchschnittlichen vollen Arbeitsverdienst der Arbeiter. Die in vergangener Woche beschlossene Erhöhung geht auf 9000 Frs., also auch hier eine Verdoppelung und damit eine wesentliche Aufbesserung der Unfallrenten. Die Versicherungspflichtgrenze wurde auf 30 000 Frs. erhöht. Im allgemeinen sind bei den letzten Neuerungen die Leistungen der Reichsversicherungsträger zugrunde gelegt, welche mit einem Schlüssel 5 Frs. = 1 Mark umgerechnet werden. Obgleich dies weder der Berücksichtigung der hiesigen Teuerungsziffer gegenüber der des Reiches entspricht, noch viel weniger dem Börsenwert der Mark, so ist doch ein wesentlicher Fortschritt und die Grundlage für weitere erfolgversprechende Arbeit geschaffen.

### c) Invalidenversicherung.

In der Invalidenversicherung sah es seit Abtrennung derselben ähnlich aus. Noch im Juli 1926 erhielt ein Invalid mit zwei Kindern insgesamt rund 80 Frs. monatlich, also ungefähr ein Viertel der Leistungen des Reiches, jetzt ungefähr 174 Frs. monatlich, das ist mehr als das Doppelte.

### d) Angestelltenversicherung.

Auch bei der Angestelltenversicherung herrschte und herrscht noch zum großen Teil ein sehr großer Rückstand gegenüber der Reichsversicherung für Angestellte. Das höchste Ruhegeld betrug 213 Frs., mit zwei Kindern 263 Frs. Irgend eine Rentenleistung aus der A. B. wurde auch im Falle der Invalidität nicht gewährt, selbst wenn schon 119 Beitragsmonate — also ein Monat weniger als 10 Jahre — Beiträge gezahlt waren. Die in vergangener Woche beschlossene Neuerung beruht auf dem Umrechnungsschlüssel 5 und erhöht in dem angegebenen Beispiel die Leistung von 263 auf ungefähr 420 Frs. Die Arbeitnehmervertreter verlangten entsprechend der Teuerungsziffern einen Schlüssel von 7,5, der den tatsächlichen Verhältnissen gerecht würde. Aber immerhin ist auch hier ein wesentlicher Fortschritt zu verzeichnen und gestattet das neue System des Umrechnungsschlüssels eine schnellere Anpassung an die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse.

### e) Knappschaftliche Versicherung.

Diese Neuerungen bei den verschiedenen Versicherungsträgern werden sich auch in der knappschaftlichen Versicherung vorteilhaft auswirken, zumal sich bisher der Arbeitgeber bei Kämpfen um die knappschaftlichen Leistungen auf die gesetzlichen Mindestleistungen stützen konnte. Das vorhandene Knappschaftsgesetz ist ein unhaltbares Flickwerk aus dem alten Preussischen Knappschaftsgesetz, dessen Leistungsparagraph die französische Regierung abgelehnt hat. Der Kampf mit dem Arbeitgeber geht in der Hauptsache um höhere Beitragsleistungen, die ja wohl die Arbeitnehmer noch empfindlicher belasten, aber zu ordentlichen Leistungen und zur Sanierung notwendig sind, vom Arbeitgeber



aber immer abgelehnt werden. Das soziale Verständnis geht am besten daraus hervor, daß der Arbeitgeber sich darauf stützt, daß er von seinen niedrigen Löhnen, nicht einmal halb so hoch wie im Ruhrgebiet, auch einen entsprechenden Prozentsatz nur an Beiträgen zu zahlen brauche. So beträgt auch heute die knappschaftliche Pension eines Bergmannes nach 30jähriger schwerer Berufsarbeit 174 Frs., also weniger als ein Drittel der Pension seines Kameraden im Ruhrbergbau. Für die Angestelltenabteilung des Knappschaftsvereins bestehen ähnliche Zustände. Bei der Schaffung der neuen Satzung hat der Arbeitgeber es mit der Drohung der Aufhebung der knappschaftlichen Sonderversicherung durchgesetzt, daß statt des einzigen gerechten und zweckmäßigen Systems der Staffelung der Beiträge und Leistungen nach Gehaltsklassen diese nach Berufsgruppen festgesetzt wurde. So hat er nicht bloß das wirksame Loos- und Druckmittel der Beförderung in bezug auf Stellung und Einkommen, sondern auch für die Gestaltung der Alters- und Hinterbliebenenpension in der Hand.

So bietet zwar die Sozialversicherung für die Arbeitnehmer einen erfreulichen Ausblick als die wirtschaftliche Lage. Eine vollständige Befriedigung wird allerdings erst eintreten bei dem mit allem Nachdruck verlangten Rückanschluß der gesamten Sozialversicherung an die weit voraus geeilte Sozialversicherung des lieben Vaterlandes und mit der energischen Unterstützung Deutschlands im Völkerbund.

### III. Soziales Recht.

Maßgebend für das Arbeitsrecht des Saargebietes ist im wesentlichen der Zustand, wie er 1918 im Saargebiet war. Von dem weiteren Aufbau und Ausbau hat die Arbeitnehmerschaft des Saargebietes keinen Vorteil, sondern in einigen Beziehungen sogar Rückschritt erleben müssen. Eine besonders empfindliche Lücke stellt bei der trostlosen Wirtschaftslage das Fehlen des obligatorischen Schlichtungswesens dar. Die Regierungskommission hat bisher die Entwicklung dem Ergebnis der Machtkämpfe wirtschaftlicher und sozialer Kräfte untätig überlassen, eine Entwicklung, die den wirtschaftlich schwächeren Teil der Willkür des Arbeitgebers überantwortete. Den wiederholten Forderungen des Landesrates und der Gewerkschaften auf Einführung des Schlichtungswesens wie im Reich hat die Regierungskommission bisher taube Ohren gezeigt. Ebenso blieb die Forderung auf Schaffung eines Tarifrechtes, Anerkennung der Berufsvertretung, gesetzliche Regelung der Betriebsvertretung (Arbeiter- und Angestelltenausschüsse) unerhört. So ist die Arbeitnehmerschaft des Saargebietes gegenüber ihren Brüdern im übrigen Reich in weitem Maße entrechtet, sozugen vogelfrei geworden. Wie sehr französische Interessen für die Rechtslage ausschlaggebend sind, beweist das 1922 eingeführte Ausnahmegesetz gegen die technischen Betriebsangestellten. Darum wurde das in Kraft befindliche Gewerbegerichtsgesetz in dem § 3 über die Zuständigkeitsgrenze im Gehalt für Werkmeister und technische Betriebsangestellte sinngemäß so abgeändert, daß es heißt: Die Gewerbegerichte sind auch zuständig für Werkmeister und technische Betriebsangestellte, sofern sie keine Werkmeister und technische Betriebsangestellte sind! Wiederholt wurde die Beseitigung des Ausnahmegesetzes gegen die technischen Betriebsangestellten, das sie von der Zuständigkeit der Gewerbegerichte ausschließt und für ihre Berufstreitigkeiten auf den kostspieligen langwierigen ordentlichen Gerichtsweg verweist, verlangt. Französische Interessen verlangen seine Aufrechterhaltung.

Die gesamte wirtschaftliche und soziale Lage der Arbeitnehmerschaft zeigt den vollständigen Bankrott der unnatürlichen und unfittlichen Abtrennung des Saargebietes vom Vaterlande, von seiner Gesetzgebung und von seinem Wirtschaftskörper, mit dem es durch tausend Fäden verbunden und verwachsen war. Die vollständige Erlösung und der Aufstieg aus großer wirtschaftlicher, sozialer, aber auch seelischer Not wird erst kommen, mit dem heißersehnten Rückanschluß an das allzeit geliebte Vaterland, mit der Wiedergutmachung des großen Unrechtes an der Saarbevölkerung durch Versailles. Eine Erleichterung vorläufig erhoffen wir von dem Wirken Deutschlands im Völkerbund.

### IV. Bergbeamte und Angestellte.

Noch ein besonderes Wort zu der besonders schwierigen Lage der Bergbeamten und Angestellten an der Saar. Bei der Uebergabe der Saargruben traten circa 1400 Beamte und 700 Angestellte in die Dienste des vormaligen erbittertesten Kriegsfeindes, traten über auf ausdrücklichen Wunsch der Heimatbehörden, traten über im Vertrauen auf die Zusicherungen von beiden Seiten, die ihre Beamtenrechte, ihre Existenz und ihre Versorgung sicherzustellen schienen. Die französische Regierung ließ auf die Forderungen der Bergbeamten in den sogenannten 17 Punkten durch den damaligen Kommissar feierlich erklären, daß die wirtschaftliche Lage nicht nur erhalten, sondern noch wesentlich gebessert werden wird, gleiches beziehe sich auch auf den Pensionsanspruch. Heute betragen die Gehälter der Kaufkraft nach und nach dem Dollarstand ungefähr noch die Hälfte, die Pension noch 25 Prozent der Reichspension. Dazu kommt, daß man insbesondere die technischen Betriebsbeamten und Angestellten als Versuchstarnikel für alle

westlich-politischen Experimente benutzen, sie als Hebelpunkt betrachtete, vermittels dessen man die deutsche Belegschaft in die gewünschte Himmelsrichtung einstellen könnte. Loos- und Druckmittel standen bei der scharfen Abhängigkeit in Prämien, Beförderungen, Ueberstiegen von Gehaltsstufen, schönen Dienstwohnungen und dergleichen einerseits, Entlassungen, Strafverurteilungen, Einkommens Kürzungen und Zurücksetzungen, unwürdige Behandlung und Schikanen andererseits genügend zur Verfügung. Sie aber haben ihre geschichtliche Aufgabe erkannt, ihre Treue zum Vaterlande durch opfervolles Aushalten an sehr schwierigen Posten zu über 90 Prozent bewiesen. Sehr schwierig der Posten auch deshalb, weil die deutschen Betriebsbeamten als Puffer zwischen deutscher Belegschaft und französischer Oberleitung, als die Willensvollstrecker einer auf schärfste wirtschaftliche Ausbeutung eingestellten fremdländischen Verwaltung ihren Brüdern im Arbeitsmittel gegenüberstanden. Diese nervenzerreißende Rolle als Frontvogt über eigene Stammes- und Blutsbrüder ist wenig gewürdigt worden. Zu all der großen seelischen und moralischen Not ist nun auch bei den Bergbeamten und Angestellten, den betrieblichen Führern einer deutschen Belegschaft von 75 000 Bergleuten, den Verwaltern wertvollen Nationalvermögens unerträgliche wirtschaftliche Not eingekehrt. Für die mit Recht klagenden Saargebietsbeamten sind durch Baden-Badener-Abkommen gewisse Richtlinien und Maßnahmen für wirtschaftliche Erleichterungen wesentliche Verbesserungen geschaffen worden. Bei der Anwendung dieser müßte aus Billigkeitsgründen, aus Rücksichtnahme auf die große Bedeutung der weiteren Aushaltmöglichkeit und auch aus Rücksicht auf die zu betreuende Belegschaft und nicht zuletzt aus Rücksicht auf die heimischen Staatsfinanzen, die ganz besonders unvergleichlich schwierige Lage der Bergbeamten und Angestellten bewertet werden. Die möglichst umgehende Anwendung auf die Bergbeamten von der Stellungnahme der französischen Regierung und dem Ergebnis diplomatischer Bemühungen abhängig zu machen, heißt die Bergbeamten vor eine unerträgliche Zumutung stellen, heißt die Aufgabe dieses wichtigen Grenzpostens, heißt die nur noch zu 40 Prozent vorhandenen Bergbeamten zum Rücktritt zwingen, bedeutet die Führerlos- und Rückgratlosmachung der ohne Rückendeckung dastehenden Angestellten, ihres Nachwuchses, und eine wesentliche Verschlechterung für die Bergarbeiter. Umgehende großzügige Hilfe, Sicherung der Beamtenrechte und des Nachwuchses tut not, sollen nicht die schlimmsten Folgen für den Saarbergbau, die Belegschaft und die Zukunft des Saargebietes erwachsen.

Die Gesamtbetrachtung der wirtschaftlichen und sozialen Lage aber zeigt uns, welch bitteren Kelch die Arbeitnehmerschaft auszulösen, welchen praktischen Anschauungsunterricht sie von den Segnungen einer unerträglich gewordenen Fremdherrschaft mitmachen mußte. Doch auch hier hat sich das alte Sprichwort bewahrheitet, daß die böse Macht letzten Endes Gutes schafft, und aus den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen heraus hat der deutsche Arbeitnehmer an der Saar wohl inniger als irgendwo und irgendwo so recht am eigenen Leibe und mit tiefer Inbrunst empfunden die Sehnsucht nach der Heimat, nach dem Vaterlande mit den Worten unseres Dichterkönigs Schiller: Aus Vaterland, ans teure schließ dich, das halte fest mit deinem ganzen Herzen; hier sind die starken Wurzeln deiner Kraft.

\*

Den letzten Vortrag hielt schließlich Pfarrer Dr. Schlich, Saarbrücken, über:

### „Die politische Seite der Saarfrage.“

Aus seinen packenden, umfassenden Ausführungen geben wir folgendes wieder:

Die politischen Aspirationen und Anschauungen der maßgebenden französischen Kreise kennzeichnen sich selbst durch folgende Auslassung. Die Direktion des Innern und des Kabinetts der Regierungskommission des Saargebietes, d. h. also deren einflussreichste Abteilung gibt ein „Bulletin de Presse“ heraus. In Nr. 13 vom 18. Januar 1926 findet sich ein Artikel mit der Ueberschrift: „Das Elsaß und die Saar“. Darin wird das Ziel der in Zukunft zu treibenden französischen Propaganda hingestellt, daß „bei der kommenden Abstimmung sich die Mehrheit der Gemeinden des Saargebietes für ein unabhängiges Saargebiet unter der Legide des Völkerbundes mit einer freierlichen Verfassung als die heutige Diktatur erkläre“. Ein solches Abstimmungsergebnis wird also nach französischer Auffassung noch für möglich gehalten und erstrebt.

Der Verfasser des Artikels gibt der französischen Regierung Fingerzeige, wie eine für Frankreich günstige Durchführung des Abstimmungsverfahrens herbeigeführt werden könne. Er bemerkt: „Die Abstimmung wird gemeinbeweise geschehen. Es würde also genügen, wenn die Mehrzahl der Gemeinden sich nicht etwa für die Wiedervereinigung mit Frankreich ausspräche“.



— Wiedervereinigung ist übrigens geschichtlich falsch — „aber für die Selbstständigkeit des Saargebietes.“

Bekanntlich muß nach dem Versailler Vertrag 1935 eine Volksabstimmung stattfinden. Drei Fragen sollen der Bevölkerung vorgelegt werden: Vereinigung mit Deutschland, Vereinigung mit Frankreich oder Beibehaltung der durch den Versailler Vertrag geschaffenen Rechtsordnung. Da Frankreich das Erste nicht will und das Zweite nicht erreicht, so hat man unter der Parole: „Das Saargebiet den Saarländern“ die Phrase von der Saar-Autonomie erfunden.

Wir deutschen Saarländer halten an sich eine Abstimmung nicht mehr für nötig. Unsere Abstimmung war die glänzende Jahrtausendfeier. Die ganze Bevölkerung hat sich daran beteiligt und jede Gemeinde hat mit überwältigender Kraft ihre treudeutsche Gesinnung zum Ausdruck gebracht. Aber der Versailler Vertrag hat die Abstimmung festgelegt. Daran können wir vorläufig nichts ändern. Wir hoffen aber, daß, wenn sie — obwohl an sich überflüssig — stattfindet, das Ergebnis zutage tritt, daß sie der ganzen Welt und für die Weltgeschichte die Lüge der 150 000 Saarfranzosen Clemenceaus brandmarkt und ein für alle Mal gegen jeden späteren Versuch den Beweis führt: Die Saar war deutsch und will stets deutsch bleiben.

Immerhin birgt eine Abstimmung Gefahren in sich. Denken wir an das Schicksal Oberschlesiens trotz seiner Abstimmung. Die Stimmen sollen, wie in Oberschlesien, nicht durch das ganze Land, sondern gemeindeweise gezählt werden.

Der Redner ging auf die Gefahren näher ein und fuhr dann fort: Wir Saarländer würden es mit hellem Jubel begrüßen, wenn das Deutsche Reich durch Rückkauf der Saargruben und Anbahnung von Verhandlungen baldmöglichst uns die Rückkehr in den deutschen Staatsverband möglich machte. Wenn aber die Abstimmung stattfindet, so muß der Abstimmungstag einer der größten Tage in der deutschen Geschichte werden, so daß die Entscheidung des Völkerbundes nicht anders als für die Vereinigung mit Deutschland ausfallen kann und die, die mit den Herzen von 760 000 Deutschen Schach gespielt haben, für alle Zeiten Schach-Matt gesetzt werden.

Wie verhält es sich nun mit der sogenannten Saar-Autonomie? Nach einer genaueren Behandlung dieser Frage kommt Pfarrer Dr. Schlich zu dem Schluß:

Völkerbundherrschaft und staatliche Autonomie sind unvereinbare Gegensätze. Das sind sie schon an sich, ganz besonders aber, wie der Völkerbund bisher war, ein Instrument in der Hand Frankreichs, ein Werkzeug in der Hand unserer Kriegsgegner, um Deutschland niederzuhalten. Wir im Saargebiet haben an sich die Idee eines neutralen Völkerbundes begrüßt und ihn als Schrittmacher und Wegbereiter des Weltfriedens ersehnt. Aber wir verlangen statt des bisher einseitig orientierten Völkerbundes einen wahren Völkerbund. Wenn er das nicht wird, dann macht er sich selbst ebenso überflüssig und reiß zum Abbau wie sein Gebilde, das Saargebiet, längst reif ist zum Abbau.

Lord Cecil hat einst das Saargebiet als das einzige Aktivum des Völkerbundes bezeichnet. Tatsächlich ist es bisher nur ein Passivum, ja ein Fiasko des Völkerbundes geworden.

Wir haben von Anfang an auf den Völkerbund unsere Hoffnung gesetzt, weil wir eine Friedens- und Verständigungspolitik wünschten — allerdings keinerlei Verzichtspolitik, eine internationale Verständigung auf nationaler Grundlage. Aber unsere Hoffnungen sind bitter enttäuscht worden. Wir sind gespannt darauf, wenn unsere Diplomaten im September wieder nach Genf gehen. Wir vertrauen auf sie und wissen, daß sie das Saargebiet nicht vergessen. Wir erwarten Rückwirkungen auf das Saargebiet. Deutschland muß mitbestimmen im Konzert der Völker, nicht bloß Balgtreter sein, während die anderen Orgel spielen. Die Stunde unserer Befreiung muß früher schlagen als 1935. Wir wissen, daß damit auch dem Weltfrieden und der Völkerausöhnung — auch Frankreich — gedient wird.

Das Saargebiet war stets deutsches Land, Fleisch von deinem Fleisch, Bein von deinem Bein, liebe Mutter Germania. Völkerbundsuveränität ist und muß sein, Herrschaft von außen, Fremdherrschaft, steht also mit der eigenen staatlichen Souveränität, der Herrschaft von innen, der Selbstregierung im offenen Gegensatz. Nicht Autonomie steht also dem Saargebiet in Aussicht, sondern das Gegenteil: Fremdherrschaft. Völkerbundsuveränität ist und bleibt für uns Deutsche im Saargebiet Fremdherrschaft.

Die Regelung der Saarfrage in Versailles nannte der Redner eine unerhörte Verletzung des Selbstbestimmungsrechtes. Er belegt diese Behauptung und sagt über

## Saarautonomie:

Die „Saarautonomie“ ist eine taube Kuh, eine pläthende Seifenblase. Die Propagierung des Autonomie-Gedankens im Saargebiet ist nichts anderes als Bauernfang. Die Saarautonomie wäre keine Autonomie, sondern eine Maske, um das Saargebiet Frankreich in die Arme zu treiben.

Wie hat sich die Saarbevölkerung in die neuen Verhältnisse gefunden. Wie soll sie sich in Zukunft verhalten. Die in Metz erscheinende „Lothringer Volkszeitung“ stellte uns nach der Jahrtausendfeier das Zeugnis aus: „Unsere Nachbarn, die Saarländer, sind zum Bollwerk des deutschen Gedankens geworden. In blindem Eifer schreiben wir dieses Faktum zu gerne auf das Konto der deutschen Propaganda. Ein Kulturvolk eignet sich nun einmal nicht zur Ausbeutung. Es ist kein Kolonialvolk. Jeder Mißbrauch auf diesem Gebiete rächt sich.“ Ähnlich lautet das Urteil anderer vernünftiger Franzosen.

Wer die von der Saarbevölkerung seit sechs Jahren fest und klar eingehaltene deutsche Linie und ihre scharfe Opposition in der Ablehnung französischen Wesens in jeder Form betrachtet, der muß zu dem Urteil kommen: die baldige Lösung der Saarfrage durch vorzeitigen Rückkauf der Gruben, Auflösung der Saarregierung und zugleich restlose Rückkehr des Saargebietes zum Mutterlande ist der beste Weg zum Weltfrieden und zur Versöhnung mit Frankreich.

Aber da taucht immer wieder in den französischen Kreisen, die nicht wirtschaftlich und volkspolitisch denken, sondern militaristisch-chauvinistisch eingestellt sind, das Gespenst der Sicherheit Frankreichs auf. Frankreichs Sicherheit wird durch das Saargebiet und Rheinland nicht bedroht. Frankreichs Sicherheit wird durch nichts besser garantiert, als durch eine Verständigung mit Deutschland im Saargebiet und am Rhein. Die beste Garantie des Friedens ist: das wieder zusammenkommen zu lassen, was unnatürlich auseinandergerissen worden ist. Oh, möchte doch Frankreich endlich zur Anbahnung des Weltfriedens und der wahren Völkerveröhnung sich aus der nahezu hysterisch anmutenden Sicherheitspsychose freimachen und sich in die Welt des Selbstbewußtseins und der Selbstsicherheit begeben. Dann würde es nicht bloß große, nutzlose Summen sparen, sondern von der ganzen Welt einen gewaltigen, moralischen Gewinn haben. Wir im Saargebiet verlangen immer wieder von Abwendung der Gewalt des verblendeten Chauvinismus und Militarismus nur Hinwendung zu dem gesunden Menschenverstand und den Ideen des Rechtes und der Gerechtigkeit. Und diese Ideen werden siegen. Politisch haben wir uns im Saargebiet schon etwas Lust gemacht. Einmütig hat sich die Saarbevölkerung zum Kampf für den deutschen Charakter der Heimat zusammengefunden. Zielbewußt hat sie diesen Kampf durchgeführt.

Um so schwerer tragen wir aber jetzt an den wirtschaftlichen Ketten, die der Versailler Vertrag uns angelegt hat. Täglich wird die Not größer und drückender. Wenn das Reich nicht geholfen, dann wären wir schon erlegen.

Wie wir auf politischem Gebiet dadurch eine Besserung erzielt haben, daß wir das uns angetane Unrecht in die Öffentlichkeit getragen und das Urteil der Welt angerufen haben, so ist auch zur Behebung der wirtschaftlichen Notstände und zur Brechung der unnatürlichen Zollabschnürung von Versailles dieser Weg allein erfolgversprechend. Wir müssen immer wieder beim Völkerbund darauf hinweisen: Die Quelle aller Uebel und die Wurzel aller Not ist Versailles. Darum ruhen wir nicht, bis diese Quelle verstopft und diese Ursache beseitigt ist.

In dem politischen und wirtschaftlichen Befreiungskampf muß die ganze Saarbevölkerung ohne Unterschied der Parteien und Konfessionen wie ein Mann zusammenstehen. Parteipolitische Hader muß schweigen oder wenigstens zurücktreten, wenn es gilt, das eine große Ziel der deutschen Freiheit und des gemeinsamen deutschen Wiederaufbaues und wirtschaftlichen Aufstieges zu erreichen. Mögen die Parteien für sich ihre eigenen Ziele verfolgen. Aber keine darf der anderen hierbei etwas Untragbares zumuten. Jede muß das große Ganze den Parteiwünschen voranstellen. Um unter so großen Schwierigkeiten, wie wir sie im Saargebiet hatten und haben, erfolgreich zu arbeiten, gibt es nur ein Mittel: der Zusammenschluß der gesamten Bevölkerung zu einer Einheitsfront, zu einer geschlossenen Phalanx in allen deutschen Fragen! Das bleibt das höchste Gebot bis zur Rückkehr des Saargebietes zum lieben deutschen Mutterlande.

Meine lieben deutschen Brüder und Schwestern! Auf die Einladung des „Saar-Bereins“ hatte ich die Ehre und Freude, heute bei dieser gewaltigen Kundgebung zu Ihren Herzen sprechen



zu können. Ich danke dem Vorstand des Saar-Bereins für seine freundliche Einladung. Ich danke Ihnen allen für Ihre freundliche Aufmerksamkeit. Sie haben gehört, wie vielseitig sich der Kampf ums Saargebiet gestaltet hat und wie viele Probleme noch zu lösen sind. Es war dringend notwendig, daß in diesem Kampf Aufklärungs- und Belehrungsarbeit im In- und Auslande geleistet wurde. Das Saargebiet ist ein kleines Land, das vor Versailles kaum der Welt bekannt war. Wenn die Augen des deutschen Volkes sich auf dasselbe gerichtet haben, wenn das Weltgewissen für das Saargebiet wachgerüttelt wurde, wenn uns Saarländern tausend und Millionen Herzen in Teilnahme entgegen schlugen und unser Saargebiet in dem Blickpunkt des allgemeinen deutschen Interesses gerückt worden ist, dann verdanken wir das zum großen Teil der unablässigen Aufklärungstätigkeit, die der Bund der Saarvereine seit sechs Jahren im lieben deutschen Vaterlande entfaltet hat. Dafür sagen wir ihm unseren herzlichsten und innigsten Dank. Er darf ebenso wie wir voll Freude und Befriedigung auf seine Arbeit zurücksehen, auf die Arbeit, die nur ein Ausfluß war der deutschen Treue und Liebe, die in unser aller Herzen wohnt.

Diese deutsche Treue und Liebe zu unserem Vaterland soll uns auch in Zukunft verbunden und vereinigt halten, bis wir das große Ziel: Rückkehr des Saargebietes zum Mutterlande erreicht haben, und wenn dann die Glocken klingen von Turm zu Turm und die Herzen jubeln und jauchzen, dann schlagen wir wieder in die Hände und geloben:

Treue um Treue.

\*

An die Vorträge schloß sich eine kurze sachliche Aussprache, an der sich unter anderem Syndikus Dr. M. Schlenker, Düsseldorf, Reichsratsvertreter Hammacher und Rechtsanwalt Dr. Giersberg, Magdeburg, beteiligten.

Das Ergebnis der Vortragsveranstaltung und die Grundgedanken der einzelnen Referate wurden in einer Entschließung zusammengefaßt, die einstimmige Annahme fand und folgenden Wortlaut hat:

#### Entschließung.

Der Bund der Saarvereine, der im endlich befreiten Köln mit seinen deutschen Brüdern und Schwestern aus dem Saargebiet zu seiner Bundestagung 1926 versammelt ist, wendet sich erneut an alle Völker und weist sie warnend hin auf das Unrecht, das an der Saar immer noch andauert und auf die Gefahren für den Weltfrieden, die sich daraus entwickeln können:

unter Mißachtung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker ist einem freien und hochgeachteten Volke eine fremde Regierung aufgezwungen, die es nicht haben wollte und über die es nie befragt worden ist; der Wille des Saarpvolkes unter der deutschen Regierung zu bleiben, ließ sich trotz der großen Saarlüge, durch die auch Wilson, der Garant des Selbstbestimmungsrechts, betrogen wurde, nie bezweifeln, er steht heute so fest wie je.

Wir wenden uns an die Deutsche, Preussische und an die Bayerische Regierung mit der Mahnung, als pflichttreue Geschäftsführer des Volkes festzuhalten, was ihnen nach dem Versailler Vertrag an Rechten im Saargebiet noch geblieben ist und furchtlos einzutreten für die Rechte und die Wohlfahrt des Saarpvolkes, dem die Aufrechterhaltung seiner Rechte und die Rücksicht auf seine Wohlfahrt vertragsmäßig gewährleistet sind:

Wir weisen darauf hin, daß als größte Vertragsverletzung die französische Besatzung im Saargebiet, in dem nach dem Versailler Vertrag kein Heeresdienst stattfinden soll, immer noch andauert, wir weisen darauf hin, daß die Wohlfahrt der Bevölkerung schwer leidet unter den Folgen

der vertragswidrigen Einführung der französischen Währung, durch eine geschwdrige steuerliche Bevorzugung des französischen Fiskus, durch die Zerstörung der deutschen Sozialgesetzgebung, durch die wirtschaftliche Abschnürung des Saargebietes vom Deutschen Reich, durch die Duldung und Förderung der französischen Propaganda.

Wir wenden uns an den Völkerbund und an die Regierung des Saargebietes mit der Mahnung, es ernster und genauer zu nehmen mit den Treuhandverpflichtungen und die andauernden Verletzungen des Gesetzes, der Volksrechte und der Volkswohlfahrt zu beseitigen: nur die gewissenhafteste Einhaltung der Grenzen, die der Fremdherrschaft im Versailler Vertrag selbst gesteckt sind, kann die Gefahren mildern, die die Verletzung des Selbstbestimmungsrechtes mit sich gebracht hat. Das Saarpvolk schätzt als sein heiligstes Recht und als die sicherste Gewähr für sein Wohlergehen die Bande des Blutes, der Sprache und der Gesittung, die es mit dem deutschen Volke verbinden, und die Rücksicht auf die Zusammengehörigkeit muß darum die wichtigste Aufgabe der zeitweiligen Regierung sein.

Wir wenden uns an das französische Volk und an die französische Regierung mit der Mahnung, ihre Gelüste und ihre Hände zu lassen von deutschem Land und deutschem Volk: kein Segen kann dem friedlichen Nebeneinander der Völker aus solchem Beginnen erwachsen.

Wir wenden uns an das Volk an der Saar, dessen über alle Zweifel erhabene deutsche Treue uns mit Stolz, mit Dank, mit Zuversicht erfüllt. Wir mahnen zur Einigkeit: Parteigegensätze haben dort keine Berechtigung, wo die Verletzung der freien Selbstbestimmung die ärgste gemeinsame Beschwerde ist, und von wo nur immer der eine, einstimmige Ruf erschallen darf:

Zurück zum deutschen Vaterland!

Wir geloben Treue um Treue: Im Saarverein soll die Pflege der Zusammengehörigkeit und die Arbeit für alle Beschwerden des Saarpvolkes eine feste und zuverlässige Stütze finden!

Ferner stimmte die Versammlung angesichts der

#### Notlage der Bevölkerung des Saargebietes

einstimmig folgender Beschlußfassung zu:

Das Wirtschaftsleben im Saargebiet steht in einer verhängnisvollen Krise. Gegen den Willen der Bewohner des Saargebietes wurde die deutsche Währung verdrängt und der französische Franken eingeführt. So muß die Bevölkerung zum zweitenmal eine alles zermürbende Inflation erdulden; zunächst die deutsche, jetzt die französische. Alle Ersparnisse sind verloren, fast ausnahmslos sind unsere Volksgenossen an der Saar bettelarm geworden. Die Not wächst von Tag zu Tag. Schon hat sie eine erschreckende Höhe erreicht. Ergreifende Bilder des Jammers spielen sich täglich ab. Fürchterlich ist das Elend der vielen alten Leute, der Arbeitsunfähigen, der Arbeitslosen und besonders der Kinder. Völkerbund und Saaregierung, deren Pflicht es wäre, für das ihr anvertraute Gebiet zu sorgen, versagen völlig, lassen die Franzosen an der Saar schalten und walten wie sie wollen. Die Franzosen aber lassen das Saarpvolk für seine treudeutsche Gefinnung — aus der es nie einen Hehl gemacht hat — schwer büßen. Alle Klagen, Beschwerden und Notklagen verhallen ungehört. Wir erwarten nunmehr, daß der Völkerbund alsbald in Erwägungen darüber eintritt, wie eine schnelle Lösung des Saarproblems im Sinne der Wohlfahrt, des Rechts und der Bevölkerung des Gebiets erfolgen kann.

## Begrüßungsabend der landsmannschaftlichen Verbände.

Am Abend des 14. August fand im großen Saale des Gürzenich ein von den landsmannschaftlichen Verbänden veranstalteter gemeinsamer Begrüßungsabend statt, bei welchem die Köchlingsche Werkstatte aus Völklingen, das Doppelquartett des Männergesangsvereins Polyhymnia, die Opernsängerin Frau Gynnich-Hollmann, Opernsänger Ditter, Berlin, Vortragsmeister Georg Herzog, sowie das Karitaturduett Schnitzler und Eberhardt mitwirkten. Die Begrüßungsansprache hielt der Vorsitzende des Arbeitsausschusses für die deutsche Rundgebung für Rhein, Pfalz und Saar, Beigeordneter Dr. Ernst Schwering. Er rief allen Er-

schienernen ein herzliches Willkommen am deutschen Rhein im wieder befreiten Köln zu. Er führte dann unter anderm aus:

Die im Westausschuß zusammengeschlossenen Vereine, der Reichsverband der Rheinländer, der Bund der Saar-Vereine, der Verein der Pfälzer, die Landmannschaft Eupen-Malmédy und die Rheinische Frauenliga haben den dankenswerten Entschluß gefaßt, ihre diesjährigen Tagungen in die größte Stadt der wiederbefreiten ersten Zone und des Westens überhaupt zu verlegen. Wir haben hier Ihren Entschluß in tiefer Dankbarkeit von ganzem Herzen begrüßt und ihn mit Freuden aufgegriffen. Gern



haben wir die Vorbereitungsarbeit übernommen, weil wir wußten, daß unser Mühen einem großen, vaterländischen Werke galt. Sie haben es sich in erster Linie zum Ziele gesetzt, für die baldige Befreiung der noch besetzten Gebiete einzutreten und in der schweren Zeit, die unseren Brüdern und Schwestern für das gemeinsame Vaterland noch bechieden ist, ihnen Rückhalt zu geben, sie aufzurichten und zu trösten durch die Größe des gesamtdeutschen Gedankens. Auch heute wollen wir ihrer gedenken, deren noch nicht die Stunde der Freiheit schlug und ihnen zurufen: Euer Leid ist unser Leid, Euer Glück ist unser Glück, erst wenn von Euerem Arm die letzte Kette fällt, leuchtet auch uns ohne Wollen die Sonne der Freiheit!

Sie, meine Damen und Herren, die den Kampf ausschließlich mit geistigem Rüstzeug führen, werden gewiß jeden Schritt, der geeinigt ist, dem Gedanken des Rechtes und der Gerechtigkeit unter den Völkern zum Siege zu verhelfen, freudig begrüßen. Die Befreiung unserer Brüder und Schwestern in dem noch besetzten Gebiet so schnell wie möglich herbeizuführen, ist ein herrliches Ziel. Aber wir wissen uns mit unsern leidenden Volksgenossen einig in der Forderung, daß der Weg dorthin ein ehrenvoller sein muß für unser Volk und Vaterland. Wir wollen und dürfen ihn nur zurücklegen als gleichberechtigte Mitglieder der europäischen Staatengemeinschaft mit und neben den anderen Kulturnationen. Erhöhenen Hauptes, nicht aber gedrückt und gedemütigt wollen wir in der Reihe der Völker schreiten; lieber wollen wir das Ziel später erst erreichen als früher, wenn es nur um den Preis neuer Opfer leitens des Vaterlandes möglich ist. Ehrenvoll soll die Befreiung unserer Brüder herbeigeführt werden, ehrenvoll für uns und ehrenvoll für unsere Gegner. Dann wird der Tag der Freiheit glückbringend sein, nicht nur dem deutschen Volke, sondern ganz Europa.

Aber noch auf ein anderes lassen Sie mich hinweisen, was uns die Vorarbeit so besonders erfreulich und leicht machte. Der Westausfluß ist eine von den großen Erscheinungen im deutschen Land, die jeden willkommen heißen, der ehrlich bereit ist, an der Festigung des gesamtdeutschen Zusammenhalts und an der Belebung des Gemeinschaftsgefühles mitzuwirken. Kein Unterschied der Partei, kein Unterschied der Konfession oder des Standes, nichts von all dem Trennenden, das sonst in deutschen Landen seit Jahrhunderten seine verhängnisvolle Rolle spielte, hat bei Ihnen Raum. Mit Herz und Hand, einig und geschlossen treten Sie ein für die Heimat, und mit Ihrer Heimat geben Sie alles hin für das Vaterland. Das ist es, was wir brauchen! Jeder, der unser Vaterland liebt, muß sich von ganzem Herzen freuen, wenn er Vereine und Verbände wie die Ihrigen, an der Arbeit sieht. Da tritt der Deutsche dem Deutschen näher, da werden all die zahlreichen deutschen Erbfeinde im Verkehr von Mensch zu Mensch allmählich überwunden. Jeder erkennt in dem andern den Bruder, der trotz verschiedener äußerer und innerer Bildung das gleiche Ziel und Streben hat, dem gemeinsamen deutschen Vaterlande zu dienen, damit es wieder groß und herrlich dastehe in der Welt wie je zuvor. Nicht im Sinne chauvinistischer Ueberhebung gegenüber anderen Ländern und Völkern ist dieser Gedanke des Deutschland über alles gedacht. Uns ist dieses Deutschland unsere Heimat, das Land unserer Muttersprache, unser Vaterland. Uns ist es so das Land, dem wir ganz gehören und das uns gehört, das Land über alles in der Welt, über alle Schönheit anderer Länder, über das eigene Hab und Gut, ja über das Leben!

Seine Worte klangen aus in den Ruf: Unser geliebtes deutsches Vaterland, es soll leben!

Die Riesenversammlung stimmte begeistert in dieses Hoch ein. Im übrigen verlief der Abend bei den wechselnden Darbietungen ernster und heiterer Art in angenehmster eindrucksvoller Weise und bildet somit einen wirkungsvollen Auftakt zu der

### Deutschen Kundgebung für Rhein, Pfalz und Saar

am darauffolgenden Sonntag. Wie auch das „Berliner Tageblatt“ in seiner Nr. 384 vom 16. August feststellte, bildete „diese große Kundgebung den Höhepunkt der Tagung des Bundes der Saar-Vereine und des Reichsverbandes der Rheinländer“. Wie das Blatt weiter hervorhob, „war es ein weithin hollendes Bekenntnis zum Deutschtum, ein wichtiges Zeichen, daß trotz aller seelischen und materiellen Nöte der Abwehrwille der Saarländer gegen die Aspirationen der französischen Chauvinisten unerschütterlich ist.“ Nicht nur aus allen Teilen des Reiches, sondern auch aus den abgetretenen Gebieten, aus Eupen-Malmédy und Oberschlesien, hatten sich die Landmannschaften der Heimatverbände eingefunden. Das Wetter hätte nicht besser sein können. Als sich in den frühen Nachmittagsstunden die einzelnen teilnehmenden Vereine und Korporationen auf dem Neumarkt zum Umzug formierten, lag festlicher

Sonnenschein über der Domstadt. Eine dichte Menschenmenge hielt schon lange vorher die Straßen, durch die der Festzug seinen Weg nehmen sollte, umsäumt. Der Zug selbst mit seinen zahllosen Musikkapellen, vorweg die Köchlingsche Hüttentapelle, mit Vertretern studentischer Korporationen aus Köln, Bonn und Aachen und der Farbenpracht der vielen Banner und Fahnen, bot nach einem Bericht der „Saarbrücker Landeszeitung“ ein glänzendes Schauspiel und war in der Zusammenfassung aller Volksschichten eine machtvolle Demonstration. Tücher schwenken und jubelnde Zurufe aus der Menge geleiteten den Zug, an dessen Spitze, wie der Kölner Korrespondent des „Berliner Tageblattes“ ausdrücklich feststellte, der Saargebiet die Reichsfahne trug, durch die Straßen der Stadt zur Messehalle, die binnen kurzem bis zum letzten Platz besetzt war.

### Der Festakt in der Messehalle.

Der Festakt in der Messehalle begann mit dem Aufmarsch der Fahnen- und Bannerträger, die vor und hinter der Rednertribüne Aufstellung nahmen. Nach einem Orgelvortrag des Organisten Bachem, sprach als erster Redner der Ehrenvorsitzende des Ehrenausschusses

**Landeshauptmann der Rheinprovinz Dr. Horion.**

Er führte folgendes aus:

Eine deutsche Kundgebung am deutschen Rhein im deutschen Köln! Vor einem Jahrzehnt noch wäre es uns wohl überflüssig oder fast widersinnig erschienen, eine besondere Kundgebung für die deutsche Heimat hier in deutschem Lande, wo deutsch reden und denken, deutsch handeln und leben etwas Selbstverständliches ist. Aber vieles hat sich in diesem Jahrzehnt geändert. Weltgeschichtliche Ereignisse von unerhörter Schwere und Tragweite sind inzwischen über unser Vaterland und ganz besonders über dessen Westmark dahingegangen. Zwar sind wir von tiefer Tiefe wieder im Aufstieg begriffen; aber es sind inzwischen doch Dinge ins Wanken gekommen und es sind Wahrheiten in Zweifel gezogen worden, und es ist gerüttelt worden an Quadern, die uns schienen für die Ewigkeit gelegt zu sein. Wir haben nationale Vergewaltigungen erdulden müssen, die immer wieder dazu auffordern, die Stimme des Volkes zu erheben, damit nicht die Ergebnisse äußerer Gewalt allmählich als innere Tatsachen erscheinen.

Darum heute unsere Kundgebung, zu der sich hier vereinigen einmal die von nationaler Not in ganz besonderer Weise Bedrückten: das sind die Rheinländer, die Saarländer, die Pfälzer und unsere deutschen und ewig deutschbleibenden Brüder in den abgetretenen Gebieten. Mit ihnen vereinigen sich Vertreter aus ganz Deutschland, um die Stimme zu erheben zu dem einheitlichen Bekenntnis der Treue zum deutschen Vaterland und des Willens, einander zu stützen und zu helfen, daß kein Funke Deutsch uns verloren gehen soll. Sie alle, die Sie hier erschienen sind, heiße ich herzlich willkommen. Ganz besonders begrüße ich den Herrn Oberpräsidenten der Rheinprovinz, der zugleich als besonderer Vertreter der Reichs- und Staatsregierung zu unserer Tagung entsandt ist. Ich begrüße Sie alle hier zunächst als Vertreter der einladenden Stellen des Reichsverbandes der Rheinländer, des Bundes der Saarvereine, des Vereins der Pfälzer, der Rheinischen Frauenliga und der Ehrenausschussmitglieder aus ganz Deutschland. Ich begrüße Sie aber auch als Vertreter der Rheinprovinz, die stolz darauf ist, in der Hochhaltung ihres Deutschtums auch in schwierigen Zeiten ein leuchtendes Vorbild für alle Volksgenossen gewesen zu sein.

Sodann bin ich aber auch beauftragt, namens der Stadt Köln und ihres Oberbürgermeisters, der verhindert ist, persönlich hier anwesend zu sein, Sie herzlich willkommen zu heißen in der Metropole der Rheinprovinz und in dieser herrlichen Halle, die in den letzten Jahren so viele gewaltige Kundgebungen deutschen Geistes gesehen hat. Wir wollen heute unsere Stimme erheben, auf daß sie gehört werde einmal nach außen, auch über die Grenzpfähle hinaus. Möge man wissen, daß Kreidestriche, die über einen lebendigen Körper gezogen werden, niemals das Strömen des Lebens und des Blutes vom Herzen bis in die äußersten Glieder beeinträchtigen können.



Auch nach innen wollen wir gehört werden. Wozu wir aufrufen, das ist zu einem kraftvollen deutschen Vaterland, das uns Rückhalt und Schutz bietet, das alle seine Glieder und alle seine Stämme zusammenhält in einem einheitlichen nationalen Gedanken und Willen. Wir hier an der Grenze haben daher zuerst das Recht, unsere Stimme zu erheben und darauf hinzuweisen, daß es so wie bisher nicht weitergehen darf in dem gegenseitigen Kampfe und in der Verfeinerung und Verächtlichmachung, wie sie heute in Deutschland unter den Deutschen der verschiedenen Parteien, aber auch der verschiedenen Stämme üblich geworden ist. Scheint es doch manchmal, als wenn in diesen Kämpfen Deutsche sich mit einer Erbitterung und einem Haß fast wie nationale Feinde einander gegenüber stehen. Das kann auf die Dauer der Zusammenhang des Deutschen Reiches nicht aushalten, und die ersten, die darunter zu leiden haben, sind wir hier im Westen. Dabei wollen wir uns nicht selbst pharaisieren von aller Schuld freisprechen. Wenn auch die Parteigegenätze hier vielleicht noch weniger scharf sind als anderswo, so nimmt doch auch bei uns gern die Kritik über unsere deutschen Stammesbrüder östlich der Elbe oder auch in Berlin einen Umfang und Formen an, daß neben dem manchen Verschiedenen an Charakter und Staatsauffassung das unendlich viel größere nationale Gemeinsamste zuweilen mehr als gut in den Hintergrund gedrängt wird. Vergessen wir doch niemals, daß jeder Deutsche, der nicht bewußt das deutsche Vaterland verleugnet, auch wenn er noch so sehr anderen Stammes und anderer Partei ist als wir, doch mit uns durch gemeinsames Blut verbunden ist und uns unendlich viel näher steht als jeder Fremde eines anderen Landes. Und vergessen wir doch niemals, daß unmöglich eine einzelne Partei, sie mag sich noch so kraftvoll dünken und noch so kräftige Worte gebrauchen, in der Lage sein wird, Deutschland wieder hochzuführen und auch unsere Westmark zu schützen, sondern daß dies nur möglich ist, wenn alle zusammenstehen und jeder bei allen Partei- oder Stammesunterschieden im anderen zunächst den deutschen Bruder und Mitkämpfer sieht, der, wenn auch auf anderem Wege, doch mit ihm das Wohl des gemeinsamen Vaterlandes zum Ziele hat.

So haben auch zu unserer heutigen Kundgebung Mitglieder aller deutschen Parteien und aller Stämme einmütig eingeladen und so ein Beispiel gegeben, das fortwirken möge auch über die heutige Versammlung hinaus auf alle unsere Arbeit im öffentlichen Leben. So reichen wir denn unsere unterstützende und helfende Hand zuerst unsern Stammesbrüdern, die unter fremder Herrschaft ihre Nationalität, Sprache und Kultur hochhalten und verteidigen, dann aber auch unseren Brüdern, die unter fremder Besatzung noch dem Tage der Freiheit entgegenharren. Möge die heutige Kundgebung ihnen zeigen, wie ganz Deutschland hinter ihnen steht und mit ihnen Räten denkt und fühlt, und möge von dieser Kundgebung ausgehen ein neuer Strom nationalen Gefühles überallhin, wo deutsche Herzen schlagen. Und wenn die Worte, die wir heute hören werden, auch zunächst dem Wohle unserer leidenden Westmark gewidmet sind, so sind sie doch getragen von dem Gedanken der Einheit und Einigkeit, von dem Gedanken, daß wir alle gehören zu einem deutschen Volke, zu einem deutschen Vaterland, dessen Brüder in keiner Not sich trennen noch Gefahr.

Meine Damen und Herren! Ich bitte, sich zu erheben und mit mir einzustimmen in den Ruf: Unser liebes deutsches Vaterland Hurra! Hurra! Hurra!

(Begeisterte Zustimmung.)

Die Grüße der Reichsregierung und der preußischen Staatsregierung überbrachte hierauf

**Oberpräsident Dr. Fuchs**

mit folgender Ansprache:

Die deutsche Reichsregierung und die preußische Staatsregierung entbieten den im

Westauschuß für Rhein, Saar und Pfalz vereinigten landsmannschaftlichen Verbänden zu der heutigen machtvollen Heimatkundgebung allerherzlichste Grüße und Wünsche. (Bravo!)

Es war ein glücklicher Gedanke, diese Kundgebung zu verlegen in die altehrwürdige Stadt am heiligen deutschen Strome, in die Stadt mit dem hochragenden deutschen Dome, an dessen Pforten vor wenigen Monaten die in aller Welt begeistert aufgenommene, für uns Deutsche so unvergeßliche Befreiungsfeier stattgefunden hat. In der Tatsache, daß die heutige Kundgebung in einem freien Köln stattfinden kann, prägt sich die Hoffnung für eine weitere glückliche Gestaltung unseres Geschicks und die Erlangung einer uneingeschränkten Freiheit aus. (Bravo!)

Dank der mit nachhaltiger Stetigkeit verfolgten, von der preußischen Staatsregierung eifrig unterstützten Außenpolitik der deutschen Reichsregierung beginnt die Kriegseidenschaft unter den Völkern zu weichen, jene Kriegseidenschaft, die durch den harten und für uns so unendlich leidvollen Machtpruch von Versailles Millionen Deutschen der Freiheit beraubt, anderen Millionen Deutschen den Boden der über alles geliebten Heimerde unter den Füßen weggerissen hat. An die Stelle der Kriegseidenschaft setzt sich allmählich die Vernunft, die leidenschaftslos und sachliche Erwägung, daß nicht Haß und Rache die Wunden des Weltkrieges heilen, sondern nur der Wille zur Verständigung den Völkern Europas den wahren Frieden und damit die einzige Möglichkeit zur Rettung vom Untergang und zum wirtschaftlichen und sittlichen Wiederaufstieg geben werden. Sollte die Reichsregierung mit ihrer Politik auf Erfolg rechnen, so war dies nur möglich, wenn das deutsche Volk sie in ihrem Streben verständnisvoll unterstützte. Daß heute das deutsche Volk in seiner übergroßen Mehrheit hinter der Politik der Reichsregierung steht, ist nicht zum geringsten Teil das Verdienst der hier versammelten landsmannschaftlichen Verbände, die neben der Fürsorge für die hartleidenden Brüder und Schwestern westlich des Rheins unermüdlich bestrebt waren, den Zusammenhalt zwischen den besetzten sowie den der deutschen Staatshoheit entzogenen Gebieten und dem gesamten deutschen Vaterland zu pflegen und zu stärken und überall Verständnis für die unhaltbaren Zustände im deutschen Westen zu wecken. Die Reichsregierung und nicht minder die Regierungen der beteiligten Länder ergreifen die heutige Gelegenheit gerne, um den landsmannschaftlichen Verbänden und besonders auch ihren rührigen Vorsitzenden aufrichtigen, heißen Dank und warme Anerkennung zu sagen für ihre aufopferungsvolle, nie versagende, so überaus erspriessliche Tätigkeit. (Bravo! Händeklatschen!)

Wenn wir heute vielleicht im Vorfeld neuer bedeutungsvoller Ereignisse stehen, so ist dies vor allem aber der durch die anwesenden Verbände vertretenen Bevölkerung der besetzten und gewaltsam aus dem vaterländischen Verbande gelockerten und gelösten Gebiete zu verdanken. In beispielloser Selbstverleugnung, in unbegrenztem Opferfinn haben sie durch lange Jahre hindurch alles ertragen, was um des Vaterlandes willen ertragen werden mußte, alles abgewehrt, was sie der Heimat hätte entfremden können. Mit Herz und Hand bereit zum Frieden und zur Verständigung werden sie auch in Zukunft nichts tun und nichts unterlassen, was mit der deutschen Ehre und dem nationalen Gewissen nicht in Einklang zu bringen ist. (Bravo!) In Einigkeit und Eintracht, in der die Westgebiete ein noch viel mehr nachzuahmendes Vorbild für das gesamte Vaterland sein sollten, werden sie den Eid unverwandelt auf das Ziel der Freiheit und der Wiedervereinigung in einem besseren und schöneren Vaterland richten. Gestatten Sie es mir, wenn ich dem Dank der Reichsregierung und der Preußischen Staatsregierung in bescheidener Weise auch meinen Dank anfüge für all die Liebe, für all die Treue und Anhänglichkeit, die Sie alle, meine lieben Landsleute, dem Vaterlande erzeigt



und damit auch mit mein verantwortungsvolles und dornenreiches Amt erleichtert haben. So schwer es auch oft gewesen ist, der stolze Gedanke „es gilt dem Vaterlande“ hat über alles hinweggeholfen. Wir wollen nie vergessen, daß wir nicht nur in einer schweren, sondern auch in einer großen Zeit leben. Wir vertrauen auf Gott, wir bauen auf unseren unbeugsamen Willen, und wir rechnen trotz vieler, vieler Enttäuschungen mit dem endlichen Durchbruch der Vernunft. Reich und Staat werden Sie nicht im Stiche lassen und auch weiter helfen im Rahmen der ihnen zu ihrem größten Schmerz allzu eng gezogenen politischen und wirtschaftlichen Grenzen.

Die Trennungsschranken zwischen uns und denen, die von unserem Blute sind, die zu uns gehören, sie müssen fallen. (Bravo! Händeklatschen!) Die goldene Freiheit, das für den Einzelnen wie für die Völker köstlichste Erbgut, muß wiederkehren, sie wird wiederkehren, trotz allem. (Bravo! Allgemeiner Beifall!)

\*

Nach einem Gesangsvortrag der vereinigten rechtsrheinischen Männergesangsvereine hielt

**Präsident Dr. Kaufmann, Berlin,**

als Vertreter des Reichsverbandes der Rheinländer eine Ansprache, in der er u. a. folgendes sagte:

„Wie vor Monaten um Mitternacht die St. Petrusglocke des Domes mit schweren, ehernen Klängen die lang und heißersehnte Entfesselung der Kölner Zone einläutete, so schlägt auch heute unser Herz laut und teilnahmsvoll für die noch unerlösten Volksgenossen am Rhein, in der Pfalz und an der Saar. Wer weiß, wie lange sie noch vor dem Gekkerhut sich beugen, trotz Locarno und des Trunks aus dem Liebesbecher, statt feierlich zugesagter Erleichterungen zum Teil erheblich verschärfte Lasten der bei unserer völligen Entwaffnung sinnlosen Besetzung deutschen Bodens tragen müssen. Besonders schwer leidet die Pfalz. Hier, wo so viele stille, aber beredte Zeugen von den Greueln erzählen, womit sie der „allerchristlichste“ König Ludwig XIV. heimsuchte, weiß die Bevölkerung ein Lied davon zu singen, daß auch den französischen Siegern von heute ritterliches, edelmütiges Empfinden für einen tapferen aber unglücklichen Gegner fremd ist. Dafür bilden die bedauerlichen Vorgänge in Germersheim einen klassischen Beleg.“

Trennes Gedenken gilt Eupen-Malmedy, dessen zahlreich erschienene Vertreter die engen Volks- und Kulturzusammenhänge mit ihrer alten Heimat bekennen, gilt dem Elsaß, dem unvergessenen Lande hohenzollernscher Kaiserherrlichkeit. Unser Blick schweift heute auch zu den Brüdern an der Donau, deren sehnlichster Wunsch: Heim ins Reich! der Erfüllung entgegenreißt und die hoffentlich bald ihre Lebenslinie auf Geduld und Verderb mit der unsrigen vereinigen dürfen.

Wie reiche Werte in den alle Volksschichten ergreifenden, ganz überparteilich gerichteten Heimatverbänden zusammengefaßt werden, welche starke Stofkraft von ihnen ausgeht, hat die Rheinische Tausendjahrfeier aufgewiesen. Daß sie weit über die verstümmelten Grenzen des Reiches hinaus ein begeistertes Bekenntnis zum Deutschtum und zur Schicksalsverbundenheit aller deutschen Stämme wurde, dürfen zu einem guten Teil die landsmannschaftlichen Vereinigungen als ihr Verdienst buchen.

Die Rheinische Tausendjahrfeier raubte den französischen Machtpolitikern die letzte Hoffnung auf eine Lösung der Rheinfrage in separatistischem Sinne.

Das uralte Zentralproblem der europäischen Politik, die Herrschaft im Rheinstromgebiet, ist noch keineswegs endgültig gelöst. Das deutsche Volk hat zwar seit den Unglückstagen von Versailles ungeheure Opfer für eine internationale Annäherung gebracht. Was haben aber die feindlichen Siegerstaaten getan, um aus dem Chaos, das sich auch vor ihnen auftut, zur Vernunft und friedlichen Zusammenarbeit der Völker zurückzuführen? Ungeheure Schwierigkeiten stellen sich, auch in den Gedankengängen friedliebender Franzosen, einer deutsch-französischen Verständigung immer noch entgegen. Daß Poincaré wieder das Steuer in die Hand nahm, gibt denen zu denken, welche den Kampf um den Rhein als beendet wählten. Wir müssen auch auf andere warnende Zeichen achten, dürfen nicht überhören, wie nationalistische Fanfarenklänge französischer Generäle und die eifrigen Bemühungen pariser Rechtsorganisationen den zusammengebrochenen Separatismus in anderer Form zu beleben suchen und für einen entpreußten (déprussianisé) rheinisch-westfälischen Staat Stimmung machen.

Für echte Deutsche gibt es keine rheinische Frage in diesem Sinne. Davor schützt sie schon ein Rückblick auf des Rheinlands schicksalsreiche Geschichte. Eindringlich lehrt die Vergangenheit, daß durch eine von Preußen und gar vom Deutschland losgelöste rheinische Republik alte lotharingische Problematik erneuert, ein geistig und wirtschaftlich verkümmertes Pufferstaat, keine Völkerbrücke zwischen Germanen und Romanen, sondern ein Kampffeld für den Ehrgeiz der westlichen und östlichen Nachbarn geschaffen würde.

Es ist noch nicht an der Zeit, am Rhein die bewährten Vorposten geistigen Schutzes einzuziehen, sie müssen noch verstärkt werden. Aus dieser Erwägung ist auch der Wunsch zu begründen, das geplante Reichsehrenmal zu errichten am Rhein, Deutschlands Herzader, aber auch seinem Schmerzenskinde, für das die Helden des Weltkriegs bluteten und starben. Durch engsten Zusammenschluß aller Volksgenossen, durch verständnisvolles Besinnen auf die eng mit dem Rhein verbundene große Vergangenheit wird das deutsche Volk genesen, den Daseinstampf siegreich vollenden und sich ein neues festes Haus zimmern.

Aufrichtig dürfen wir es begrüßen, daß aus den Tiefen unserer schwergeprüften Volksseele eine in dem Gedanken landsmannschaftlicher Treue wurzelnde neue hoffnungsreiche Bewegung aufsteigen ist. Ueber die unsere Volkskraft zerstörenden Gegensätze der Parteizugehörigkeiten, der Wirtschaftsinteressen, der Weltanschauungen und Konfessionen hinweg will sie den Gemeinsamkeiten der Nation, der Geschlossenheit des Volkswillens, der Unzerbrechlichkeit des deutschen Volkstums zum Siege verhelfen. Sie hat auf ihre Fahne geschrieben, daß das höchste Gut eines Mannes sein Volk ist, daß wir dem Vaterland, nicht bloß der Partei dienen sollen durch selbstlose treue Tat.

Ein Geschlecht, das in dieser Art aus Nacht zum Licht, aus Zerrissenheit zur Einheit strebt, kann nicht im Niedergang enden. Es wird Deutschland zu neuer Größe und die alte Schicksalsgefährdin des Reiches, unser geliebtes Rheinland, zu neuem Glanze führen. Dank den tapferen rheinischen Brüdern, in deren Reihen zuerst das Gelöbniß erklang: das ganze Deutschland soll es sein!

\*

Nach einem weiteren Vortrag der vereinigten rechtsrheinischen Gesangsvereine betrat, mit tosendem Beifall begrüßt, der Vertreter des Saargebietes,

**Pfarrer Dr. Schlich, Saarbrücken,**

das Rednerpult, um in wuchtigen eindringlichen Worten folgendes auszuführen:

Das Saargebiet grüßt das Rheinland, grüßt das liebe, deutsche Vaterland. Zur Grenzmark der Nationen ist die Saar geworden. Um die Seele seiner Kinder rangen Völker. Da haben wir Grenzlanddeutsche fühlen und empfinden gelernt, was Vaterlandsiebe heißt. Aus der Not geboren, entflammt in heiliger Begeisterung, haben wir allen Lockungen und Versprechungen, allen Drohungen und Gewalttaten getrotzt und unserer schwer bedrängten Saarheimat den Glauben an deutsche Vaterland erhalten.

Man hat zunächst in Versailles und dann auf Grund von Versailles den Versuch gemacht, uns von unserem Mutterlande zu trennen. Der Versuch ist fehlgeschlagen. Wenn einmal die Geschichte geschrieben wird, dann werden die Geschichtsschreiber hüben und drüben uns das Zeugnis geben müssen, daß wir treu gewesen sind. Daß wir an der Saar gute Deutsche gewesen sind, das brauche ich nicht besonders zu betonen. Das war unsere Pflicht. Das waren und sind wir aus Überzeugung. Daraus haben wir auch in Stunden der Gefahr kein Hehl gemacht.

Als im Dezember 1918 bekannt wurde, daß die Zukunft des Saargebietes auf dem Spiele stünde, da haben wir in höchster Eile und Not folgende mit allen Namen der führenden Persönlichkeiten unterzeichnete Kundgebung durch Erzberger dem Präsidenten Wilson überreichen lassen: „Wir Einwohner der Stadt und des Landkreises Saarbrücken, eines rein deutschen Gebietes, erheben feierlichst Einspruch gegen das in verschiedenen französischen Zeitungen hervorgetragene Verlangen, uns von unserem deutschen Vaterlande zu trennen und uns Frankreich, einem uns innerlich völlig fremden Staate einzuverleiben. Wir sind Deutsche nach Abstammung, Geschichte, Sprache und Gesinnung. Wir wollen auch jetzt in der Zeit des tiefen Unglücks mit unseren deutschen Brüdern und Schwestern weiter vereint bleiben. Wir bitten den Herrn Präsidenten und alle, die einen Frieden der Gerechtigkeit und Versöhnung herbeiführen wollen, nicht zu dulden, daß wir von Deutschland losgerissen werden.“

Das war seit 1918 unsere Linie. Vaterlandsiebe war uns etwas Selbstverständliches, Vaterlandsiebe ist uns etwas Heiliges. Sie ist die durch die Religion geadelte Heimatliebe freier, selbständiger



Herzen und Köpfe. Diese Liebe und Treue schulden und schenken wir dem deutschen Vaterlande. Keine Hoffnung auf Vorteile, keine Günst oder Ungünst der zeitweiligen Machthaber wird diese heilige Flamme erlöschen können. Gegen unsere deutsche Treue sind Zollgrenzen, Zollscheitanen und rote Pässe gemacht worden. Aber keine Barriere ist stark genug, um das Herz des deutschen Saarlandes vom Herzen der deutschen Mutter loszureißen. Die Liebe zur deutschen Heimat war und ist uns kein zollpflichtiger Ein- und Ausfuhrartikel. Dieser Geist, diese Liebe, diese Gesinnung hat die Saarfrage entschieden. Unser Land haben sie, dem Wortlaut und Sinne selbst des Versailler Diktates widersprechend, bis heute beseht. Unsere Herzen konnten sie nicht besehen. Unsere Gruben und den Boden konnte man abtreten. Die Gesinnung der Bevölkerung konnte nicht abgetreten, nicht abgeändert werden.

Wenn wir nun sagen, die Saarfrage ist für uns entschieden, so folgt daraus doch nicht, daß Frankreich seine Ansprüche und Hoffnungen auf das Saargebiet bereits ganz aufgegeben hätte. So weit sind wir noch nicht. Und deshalb bleibt der deutschen Bevölkerung noch manches zu tun.

Stellen wir die Frage: Was erwarten und hoffen die Franzosen heute noch vom Saargebiet? so kann die Antwort in zwei Sätze gefaßt werden: 1. Auf wirtschaftlichem Gebiete sucht Frankreich alles aus dem Saargebiet heraus zu ziehen und zu gewinnen, was es kann. Das Saargebiet ist gewissermaßen eine besondere Reparationsprovinz Frankreichs. 2. Politisch wünschen und erstreben die Franzosen, weil sie auf eine Einverleibung nicht mehr rechnen können, aus dem Saargebiet so eine Art Luxemburg, ein eigenes, selbstständiges, d. h. unter französischem Einfluß stehendes Staatsgebilde zu machen.

Beides lehnen wir Saardeutsche entschieden ab. Auf wirtschaftlichem Gebiet gestehen wir Frankreich nur die Rechte zu, die ihm der Versailler Vertrag zuerkannt hat. Das der Weltgesundung und dem Weltfrieden ganz und gar feindliche Diktat enthält gerade für das Saargebiet sehr große Härten und Unklarheiten und bildet durch seine inneren Widersprüche und Inkonssequenzen den Nährboden zu fortwährenden Verwickelungen. Daher verlangen wir Revision und Aenderung des Saarstatuts unter gleichberechtigter Mitwirkung des Deutschen Reiches und Zuziehung von Sachverständigen aus dem Saargebiet.

2. Auf politischem Gebiet gibt es für uns keine halbe Lösung, keine Teillösung. Der Gedanke, aus dem Saargebiet ein Luxemburg, ein eigenes Staatsgebilde unter der Hegide des Völkerbundes zu machen, ist für uns undiskutabel. Die Saarfrage kann und darf nur die eine Lösung kennen: Restlose, baldmöglichste Wiedervereinigung des Saargebietes mit dem deutschen Mutterlande, und zwar des preussischen Teiles mit Preußen, des bayerischen Teiles mit der Pfalz. Das, meine lieben deutschen Brüder, ist Ziel und Aufgabe, Kern und Stern unserer Politik.

Das Saargebiet hat nach dem Versailler Vertrag keine Reparationen zu leisten. Trotzdem ist die steuerliche Belastung der Saarbevölkerung stärker als im Reich.

Seine Verwaltung ist viel zu teuer. Wozu so viele Ministerialräte? Lediglich weil der Völkerbund einen Versuch mit dem Saargebiet gemacht hat und es wie ein selbstständiges Staatsgebilde verwalten läßt. Tatsächlich aber fehlen ihm die natürlichen und staatsrechtlichen Voraussetzungen zu einem Staate vollständig. Vernünftige Franzosen sehen das heute selbst ein. So schrieb jüngst der Franzose Jean Riviere: „Es ist unbegreiflich, daß ein so kleines Gebiet gezwungen ist, einen Verwaltungsapparat zu unterhalten, der vielleicht sehr funktionsgerecht ist, aber sicherlich viel zu aufgeblasen ist“.

Ein weiterer Grund der großen Steuerbelastung der Bevölkerung liegt in der starken Begünstigung des französischen Fiskus. Die an Frankreich abgetretenen Gruben sollen gemäß § 13 des Saarstatuts im Verhältnis ihres Wertes zu den steuerpflichtigen Vermögen des Saargebietes zu dessen Haushalt beitragen. Demgemäß müßten sie etwa 30 Prozent der Staats- und Gemeindeausgaben zahlen; in Wirklichkeit bezahlen sie nur 8-9 Prozent. Die Regierungskommission hat die pflichtmäßigen Leistungen des französischen Staates erheblich herabgesetzt und so sind dem Saargebiet Millionen von Steuern verloren gegangen.

Seit 8. Januar 1925 ist das Saargebiet in das französische Zollsystem eingegliedert. Die Zölle stehen als wesentliche Einnahmeposten dem Saargebiet zu. Nach einer Mitteilung der Regierungskommission vom 29. März 1926 hat die französische Zollverwaltung bisher 35 Prozent als Erhebungskosten abgezogen. In Deutschland betragen diese Erhebungskosten nur 12 Prozent. Der Mehrbetrag fließt ebenso wie die Millionen nicht gezahlter Grundsteuern in die französische Staatskasse. Auch die an der Saarbergsgrenze verhängten Zollstrafen fließen Frankreich zu, obwohl sie an sich dem Saargebiet

zusteuen. Die französischen Zöllner erhalten hier eine Prämie von 44 Prozent.

Das Saargebiet ist reparationsfrei. Aber all diese Millionenverluste sind Reparationsgewinne Frankreichs auf Kosten der Saarbevölkerung. Das ist aber noch nicht alles. Nach Schätzung von Sachverständigen gehen dem Saargebiet jährlich etwa 60 Millionen Franken allein dadurch verloren, daß ihm von Frankreich die Zolleinnahmen für die Güter, die nicht über die Saarbergsgrenze abgeführt, aber dort verbraucht werden, nicht erstattet werden. Wegen der zahllosen Zollscheitanen im Saargebiet lassen sich die Einfuhrfirmen ihre Güter in Elsaß-Lothringen verzollen. Auf diese Einnahmen hat das Saargebiet aber nach § 31 des Saarstatuts ein klares Recht.

Die Liste der Reparationen des Saargebietes ist noch nicht abgeschlossen. Uns ist das Los bestimmt, eine zweite Inflation durchzumachen. Jeder größere Frankenschurz kostet der Saarbevölkerung durch Währungsverluste, Substanzverluste von Handel und Gewerbe und durch Verluste an Arbeitseinkommen viele Millionen Franken.

Dieser Verlust steigert sich noch erheblich dadurch, daß die Regierungskommission ihr verfügbares Geld nicht werbeständig anlegt, wodurch im vergangenen Jahre allein mindestens 30 Millionen Franken verloren gingen. Dieser Betrag würde sehr dienlich gewesen sein, um eine Erhöhung der Arbeiterlöhne und Beamtengehälter herbeizuführen.

Obwohl die steuerliche Belastung so hoch ist, stehen die Leistungen der Saarregierung auf sozialem Gebiet weit hinter denen des Reiches zurück. So erreichen z. B. die im Saargebiet gezahlten Renten der Sozialversicherung teilweise nur 10 Prozent der im Reich geltenden Sätze. Auch die Löhne und Gehälter der staatlichen Arbeiter und Beamten stehen sehr tief unter den deutschen.

Die Eingliederung des Saargebietes in das französische Zoll- und Wirtschaftssystem war etwas unnatürliches. Die Saar war mit der deutschen Wirtschaft auf das engste verbunden. Wie konnte man da das Saargebiet wirtschaftlich zu Frankreich schlagen, bevor über seine staatliche Zugehörigkeit endgültig entschieden war?

Gemäß Anweisung des Völkerbundes sollte die Regierungskommission keine andere Sorge haben, als die Wohlfahrt der Saarbevölkerung. Der Völkerbundsrat kümmernt sich aber sehr wenig um die Tätigkeit der Regierungskommission, oder er läßt sich durch deren gefärbte Berichte täuschen. Das ist das Gefühl sämtlicher Saarländer. Nach Oesterreich und Ungarn sandte der Völkerbund Kommissare mit dem Auftrag, die Währung dieser Länder zu sanieren. In seinem eigenen Völkerbundsgebiet dagegen tut er nichts; er läßt dort ruhig die Inflation weitergehen. Die Saarbevölkerung, Parteien, Volksvertretung und Presse rufen und schreien nach der Mark und nach Loderung und Beteiligung des französischen Zollsystems. Der Völkerbund hüllt sich in Schweigen. Selbst die in Metz erscheinende „Lothringer Volkszeitung“, das Organ der republikanischen Volkspartei, schrieb schon am 25. April 1925: „Unserer Regierung sowie der Saarregierung kann nicht warm genug ans Herz gelegt werden, mit dem im Saargebiet bisher gehandhabten System gründlich aufzuräumen, denn die Zustände daselbst sind auf dem besten Wege, zum internationalen Skandal auszuwachsen. Besonders nahe ist diese Gefahr gerückt, wenn Deutschland einmal seinen Sitz im Völkerbundsrat haben wird.“

Das Wirtschaftsleben des Saargebietes steht in einer großen Krisis. Nur der Umstand, daß Deutschland die Saarzeugnisse auf dem Wege der Zollstundung bisher frei übernahm, hat die Saarindustrie vor dem wirtschaftlichen Ruin bewahrt. Das ist der berühmte Aktiopoßten des Völkerbundes. 1919/20 prophezeite man: das Saargebiet werde das Paradies des Völkerbundes. Aber, wenn es mit der Zerrüttung des Wirtschaftslebens so weiter geht, dann wird es bald das Armenhaus des Völkerbundes sein.

Wirtschaftlich hat das Saarunternehmen Fiasko gemacht. Es ist reif zum Abbau. Je eher dieser kommt, desto besser. Es wäre zweifellos für alle Beteiligten das Beste, wenn besonnene Politiker sich zur Lösung der Saarfrage alsbald an einen Tisch setzen. So lange diese Frage nicht erledigt ist, bleibt Locarno hier im Westen noch ein Torso.

Grau und dunkel liegt die Zukunft vor uns. Wir wissen nicht, was sie bringen wird. Aber das eine wissen wir: Gesundung der Verhältnisse und wirtschaftlicher Aufstieg können nur erfolgen in organischer Verbindung mit unserem Mutterlande. Und mögen die politischen Machthaber uns noch so sehr auslaugen, wir werden durchhalten und unser letzter Hauch wird rufen:

Deutschland, Deutschland über alles,  
Über alles in der Welt!



Im zweiten Teil seines Vortrages behandelte Pfarrer Dr. Schlich die politische Seite der Saarfrage. Seine Ausführungen deden sich mit seinen Darlegungen in der öffentlichen Vortragsveranstaltung.

Dem Redner, der schon während seiner Ausführungen die Riesensammlung wiederholt zu stürmischem Beifall hinriß, wurden am Schluß minutenlange Ovationen entgegengebracht. Ein Vortrag der vereinigten rechtsrheinischen Männergesangsvereine „Die Ehre Gottes in der Natur“ mit Orgelbegleitung schloß die machtvolle Kundgebung ab. Am Abend fand noch ein geselliges Beisammensein der Mitglieder der Ortsgruppe des Bundes der Saar-Vereine im Vereinslokal der Ortsgruppe Köln statt. Am Montag wurde dann der Geselle ein Besuch abgestattet.

## Vom sinkenden Dorf.

Von N. S.

Wenn man von dem pfälzischen Städtchen St. Ingbert kommend den waldigen Höhenzug übersteigt, der das ehemalige Aßlitzgebiet nach Nordwesten hin abschließt, dann findet man sich plötzlich nach angenehmer Wanderung durch den prächtigen Nadelwald, in dem neben Nadel- und Eichenblättern allerdings der Buchenwald vorherrscht, in einem herrlichen, idyllischen Wiesental, das in seiner mannigfachen Gestaltung und Umrahmung wohl den Wettbewerb mit manchen, vielbesuchten Plätzen und Plätzchen Deutschlands aufnehmen könnte. — dem Ruhbachtale. Seinen Namen hat dieses liebliche Tal von dem Ruhbach, der jetzt, zur Frühlings- und Sommerzeit, da die Wiesen mit Millionen farbenprächtiger Blumen übersät im Festtagsgewande stehen, langsam und geruhig sich durch sein vielfach gewundenes Bett schlängelt, in seinen vielen Windungen ein Bild der Mosel im kleinen. Manchmal nur, an einer kleinen Hemmung blinkert und ficht das silberblante Wasserlein auf wie ein lachendes Kind mit blanten Perlzähnen. Aber im Winter und Vorfrühling kann das ruhige Kind auch wild und toll werden, dann führt es, groß gesäumt durch Wasser der Berge, eine donnernde Sprache und man mag jetzt, im Sommer, nur sein viel zu weites Bett anschauen, um die Arbeit zu erkennen, die der jetzt ruhende Bach bei Hochgang leistet.

Beiderseitig an den Berghängen von schönen Waldungen flankiert, bildet das Tal dem Spaziergänger einen äußerst angenehmen Aufenthalt; und von welcher Stelle aus man auch das liebliche Talbild auf sich wirken läßt, von jeder hat es neue, anziehende Reize und namentlich unseren Arbeiterpensionären ist das Ruhbachtal ein lieber, gesuchter Ort.

Heute hat das Tal einen Abschluß gefunden durch den schön planierten Sportplatz des Turn- und Sportvereins Schnappach, denn im übrigen ist der Abschluß des Tales durch Asten- und Bergespalten möglichst verunglückt. Wenn wir uns nicht der „Geschäftsmache“ schuldig machen wollten, würden wir noch den „Grünen Baum“ mit seiner vielbesuchten Gartenwirtschaft erwähnen, und nachdem wir diesen Ort passiert haben, stehen wir schon drinnen in dem sinkenden Dorf, dem ehemals pfälzischen Grenzorte Schnappach.

Dieser, in dem Ruhbachtal gelegene Ortsteil, der meistens kleine, ehemalige Glashüttenarbeiterwohnungen enthält, ist eigentlich noch der am besten erhaltene Ortsteil, wenn auch die ehemaligen Glashütten und Glasmalereien in Trümmer gesunken und abgebrochen sind.

Viel übler ist dem Ort, der sich sonst eigentlich nur an der einen Hauptstraße, die sich in großem Bogen bergwärts nach St. Ingbert wendet, ausdehnt, mitgespielt worden.

Am südlichen Dorfausgange sind ganze Häuserkomplexe in Schutt gesunken und mußten abgebrochen werden. Die frühere Glashütte mit Arbeiterwohnungen, die Schulhäuser, eine Reihe Beamtenwohnungen, mehrere Gastwirtschaften und Geschäftshäuser, sowie Wohnungen von Privatleuten sind heute nicht mehr, oder nur als Ruinen sichtbar. Die evangelische Kirche, die auf malerischer Höhe mit ihrem Schlingengangs sich im Sommer gar lieblich ausnahm, ist als baufällig gesperrt.

An den noch stehenden, bewohnten Häusern sind an jedem die Spuren der Zerstörung sichtbar, und ob auch die franz. Grubenverwaltung beständig die Schäden zuschmiert und -kleistert, nur für wenige Tage oder Wochen ist's; und in den Mauern klaffen wieder Landbreite Risse und Spalte, und die arme Bevölkerung ist ständig im Umziehen und Wandern, um den notwendig gewordenen Reparaturen auszuweichen.

Derweilen gräbt und fördert die franz. Grubenverwaltung unter den Fundamenten ruhig weiter die Kohlen, die die frühere Verwaltung zur Sicherheit des Ortes stehen gelassen hatte.

Die Sache ist ja auch verurteilt einfach: Man rechnet aus, unter diesem verflügten Orte stehen so und so viele Millionen Tonnen Kohlen in gut gewinnbaren Flözen an. Diese Millionen Tonnen Kohlen ergeben beim Verkauf so und so viele Millionen Franken. Hiervon in Abzug die Gewinnungskosten und die Kosten

für den zu Bruch gewirtschafteten Ort Schnappach, bleibt immer noch ein Plus von vielen Millionen Franken zugunsten des französischen Staatskassels. Ob hierbei das Wohl und Wehe der Bevölkerung gewahrt bleibt, kommt nicht in Frage.

Da ich heute durch die sonst so laubere Straße des Ortes schreite, will Wehmut hier mein Herz beschleichen, denn es ist immer etwas Bedrückendes, sich sagen zu müssen: „Du wandelst auf einer dem Untergange geweihten Stelle!“ und besonders dann, wenn aus der Vergangenheit traute Bilder einer anderen Zeit herübergrüßen. Und Schnappach hat eine Vergangenheit; ein lustiges Völkchen wohnte dort, und meistens war was los im Schnappach. „Sena Schnappach!“ Im ganzen Saargebiet ist dieser Ausdruck bekannt, und der bezog sich wohl auf die Kirmes, die heute wohl immer noch viel Rummel aufweist, aber doch nur ein schwaches Abbild derjenigen von „früher“ ist.

Wenn das Schwinden des Ortes so weiterschreitet wie in den beiden letzten Jahren, dann wird man bald nichts mehr vom sinkenden, sondern vom versunkenen Dorf reden können.

## 50 jähriges Bestehen der Heil- und Pflegeanstalt Merzig a. d. Saar.

Landeshauptmann Dr. Horion,  
Gast der Saarregierung.

Am 30. Juli beging die Heil- und Pflegeanstalt Merzig die Feier ihres 50jährigen Bestehens. Die Feier, schlichtester Art, erhielt dadurch eine besondere politische Bedeutung, weil der Landeshauptmann der Rheinprovinz, Dr. Horion, einer Einladung der Saarregierung folgend, gemeinsam mit Vertretern der Saarregierung offiziell an der Feier teilnahm. Gegenüber dem bisherigen Verhalten der Saarregierung, die willkürlich gezogenen Saargrenzen möglichst hermetisch gegen jede offizielle Persönlichkeit abzuschließen, bedeutet das Zusammentreffen von Vertretern der Saarregierung mit einem offiziellen Vertreter der preussischen Provinzialverwaltung des Rheinlandes auf saarländischem Boden zweifellos einen Fortschritt, der festgestellt und anerkannt zu werden verdient. Von der Saarregierung waren der Präsident Stephens und Minister Kohnmann erschienen.

Der Direktor der Anstalt wies in seiner Begrüßungsansprache darauf hin, daß es manchem fremdlich erscheinen könnte, der noch in den alten Anschauungen über das Irrenhaus befangen sei, wenn man den Tag der 50. Wiederkehr der Gründung der Anstalt festlich begehe. Die Festfeier finde ihre Begründung in der Tatsache, daß die Heilanstalt für viele Kranke eine Stätte der Wiederherstellung ihrer Gesundheit sei, an die sie später gerne — und nicht, wie man landläufig noch vielfach annimmt, mit Schrecken zurückblicken, für viele anderen aber, die nicht mehr das Glück haben, zu ihren Eltern und Angehörigen zurückkehren zu können, sei die Heilanstalt eine Heimat geworden.

Nach ihm ergriff Minister Kohnmann das Wort im Namen der Abteilung Volkswohlfahrt der Regierungskommission des Saargebietes, zu der auch die Anstalt in Merzig gehört. Er begrüßte die Festversammlung, vor allem den Landeshauptmann Dr. Horion. Er führte u. a. aus: Daß der Landeshauptmann, Herr Dr. Horion, hierhergekommen ist, ist uns eine ganz besondere Ehre. Ich danke der Rheinprovinz, weil sie Anteil nimmt an einem Werke, das augenblicklich der Regierungskommission des Saargebietes unterstellt ist und das bis zum Ende des Krieges ihrer Obhut anvertraut war. Was wir nachher bei unserem Rundgang sehen werden, ist ihr Werk. Und dieses Werk ist mustergültig. Die Anwesenheit des Landeshauptmanns ist ein Zeichen für das gute Verhältnis, das zwischen der Regierungskommission des Saargebietes und der Rheinprovinz bestand und hoffentlich auch bestehen bleiben wird.

Landeshauptmann Dr. Horion dankte der Regierungskommission des Saargebietes für die freundliche Einladung und für die warmen Worte der Begrüßung durch Herrn Minister Kohnmann. Er spreche seine Befriedigung darüber aus, daß auf dem Gebiete des Wohlfahrtswesens Rheinprovinz und Regierungskommission einträchtig zusammenarbeiten und sich gegenseitig unterstützen. Die Summe von Not und Elend, die der Verwaltung anheimfällt, ist so groß, daß es hierfür keine Grenzen gibt und daß alles zusammenarbeiten muß. Er hoffe, daß auch in der Zukunft beide sich gegenseitig weiter unterstützen werden.

Nach der Besichtigung der Anstalt fand ein Festessen statt, bei dem Minister Stephens einige Worte der Begrüßung und des Dankes sprach. Die Regierungskommission hätte in der



Vergangenheit die Wünsche der Anstalt nach Möglichkeit erfüllt durch die Bemühungen seines Herrn Kollegen Rohmann. Diese Wünsche werde er auch in der Zukunft erfüllen.

Dann begrüßte er die Anwesenheit des Herrn Landeshauptmanns Dr. Horion, besonders als Präsident der Regierungskommission. Er könne ihm sagen, daß er sehr willkommen sei.

An sich sollte ja die Zusammenarbeit aller in Frage kommenden Faktoren und Stellen auf dem Gebiet der Irrenpflege, und wie überhaupt auf dem Gebiet der Caritas selbstverständlich sein. Die Saarregierung hat unter ihrem neuen Präsidenten den Anfang gemacht, zu besseren, natürlicheren Beziehungen, wenigstens auf dem neutralen Gebiet der Caritas zu kommen. Er würde den Ruf der Saarregierung neu begründen, wenn er auch ihren politischen Kurs mehr auf den ihres treuhänderischen Auftrages einstellen würde.

### Personalnachrichten.

**Pfarrer Klotz**, der Seelsorger der altkatholischen Gemeinde in Saarbrücken, vollendete kürzlich das siebente Decennium seines reichen Lebens. Nicht nur die Kreise, die mit dem Jubilar durch die Bande des gemeinsamen Bekenntnisses verbunden sind, sondern die ganze Bürgerschaft bringt dem schlichten und aufrechten Manne an seinem Ehrentage herzlichste Glückwünsche dar. In welcher segensreichen Weise Pfarrer Klotz über 40 Jahre lang der Saarbrücker Gemeinde seine Dienste lieh, hat sich schon gelegentlich seines Priesterjubiläums gezeigt. Als wahrhafter Christ ist er immerdar nicht nur in Wort und Schrift, sondern auch mit der Tat für die sittlichen Ziele seiner religiösen Ueberzeugung eingetreten und hat sich durch sein verständliches, offenes und hilfsbereites Wesen Anerkennung und Dankbarkeit gesichert. Er kannte in seinem Streben keinen Gegensatz der Konfessionen, wie er auch als Mensch und Bürger immer bereit gewesen ist, Gegensätze auszugleichen und zu überwinden. Möge dem Jubilar noch ein langer Lebensabend beschieden sein.

**Bergrat Friedrich Eberhardt** †. Am 4. August ist nach längerem Krankenlager Herr Bergrat Friedrich Eberhardt im Ministerium für Handel und Gewerbe in Berlin gestorben. Der Verstorbene stammt aus Altenwald (Saargebiet). Nach dem Besuch des Saarbrücker Gymnasiums trat er als Zivilanwärter bei der Saarbrücker Bergverwaltung ein, um bald nach bestandenen Schichtmeister- und Sekretär-Examen in Ministerium für Handel und Gewerbe berufen zu werden. Ueber ein ganzes Menschenalter hat er hier in erfolgreichster Weise gewirkt und sich die höchste Anerkennung seiner vorgesetzten Behörde erworben. Verschiedene Ordensauszeichnungen, die Verleihung des Titels Rechnungsrat und noch vor kurzem des Charakters Bergrat sind Beweise dafür, welche hohe Anerkennung seine Verdienste gefunden haben. Als geborener Saarländer hat Herr Bergrat Eberhardt den Bestrebungen des Bundes der Saarvereine und der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ das größte Interesse entgegengebracht, mehrere Jahre hindurch ist er der ehrenamtliche Revisor der Jahresabrechnungen der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ gewesen, bis er diese Tätigkeit infolge seiner Arbeitsüberbürdung in andere Hände legen mußte. Herr Bergrat Eberhardt persönlich gekannt hat, hat ihn als einen wahrhaft aufrechten deutschen Mann mit den besten Charaktereigenschaften außerordentlich verehrt und geliebt. Ganz besonders geschätzt wurde er in Kreisen seiner Freunde, denen er stets gefällig und entgegenkommend gewesen ist. Wie selten jemand, kann er als treuherziger Familienvater gerühmt werden, dessen ganzes Lebensziel es war, nach gewissenhafter treuer Pflichterfüllung sein Glück im Kreise seiner Familie zu suchen, für die er von morgens früh bis abends spät bis zu seinem Lebensende gewirkt und gearbeitet hat und deren Wohlergehen seine einzige und ganze Sorge gewesen ist. Ein arbeitsreiches Leben ist beendet. Alle, die den Verstorbenen gekannt haben, werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

★

**Todesfälle.** Saarbrücken: Ludwig Dieck, 51 Jahre; Frau Wwe. Therese Clemens, geb. Ganzer, 70 Jahre; Frau Sophie van Hees, geb. Rausch, 42 Jahre; Frau Wwe. Wilhelm Kronenberger, geb. Dilschler, 69 Jahre; Frau Wwe. Katharina Jung, geb. Sams, 53 Jahre; Frau Wwe. Andreas Jost, 53 Jahre; Frau Wwe. Franz Günther, Sophie geb. Bron, 86 Jahre; Frau Josephine Bonerz, geb. Theisen, 31 Jahre; Frau Katharina Lauer, geb. Giesen, 54 Jahre; Frau Adam Babel, geb. Karoline Jungfleisch, 51 Jahre; Frau Elisabetha Merker, geb. Henrich, 19½ Jahre; Frau Wwe. Jakob Beder, Maria geb. Weber, 73 Jahre; Peter Wilh. Maul, 75 Jahre; Marg. Hanau, 74 Jahre; Frau Peter Gillet, Margarete geb. Antont, 54 Jahre; Ferdinand Rosad, 40 Jahre;

Frau Karoline Müller, geb. Wegemann, 80 Jahre; Karl Schwarz, 60 Jahre; Joseph Lonsdorfer, 79 Jahre; Andreas Lonsdorfer, 40 Jahre; Frau Elise Lambert, geb. Levy, 78 Jahre; Frau Gustav Kunze, Emilia geb. Schmidt, 78 Jahre; Kaufmann August Werle, 71 Jahre; Julius Marx, 45 Jahre; Frau Hedwig Wahlster, geb. Neumüller, 31 Jahre; Frau Adolf Wagner, geb. Müller, 67½ Jahre; Hermann Levinger, 48 Jahre; Max Ziz, 70 Jahre; Leo Heppel, Dr. med. Paul Hohohm; Philipp Strauch, 60 Jahre; Ludwig Niedner, 74½ Jahre; Peter Klinkhammer, 78 Jahre; Joh. Heinrich Erkel, 65 Jahre; Frau Wwe. Maria Rhoden, geb. Eltges, 73 Jahre; Frau Friedr. Schmidt, Anna geb. Laug, 32 Jahre; Ludwig Dieck, 51 Jahre; Albert Witt, 17 Jahre; Robert Dahm, 42 Jahre; Frau Wwe. Maria Graf, geb. Thiele, 68 Jahre; Berta Wüst, 21 Jahre; Jakob Brausch; Johann Riemann; Fräulein Hedwig König, 52 Jahre; Salli Marcus; Frau Wwe. Klara Grub, geb. Wittig, 63 Jahre; Frau Elisabeth Krämer, geb. Robertus, 78 Jahre; Frau Wwe. Friedrich Pfeiffer, geb. Beder, 71 Jahre; Georg Bernardi; Walter Prüßner, 49 Jahre; Bernhard Niebes, 21 Jahre; Johann Klein, 67 Jahre; Franz Birk; Eleonore Kleber, geb. Woytt, 84 Jahre; Michael Friedrich Ehret; Frau Wwe. Philipp Kemp, geb. Bolan, 62 Jahre; Heinrich Ries, 75 Jahre; Nikolaus Thiele, 80 Jahre; Frau Anna Bödner, geb. Müller, 56 Jahre; Frau Wwe. Maria Rhoden, geb. Eltges, 73 Jahre; Ernst Mauer, 34 Jahre; Heinrich Bannehr, 52 Jahre; Frau Maria Heigl, geb. Wöhler, 54 Jahre; Frau Sophie Schmidt, geb. Brenner, 51 Jahre. — **Brebach:** Nikolaus Klöder; Johann Diesinger, 77 Jahre; Frau Karoline Regert, geb. Bah, 70 Jahre. — **Neufchingen:** Paul Bender. — **Güdingen:** Johann Schumacher, 75 Jahre. — **Hanweiler:** Frau Sophie Luise Kühn, geb. Kolbenlag, 64 Jahre. — **Saßbrücke:** Frau Wilhelmine Liebenstein, geb. Wunn, 59 Jahre. — **Scheidt:** Frau Sophie Schmitt, geb. Kable, 48 Jahre. — **Herrenlohr:** Hermann Prümm, 46 Jahre. — **Gersweiler:** Jakob Kunz, 59 Jahre; Karl Herrmann, 61 Jahre. — **Rodershausen:** Adolf Wunn. — **Dudweiler:** Johann Kiefer, 69 Jahre; Johann Braun, 48 Jahre. — **Sulzbach:** Frau Wwe. Carl Groß, Wilhelmine geb. Eisenbeiß, 77 Jahre; Frau Ottilie Franziska Graus, geb. Augustin, 35 Jahre; Albert Grust, 20 Jahre. — **Heinich:** Ludwig Jakob, 40 Jahre. — **Spiesen:** Frau Berta Marzlin, geb. Ritsch, 33 Jahre. — **Bildhof:** Georg Kirsch, 28 Jahre; Thomas Brück, 72 Jahre; Julius Püh, 17 Jahre. — **Neunkirchen-Saar:** Georg Gentes, 54 Jahre; Frau Wwe. Malermeister Robert Weis, Maria geb. Volz, 75 Jahre; Karl Fels, 56 Jahre; Ludwig Enderlein, 45 Jahre; Frau Agnes Scheibenreif, geb. Pelizaeus, 53 Jahre; Katharina Diehl, 38 Jahre; Jakob Hollinger, 42 Jahre; Fräulein Mathilde Ohm, 18 Jahre; Frau Eduard Braun, Philippine geb. Anschütz, 65 Jahre; Johann Schmidt, 58 Jahre; Peter Bleyer, 62 Jahre; Frau Katharina Jung, geb. Commercon, 35 Jahre; Frau Babette Wolff, geb. Weiß, 74 Jahre; Christian Fried, 72 Jahre; Wilhelm Ebert, 18 Jahre. — **Wieselstirchen:** Valentin Hoppstädter, 61 Jahre; Frau Wwe. Karoline Willie, geb. Lustig, 57 Jahre; Konrad Volz, 52 Jahre; Christian Bettinger, 59 Jahre. — **Landsweiler:** Maria Thiel, 22 Jahre; Mathias Weber, 72 Jahre. — **Ottweiler:** Ludwig Köhler, 39 Jahre; Frau Wwe. Valentin Volz, Maria Elisabeth geb. Volz, 78 Jahre; Albert Mehger, 30 Jahre; Ludwig Friedrich Reinschagen, 60 Jahre; Hermann Preßer, 18 Jahre. — **St. Wendel:** Kaufmann Hermann Wildmann, 65 Jahre. — **Wingen:** Johann Mohr, 54 Jahre; Frau Heinrich Peter, geb. Maria Daniel, 38 Jahre. — **Wellesweiler:** Adam Keller, 82 Jahre. — **Walpershofen:** Eduard Lier; Georg Melchior, 73 Jahre. — **Dillingen:** Frau Katha Reisch, geb. Köhr, 53 Jahre; Kaufmann Peter Hussinger, 55 Jahre. — **Saarlouis:** Fräulein Luise Blasberg, 20 Jahre; Michael Nadler, 57 Jahre; Heinrich Disqué; Frau Albert Kalbach, Margarete geb. Spoo, 26 Jahre. — **Kraulautern:** Franz Baston, 38 Jahre. — **Bisdorf:** Jakob Rneip, 18 Jahre. — **Wadgassen:** Frau Nikolaus Weis, Elisabeth geb. Wilhelm, 62 Jahre. — **Picard:** Frau Wwe. Johann Gehl, Maria geb. Berfin, 78 Jahre. — **Besseringen:** Frau Wwe. Franz Weis, Maria geb. Wagner, 65 Jahre. — **Mertz:** Ernst Bodo Thiel, 24 Jahre; Johann Collmann, 26 Jahre. — **Niedersalbach:** Peter Beder, 65 Jahre. — **St. Ingbert:** Joseph Kehnhausen, 66 Jahre; Adolf Beer, 75 Jahre; Margarete Mohrbacher, geb. Omlor; Frau Elisabetha Bek, geb. Haas, 66 Jahre; Philipp Sammel, 57 Jahre. — **Schnappach:** Frau Wwe. Bernhard Koch, geb. Koch, 78 Jahre. — **Mittelbergbach:** Paul Neurohr, 48 Jahre. — **Wiesstattel:** Frau Barbara Dawa, geb. Bieth, 63 Jahre. — **Düppenweiler:** Nikolaus Lutz, 63 Jahre. — **Merlenbach:** Theodor Lemmes, 58 Jahr. — **Herbigheim:** Johann Sand, 76 Jahre.



## Die deutsche Saarjugend am Rhein.

„Deutsch ist die Saar, deutsch immerdar!“ Mit diesem Liebesmarschierten am Samstag vor acht Tagen 186 jugendliche Saarländer in Köln ein. Galt es doch, dort ein Bekenntnis der Treue für das Reich abzulegen. Nachdem am Vormittag des folgenden Sonntags die Stadt kurz besichtigt war, stellte man sich am Nachmittag zum Festzug am Neumarkt auf. Groß war die Begeisterung der Kölner Bevölkerung, als die Saarjugend, darunter auch 23 Teilnehmer aus Neunkirchen, mit ihren Wimpeln und dem Schilde mit der Losung „Treudeutsch allewege!“ auf dem Festplatz anmarschierten. Eine leise Rührung überkam alle Teilnehmer, als auf einmal die alten Grubenfahnen des Saargebietes unter Begleitung der Köhlingischen Werkstapelle, voran die Fahne der deutschen Republik, auf dem Platz erschienen. Von allen Seiten wehten Tücher und Fahnen, und manches Auge zeigte Tränen Spuren über die Begeisterung, die in den jungen Saarherzen loderte. Nachdem der Festzug endlich in der Messehalle angekommen war, begann die eindrucksvolle Rundgebung. Die einzelnen Reden, welche schon am Montag in den hiesigen Tageszeitungen veröffentlicht wurden, zeigten, daß unsere liebe Saarheimat noch nicht vergessen ist und das ganze deutsche Volk einmütig an dem Wohl und Wehe unserer Saarheimat teilnimmt. Den Schluß des herrlich verlaufenen Tages bildete ein Festabend im Rudolf-Saale vereint mit der Kölner Jugend. Hier kamen auch unsere jungen Leute zum Wort. Nachdem der Vorsitzende der Neunkircher Ortsgruppe „Deutsche Saar“ ein Gedicht: „An mein Vaterland“ vorgelesen hatte, sprach der Vorsitzende des Verbandes einige begeisterte Worte, worauf sich die Jugend mit ihrem Grusse: „Treudeutsch allewege“ verabschiedete.

Am Montag vormittag ging die Reise nach Düsseldorf zur Geselei. Von einem Erstaunen ins andere kam man über den deutschen Fleiß und Kunstverstand. Alles Erlebte aufs Papier zu bringen ist unmöglich, denn es war des Guten beinahe zu viel. Als am Abend auch hier das Saarländlied erklang, brach ein tausendfaches Hoch auf das Saar- und Rheinland aus. Am Dienstag vormittag ging die Fahrt weiter nach der deutschen Universitätsstadt Bonn. Auch hier wurden uns die Herzen warm über den herzlichen Empfang. Ein gutes Mittagessen war von den dortigen Mitgliedern des Saarvereins hergerichtet, und nachdem alle hungrigen Mägen gesättigt waren, zogen wir mit Gesang durch die Stadt zum Rhein, um nach Königswinter zum Drachensfels überzufahren. Stolz steht auch dieser Fels immer noch am Rhein und läßt seine Ruine weit als deutsches Schutzmal ins Land ragen. Von hier ging es am Abend weiter nach dem rheinischen Weinstädtchen Braubach. Waren die Herzen schon beinahe über voll von dem Gehörten und Gesehenen, so sollte dieser Abend der Glanzpunkt der Fahrt sein. Die ganze Stadt ließ es sich nicht nehmen, mit ihrem Stadtoberhaupt und der städtischen Musikkapelle die Saarjugend zu empfangen. Trotz der zweistündigen Verspätung war noch alles auf den Beinen und wohlge lungen trug der Männergesangsverein der Stadt zwei herrliche deutsche Lieder vor. Nachdem der Bürgermeister eine kurze, aber herzliche Willkommenrede gehalten hatte, dankte der Verbandsleiter des Jugendverbandes, Herr Würz aus Köllingen, und brachte ein Hoch auf das deutsche Vaterland aus, welches begeistert aufgenommen wurde. Nach dem Gesange der Saarjugend: „Deutsch ist die Saar!“ ging es im Marschtempo zum Nachtlager, und müde von des Tages Lasten lagen bald 186 Saarländer am deutschen Rhein im tiefen Schlaf. Am Mittwoch, dem letzten Reisetage, ging es nach einem vortrefflichen Frühstück, welches von der Braubacher Bevölkerung gestiftet war, auf dem Dampfer nach Ahmannshausen. Vorbei an den Rheinfelsen und Weinbergen, und wunderbar erklang bei der Vorbeifahrt am Loreleyfelsen das deutsche Volkslied: „Ich weiß nicht, was soll es bedeuten!“ In Ahmannshausen angekommen, begann sofort der Aufstieg zum Nationaldenkmal auf dem Niederwald. Nach einer kurzen Rast wurde in der grandiosen Umgebung die feierliche Wimpelweihe der Ortsgruppe Riegelsberg vorgenommen. Mit dem Schwure: „Treudeutsch allewege!“ marschierte man auch von dieser Stätte, um die Heimreise anzutreten. Um 10 Uhr Mittwoch abend stiegen die an Erfahrung und Erinnerungen reicher gewordenen jungen Rheinfahrer in Neunkirchen aus, wo schon die meisten von den Eltern erwartet wurden, und es begann ein Erzählen von dem Gehörten und Gesehenen, das kein Ende nehmen wollte. Wohl nie im Leben werden bei sämtlichen Teilnehmern diese Stunden in Vergessenheit geraten. Ein herzlicher Dank allen denen, die uns überall so warm empfingen und uns die Tage so wunderbar verschönten.

Kurt Krämer,  
Vorsitzender der Jugendgruppe „Deutsche Saar“, Neunkirchen.

## Vom „Bund der Saarvereine“.

§ Ortsgruppe Leipzig des Bundes der Saarvereine. In der vergangenen Woche weilten 30 jungdeutsche Turnermädels und Jungens aus dem bedrängten Saargebiet in Leipzig. Sie wurden auf dem Hauptbahnhof vom Vorstände der Turn- und Sportgemeinde Leipzig-Lindenau 1848 und dem Vorstand des hiesigen Saar- und Pfalz-Vereines mit einem „Gutheil“ beim Einlaufen des Zuges begrüßt. Im geschlossenen Zuge, vornweg vier Saarwimpel der Turner, ging es mit fröhlichem Turnergesang zur Charlottenhofturnhalle. Dort hatte die Turn- und Sportgemeindefeststellung genommen, und mit einem dreifachen Gutheil begrüßt, erfolgte schnellstens die Ausgabe der Quartierkarten und dann erfrischten sich die Saarturner mit einem Bad in dem schönen Freibassin der Turngemeinde. Abends 8 Uhr war die Turngemeinde versammelt, um einige fröhliche Stunden mit den Saardeutschen Jungturnern zu verleben. Die Kapelle der Turngemeinde sowie der Gesangsverein derselben überboten sich in ihren Leistungen, während die Saarturner Volkstänze ausführten sowie Rezitationen in der Saarbrücker Mundart vortrugen. Nachdem vorher der Vorsitzende der Turngemeinde, Herr Weller, herzliche Worte der Begrüßung fand, während der Vorsitzende des Saar- und Pfalzvereines, Herr Sester, seine Landsleute ebenfalls herzlich willkommen hieß und außerdem der Turngemeinde den Dank aussprach für die Gastfreundschaft. Alle saardeutschen Turner waren in Privatquartieren bei den Turnbrüdern des Vereins 1848 untergebracht. Es braucht wohl nicht erwähnt zu werden, daß die Lindenauer Turnbrüder alles hergaben für die jungen saardeutschen Turner. Das beste Bett und die größten Butterbrote. Tipp hieß es allgemein. Am anderen Tage wurden unter Führung der vorgenannten Vorstände besichtigt das Bismarckdenkmal, die Universitätsbibliothek, das Gewandhaus, das Reichsgericht, das neue Rathaus, der Zoo und das Völkerschlachtdenkmal. Allwärts bekamen die jungen Saarturner freien Durchgang, mindestens aber eine sehr wesentliche Ermäßigung. Nur der geschäftstüchtige Herr Direktor des Palmengartens sagte, wie kommen wir dazu, eine Ermäßigung zu geben, wir müssen unser Institut erhalten und können keine Rücksicht nehmen auf die Saarländer. Wohlgemeint, die Turner wollten nur durchmarschieren, erboten sich sogar, die Hälfte des Eintritts zu zahlen, der 25 Pfennig kosten sollte. Aber nein, der Herr Direktor war geschäftstüchtig, er wollte alles haben. „Ei, dem bloßen wir ens“, sagten die Turner und gingen den Umweg, der ihnen bei gutem Willen des Herrn Direktors erspart geblieben wäre. Ob er ein Franzosenfreund ist? So hätte er 33 x 10 Pfg. doch erhalten, und so bekam er nichts, und die Saardeutschen werden das ankreiden. Am Völkerschlachtdenkmal hielt Herr Sester eine kurze Ansprache, unter Bezugnahme auf den 6. August, die Schlacht bei Spichern, und die Turner reckten die Finger gen Himmel und sangen den Treuschwur des Jungsaarvolkes, der so einfach und doch so wichtig klingt. Am Abend fand eine ernste Feier am Gögdenkmal im Gögdenpark statt, wofelbst die saardeutschen Turner eine Urkunde überreichten. Nach derselben waren alle Turnbrüder und -schwestern der Lindenauer Turngemeinde mit den Saardeutschen zusammen, um Abschied zu feiern. Es waren herzliche Worte, die gewechselt wurden. Jungsaarvolk wird diese Stunden nicht vergessen.

Der „Saarverein“, Ortsgruppe Stettin, e. V., hielt im Gartenrestaurant „Lindenhof“ am 9. Juli, abends 8½ Uhr, im Beisein von 19 Mitgliedern und Gästen unter Vorsitz des 1. Schriftführers Oberzahlmeisters a. D. Schmidt seine 14. und am 13. August 1926 unter dem 1. Vorsitzenden Oberregierungsrat Dr. Stegner mit 16 Anwesenden, darunter 2 Deutsch-Amerikanerinnen, die 15. Mitgliederversammlung ab. Als ein neuer Erfolg der Ortsgruppe kann gebucht werden, daß auf ihren Antrag der Magistrat der Stadt Belgard eine seiner Straßen „Saarstraße“ benannt hat und daß auch in Naugard eine entsprechende Umbezeichnung der dortigen „Gartenstraße“ bevorsteht; gleiche Anregungen bei anderen Stadtverwaltungen werden fortgesetzt. An der 6. Tagung des Bundes der Saarvereine in Köln a. Rh. am 14. und 15. August d. Js. wird als Vertreter der Ortsgruppe Eisenbahnoberinspektor Tatsch sich beteiligen. In den Herstellungen- und Druckkosten der aus genanntem Anlaß erschienenen „Saarfreund“-Festnummer bewilligte die Ortsgruppe einen Beitrag von 10 M. Von den seitens der Geschäftsstelle „Saarverein“ herausgegebenen Kupfertiefdruckarten „Saarland“ wurden zum Abschluß unter den Mitgliedern 60 Stück bestellt. Von einer Empfehlung der in Saarlouis verlegten „Heimatblätter“ bei den Mitgliedern wurde mit Rücksicht auf die von der Zentrale herausgegebenen „Saarheimatbilder“ abgesehen. Auf den in Kürze erscheinenden „Saarkalender 1927“ wurden 9 Bestellungen entgegen genommen. Mit der Werbung weiterer Vereinsmitglieder ist erneut begonnen worden. Nachdem inzwischen wieder 3 Anmeldungen erfolgt sind, beträgt die Mitgliederzahl gegenwärtig 33. Durch Vermittelung der Ortsgruppe konnte auf dem Rittergute ihres Mitgliedes Dr. Fritz Köhling zu Ribbelsdorf bei



Greifenberg (Rom.) der Sohn eines angesehenen Bürgers aus Neunkirchen (Saar) für längere Zeit erholungshalber untergebracht werden, wofür Herrn Rittergutsbesitzer Dr. Köhling an dieser Stelle nochmals besonders gedankt sei! In letzter Zeit beteiligte sich die Ortsgruppe vielfach durch Entsendung von Vertretern an den Veranstaltungen von Heimatverbänden und Vaterländischen Vereinigungen. Für das Wintersemester ist ein Vortrag des 1. Vorsitzenden über das Saargebiet an der Universität Greifswald in Aussicht genommen. Von Frau Dr. Tschund wurde dem Verein ein gebundenes Buch zwecks Einzeichnung der zu den Monatsversammlungen erscheinenden Mitglieder und von Frau Bankdirektor Wehlag eine Vereinslocke gestiftet; beiden Damen sei gleichfalls hier erneut herzlichster Dank ausgesprochen! Dem Ehepaar Dillow wurde anlässlich der Silberhochzeit am 3. August d. Js. vereinsseitig eine Spende überreicht; dem Jubelpaare auch hier nochmals innigsten Glückwunsch! — Schluß der Sitzungen: 1 Uhr nachts.

§ Ortsgruppe Dortmund des Bundes der Saarvereine. Recht zahlreich hatten sich die Mitglieder am Bahnhof trotz der frühen Mittagsstunde zu dem Ausflug nach Königsborn eingefunden, der vom schönsten Wetter begünstigt war. Zunächst ging es zum allgemeinen Kaffeetrinken in die schön gelegene Kaffeewirtschaft von Böttcher im Wäldchen des Bades von Königsborn. Man labte sich an Kaffee und mitgebrachtem Gebäck. Gegen 5 Uhr wurde sodann die ganze Gesellschaft unter Führung ihres Vorsitzenden Herr Dr. Weise in den wunderbaren Kurpark des Bades, zu dem Herr Dr. Weise den Eintritt unentgeltlich vermittelt hatte, geführt. Man konnte den hübschen Weisen der Kurkapelle lauschen. Nach einem Rundgang durch den herrlichen Kurgarten ging es wieder zur Kaffeewirtschaft von Böttcher zurück. Jetzt kam die Jugend zu ihrem Recht, die sich mit Wettlaufen, Blindenküßspielen usw. ergötzen, bis der vorgerückte Tag zur Rückfahrt mit dem letzten Zuge mahnte. Die Stunden wurden verschönt durch Klavierkonzerte und Vorträge von Liedern zur Laute, die Fr. Pieh zu Gehör brachte. — Es wäre zu wünschen, daß die Mitglieder den Versammlungen das gleiche Interesse wie zu einem Ausflug entgegenbrächten.

§ Ortsgruppe Dortmund des Bundes der Saarvereine. Landsmann Ost eröffnete gegen 6 Uhr die August-Versammlung im Restaurant Berghoff in Abwesenheit des verhinderten Vorsitzenden Bergdirektor Dr. Weise. Die Versammlung war in Anbetracht der Ferien nur mäßig besucht. Das von Landsmann Berckessel verlesene Protokoll der letzten Versammlung wird angenommen. Hierauf bepricht der Versammlungsleiter die am 13., 14. und 15. August stattfindende Saartagung in Köln am Rhein, deren reger Besuch den Versammlungsteilnehmern besonders ans Herz gelegt wird. Von der Versammlung wird mit Befriedigung davon Kenntnis genommen, daß der auf Anregung des Saarvereins Dortmund zustandgekommene Feriensonderzug am 3. August 1933 abends pünktlich Dortmund verlassen hat, um über Herne, Wanne, Gelsenkirchen, Altenessen, Oberhausen, Duisburg, Köln, Koblenz und Trier die Reise nach dem Saargebiet anzutreten. Zur Teilnahme an der Fahrt an dem Sonderzug haben sich etwa 900 Landsleute gemeldet, von Dortmund allein weit über 100. Von der Versammlung wird angeregt, im nächsten Jahr einen gemeinsamen Rückzug mit Fahrpreisermäßigung fahren zu lassen. Der Versammlungsleiter verspricht diesbezügliche Schritte demnächst zu unternehmen. Schluß der Sitzung gegen 7,30 Uhr.

§ Die Ortsgruppe Castrop-Rauxel des Bundes der Saarvereine hielt am 25. Juli in ihrem Vereinslokal eine Monatsversammlung ab, zu der die Mitglieder in stattlicher Zahl erschienen waren. Nach der Aufnahme neuer Mitglieder und Erhebung der Jahresbeiträge wurde die Teilnahme an der Bundestagung in Köln a. Rh. eingehend besprochen. Zur Fahrt nach Köln meldeten sich über 40 Teilnehmer. Im Laufe des Abends wurde dann vor allen Dingen die Bestellung der Halbmonatsschrift „Saar-Freund“ warm empfohlen, nachdem sich über 25 Bezahler bereits gemeldet hatten. Möge unsere kleine Ortsgruppe eine recht gute Entwicklung nehmen.

§ Die Ortsgruppe Ibbenbüren des Bundes der Saarvereine hat auf Grund von Verhandlungen erreicht, daß das Tecklenburger Kreisblatt die von uns herausgegebene, allen anderen Ortsgruppen ebenfalls bekannte Druckschrift „Die Saarlüge“, von Rechtsanwalt und Notar Giersberg-Magdeburg, vollständig veröffentlicht hat. Diese Art der Aufklärungsarbeit erscheint uns so wichtig, daß wir hierdurch den anderen Ortsgruppen davon Kenntnis geben mit der Bitte, bei den örtlichen Zeitungen entsprechende Schritte unternehmen zu wollen.

§ Der Saar-Verein, Ortsgruppe Düsseldorf, veranstaltete am Sonntag, den 11. Juli, einen Ausflug mit einem Motorboot nach Jons. Um 2,30 Uhr nachmittags wurden die Rotten des Bootes, das ungefähr 150 Personen faßte, gelöst, und stolz zog es seinen Weg durch die Fluten den Rhein hinauf. Während der Fahrt wurden frohe lustige Weisen unter Begleitung der mit-

genommenen und für den Tag verpflichteten Musiker hinaus in den sonnigen, schönen Sonntag gefubelt. Gegen 6 Uhr landete der Verein in Jons. Nach einer kurzen Kaffeepause, während der der 1. Vorsitzende, Herr Dr. Kill, die teilnehmenden Mitglieder und Gäste herzlich begrüßte und einige Vereinsangelegenheiten besprach, wurde eine Besichtigung des Städtchens, das sehr viele idyllische Reize bietet, und der alten historischen Festungsüberreste vorgenommen. Nach der Besichtigung trafen sich alle Teilnehmer wieder in dem Ausgangslokal, wo bei Sang, Tanz und Spiel die Anwesenden sich noch einige Stunden erfreuten. Auch die Rückfahrt war von dem denkbar besten Wetter begünstigt, so daß auch auf der Fahrt zu Tal die schönste Stimmung die Ausflügler mit sich riß.

§ Die Ortsgruppe Krefeld des Bundes der Saarvereine, welche infolge der Besetzung Krefelds durch die Belgier eine sehr lange Zeit hindurch völlig ruhen mußte, ist neuerstanden und wiedergegründet worden. Die Wiedergründungsversammlung fand am Dienstag, den 27. Juli d. Js., statt. Damen und Herren aus dem Saargebiet, also geborene Saarländer, hatten sich in ansehnlicher Zahl eingefunden. Nach einer Begrüßungsansprache des Herrn Einfahrer Bach schritt man zur Wahl des provisorischen Vorstandes. Erfreulicherweise ist es gelungen, den viel beschäftigten Arzt, Herrn Dr. Speicher aus Püttlingen, trotz seiner großen Inanspruchnahme als 1. Vorsitzenden zu gewinnen. Die Wahl erfolgte einstimmig, nachdem Herr Einfahrer Bach gern die Zulage gegeben hatte, das Schriftführeramt zu übernehmen. Die weiteren Vorstandsmitglieder sollen in der nächsten Hauptversammlung gewählt werden. Es wurde dann beschlossen, zu der Bundestagung am 14. August Vertreter nach Köln zu entsenden, am Sonntag, den 15. August, aber in möglichst stattlicher Anzahl an der deutschen Kundgebung für Rhein, Pfalz und Saar anlässlich der 6. Tagung des Bundes der Saarvereine in Köln teilzunehmen. Den Mitgliedern wurde empfohlen, den „Saar-Freund“, das vortrefflich redigierte Mitteilungsblatt des Bundes der Saarvereine, bei der Post zu bestellen.

§ Die Ortsgruppen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet haben in Gemeinschaft mit dem vor längerer Zeit gewählten sogenannten Verbindungsmann, Herrn Seminaroberlehrer Debusmann, Essen, einen Sonderzug nach dem Saargebiet zusammengestellt. Dieser Sonderzug fuhr am 3. d. M. mit 800 Teilnehmern von Dortmund nach Saarbrücken. Die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ hat aus diesem Anlaß an Herrn Debusmann, Essen, folgendes Telegramm gesandt: „Zur Saar-Heimathahrt allen Teilnehmern herzliches Glück auf Saarverein, Vogel“. Von dem Vorsitzenden der Ortsgruppe Mülheim an der Ruhr, der an der Fahrt beteiligt ist, ist der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ folgendes Antworttelegramm zugegangen: „Beim Betreten des Heimatbodens senden die 800 Saarländer des Sonderzuges treudeutsche Saargrüße, Rodler“.

§ In Marburg a. L. fand in der zweiten Juliwuche die Grenzlandwoche des Kreises V der Deutschen Studentenschaft statt. In einer Reihe von Vorträgen wurde die Lage der Grenzlanddeutschen ziemlich erschöpfend behandelt. Die Vorträge über das unsere Leser wohl am meisten interessierende Gebiet, nämlich den Westen, erstreckte sich auf Elsaß-Lothringen von Professor Krenker-Berlin, auf das Saargebiet von Rechtsanwalt Giersberg und auf die Probleme des deutschen Westens, überhaupt unter besonderer Berücksichtigung der Rheinprovinz und der Pfalz, von Professor Rühlmann-Berlin. Rechtsanwalt Giersberg schilderte den unseren Lesern bekannten Kampf der Einwohner des Saargebiets um ihr Deutschtum. Er gab die Entstehungsgeschichte des Versailler Vertrages unter besonderer Berücksichtigung der Saarlüge, zeigte den Mißbrauch, den Frankreich durch seinen Einfluß in der Regierungskommission und als Besitzer der Kohlengruben und als Inhaber der Zollgewalt im Saargebiet getrieben habe und legte das französische Ziel der Gewinnung des Saargebiets dar. Wenn er auch die Erfolge, die der treudeutschen Haltung der Bevölkerung zu danken sind, aufzeigen konnte, mußte er trotzdem auf die Wichtigkeit dieses Kampfes und auf die Tatsache hinweisen, daß Frankreich sein Ziel nicht aufgegeben hat, und daß dieses Ziel der Gewinnung des Saargebiets nur ein Teil des Gesamtziels Frankreich ist, das nach wie vor darauf gerichtet ist, das ganze Land des linken Rheinufers auf irgendeine Weise in französischen Besitz zu bringen. Diesen Kampf um das Rheinland schilderte eingehend und in packendster Weise Professor Dr. Rühlmann, Berlin. Die Veranstaltung des Kreises V der Deutschen Studentenschaft kann als wohl gelungen bezeichnet werden. Es ist sehr dankbar von der Deutschen Studentenschaft, daß sie durch derartige Veranstaltungen unsere akademische Jugend über diese Fragen aufklärt und an ihrem Teil zu erreichen sucht, daß die vielfach herrschende, betrübliche Ungewißheit über die Schicksalsfragen des deutschen Volkes beseitigt wird.



**Saarpvortrag an der Hochschule in Stuttgart.** Der Anregung der Geschäftsstelle Saarverein folgend, hatte die Studentenschaft der Technischen Hochschule in Stuttgart die Veranstaltung eines Vortrages über die Saarfrage übernommen, für den ihr als Redner von der Geschäftsstelle Herr Landgerichtsdirektor Dr. v. Kraewel, Frankfurt a. M. zur Verfügung gestellt worden war. Der Vortrag fand am 12. Juli in dem großen Hörsaal des Hochschulgebäudes vor einer zahlreichen Zuhörerschaft statt. Der Vortragende begann seine Ausführungen damit, daß das Saargebiet, seit dem Verlust Elßaß-Lothringens wieder zum Grenzland geworden, das Schicksal jedes Grenzlandes teile, daß es nämlich im weiteren Kreise verhältnismäßig wenig bekannt sei. Und doch verdiene es allgemein bekannt zu werden. In der Krone der deutschen Länder erstahle das Saargebiet als ein heller, leuchtender Edelstein. Der Zauber seiner Landschaft, das gewaltige Zusammenfließen von Natur und menschlicher Schaffensfreude, die Kernhaftigkeit seiner Bevölkerung übten großen Reiz und Anziehungskraft aus. Als drittgrößtes Industriegebiet Deutschlands fordere es besonderes Interesse. Daher sei es seit Jahrhunderten der Gegenstand französischer Begehrlichkeit gewesen, die aber nur während kurzer Perioden zur Zeit Ludwigs XIV. und Napoleons I. verwirklicht worden sei. Wie in jenen Zeiten, sei auch heute die Fremdenherrschaft dort nur möglich geworden, weil Frankreich eine übermächtige Stellung gewonnen habe, Deutschland in sich zerrissen und uneinig zu politischer Ohnmacht verurteilt sei. Erst wenn dieses unnatürliche Verhältnis beseitigt sei, wenn Deutschland seine Machtstellung wiedergewonnen habe, auf die es nach seiner Vergangenheit, seiner Kultur und nach den starken, in seinem Volkstum wurzelnden geistigen Kräften begründeten Anspruch habe, erst dann werde das Saargebiet wieder wirklich und dauernd von der jetzt herrschenden fremden Willkür frei werden. Bessere herrsche ungeschminkt, und es mule selbst an, in unserem Zeitalter der Demokratie und des Parlamentarismus hier auf ein — noch dazu deutsches — Land zu treffen, das einer rein absolutistischen Regierungsform unterstellt sei. Denn der Wille des Völkerverbundes und der von ihm eingesetzten Regierungskommission, möge er gehen, wohin er wolle, werde Verordnung und Gesetz, unbefümmert um die Wünsche und Interessen der Bevölkerung. Das wurde an der Hand des Versailler Saartatuts, der Zusammensetzung und der Persönlichkeiten der Regierungskommission, nicht zuletzt ihres langjährigen Präsidenten Rault näher ausgeführt. Daran schloß sich eine kurze Darlegung der Entscheidung der in Versailles diktierten Regelung der Saarverhältnisse, der Unwahrheit, daß die Saargruben eine Reparationsleistung seien, der dreifachen Saarlüge Clemenceaus und der Unhaltbarkeit der Abstimmungsvorschrift. Mit schönen Worten und Versprechungen an die Saarbevölkerung habe man die Welt über diesen großen Betrug hinwegtäuschen wollen. Aber Regierungskommission und Völkerverbund hätten sich in ihrer Handlungsweise nie von den so laut verkündeten Grundätzen des Wohlergehens der Bevölkerung, des Abwendens jedes moralischen und materiellen Schadens, sondern lediglich von dem Bestreben leiten lassen, das Land zur französischen Annexion reif zu machen. Das beweise ihre Ausweisung, ihre Beamtenpolitik, die Art der Aufrechterhaltung der französischen Besatzung, die Währungs politik und die ganze Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse mit den so drückenden Wirkungen der Wart- und jetzt der Frankeninflation. Allen diesen Abtrennungsbestrebungen aber setze die Bevölkerung des Saargebiets den unveränderlich festen Willen entgegen, deutsch zu bleiben und sich das von ihren Vätern erkämpfte deutsche Volkstum zu erhalten. „Deutschland, Deutschland über alles. Und im Unglück nun erst recht!“ Mit der Mahnung, sich diese von starkem Vaterlandsgefühl und von Opferbereitschaft getragene Gesinnung und das mannhafte und einmütige Eintreten der Gesamtbevölkerung des Saargebiets für ihre unvergänglichen völkischen Rechte zum Vorbild zu nehmen und zur Lehre dienen zu lassen, schloß der Redner seine von lebhaftem Beifall begleiteten Ausführungen. Möchte diese Mahnung zum Wohle und zum Nutzen unserer ganzen deutschen Zukunft Verherzigung finden!

#### Kleine Mitteilungen.

Am 4. bis 6. September d. J. findet in Düsseldorf am Rhein der Regimentstag des Vereins ehemaliger Kameraden des 3. Unterelßassischen Infanterie-Regiments Nr. 138, verbunden mit einer großen Wiedersehensfeier statt. Aus dem Programm der vorgesehenen Veranstaltungen ist folgendes hervorzuheben: Sonnabend, den 4. September d. J., Gründungsfeier der Vereins ehemaliger

138er, Düsseldorf, und Begrüßungsfeier, Sonntag, den 5. September d. J., Frühtrunk, anschließend Besichtigung der großen Düsseldorfer Ausstellung „Gesolei“, anschließend gemeinsames Mittagessen, abends gemütliches Beisammensein. Montag, den 6. September d. J., Dampferfahrt nach Kaiserwerth. Anmeldungen sowie Geldsendungen für Festabzeichen, Festzeitungen usw. sind an Herrn Oberpostsekretär i. R. Gierstmahlen, Düsseldorf, Wilhelm-Tell-Str. 1, zu richten.

**Preisermäßigung für Saarländer.** Das allen Saarländern auf das vorteilhafteste bekannte schöne Bad Kreuznach im Nahe-tale hat für Saarländer eine 25prozentige Ermäßigung auf Kurtaxe und Kurmittel eingeräumt. Da Bad Kreuznach eines der ersten Heilplätze für chronische Frauen- und Kinderkrankheiten, Rheumatismus, Gicht (Zschias), Herz- und Gefäßstörungen, Hautkrankheiten, Ketonvaleszenz, Alterserscheinungen ist, wird diese Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse sowohl der im Saargebiet wohnenden als auch der verdrängten Saarländer sicherlich beitragen, den Besuch durch Saarländer zu heben.

#### Bücherbesprechung.

**§ Unsere Saar, Heimatblätter für die Saarlandschaft zur Pflege der Heimatliebe, heimischer Geschichte, Kunst, Volksart und Natur.** Nr. 1, 1926. Herausgeber: Studienprofessor Blatter, Ottweiler (Saar), Verlag: Hausen Verlagsgesellschaft m. b. H., Saarlouis. Alle Mitglieder, Freunde und Gönner des Saar-Vereins werden es mit Freuden begrüßen, daß das schöne, ferndeutsche Land an der Saar, dem sie in wirkender Liebe und Treue zugetan sind, nun auch eine Zeitschrift erhält, die der Heimatpflege im weitesten Sinne dienen, vor allem aber die Ergebnisse der eigentlichen Forschung auf wissenschaftlicher Grundlage in volkstümlicher Form darstellen will. Ein Blick auf das Inhaltsverzeichnis der gefällig und gediegen ausgestatteten Nr. 1 überzeugt uns von ihrer Vielseitigkeit. Professor Dr. h. c. J. B. Reune, Trier, der langjährige verdienstvolle Direktor des Museums in Metz, behandelt in einem erschöpfenden historisch-etymologischen Aufsatz die Herkunft des Namens der Saar. Studienrat Dr. Richard Witz, Trier, der als Herausgeber des prächtigen Heimatbuches „Das Moselland“ (Paulinus-Druckerei, Trier) weiteren Kreisen bekannt ist, deckt in der saarländischen Lage vom verteuftesten Hirsch Spuren uralter Zusammenhänge auf; Studienassessor Dr. A. Jor, Saarlouis-Roden, ein eifriger jüngerer Heimatforscher, dessen demnächst erscheinende „Saarländische Volkstunde“ auch hier empfohlen sein soll, stellt die altsaarländische Sitte des Handschlags (Verlöbniß) historisch-volkstümlich dar; Dr. J. Zewe, Hamburg, der Verfasser des hübschen Buches „Sitte und Brauch im Saargebiet“ (Hofer, Saarbrücken) setzt das soziale Denken des Saarländers der Gegenwart in Verbindung mit Zeugnissen gleicher Denkungsart aus der Vergangenheit des Saarlandes. Die Natur des Saarlandes kommt auch zu ihrem Recht. In einer Abhandlung über zwei seltene Vertreter der Wintergrünpflanzen des Saargebiets, der wissenschaftlich wertvolle Originalaufnahmen beigegeben sind, gibt Walter Kremp, Ottweiler, einen interessanten Beitrag zur Flora des Saargebietes, die er, wie seine „Streifzüge durch die Flora des Saargebietes“ (Hofer, Saarbrücken) zeigen, mit besonderer Liebe studiert. Der erste Orchideenforscher und -forscher des Saarlandes, Apotheker J. Ruppert, Saarbrücken, behandelt den für eine recht verstandene Heimatpflege so wichtigen „Naturhauch und seine Ziele“. Diesen größeren Abhandlungen folgen allerlei „bunte Mitteilungen“ über beachtenswerte Funde, Anregungen zur Heimatforschung, gefährdete Denkmäler, denen sich unter „Heimatliche Literatur“ eine Anzeige unserer heimatkundlichen Arbeiten in Büchern, Zeitschriften und Zeitungen anschließt. Die Titelseite schmückt eine feine Wiedergabe der „Aussicht von der Cloef bei Orscholz“, die aus dem berühmten Saartalbuch von B. Becker, Frankfurt a. M. stammt. Der durch eine gediegene Bucherei bekannte Verlag, der vielen Mitgliedern des Saar-Vereins durch seine aus dem saarländischen Volksleben geschöpften Beiträge für den alten „Bergmannsfreund“ bekannte Herausgeber sowie der Redaktionsausschuß, dem z. T. altbewährte Heimatforscher angehören. — Bürgermeister Müller, Wadern z. B. ist der Verfasser des von der Trierischen Gesellschaft für mündliche Forschungen herausgegebenen Buches: „Die Ortsnamen des Reg.-Bez. Trier“ und der „Beiträge zur Urgeschichte des Vertriebs“ — sie alle bürgen dafür, daß die neue Zeitschrift jedem Freund des Saarlandes bald lieb und wert, ja unentbehrlich sein wird. Der billige Bezugspreis von 0,50 Mark für die Nummer ermöglicht jedem die Anschaffung, um die Verlag und Redaktion im Interesse der guten Sache herzlich bitten.

Erscheint zunächst monatlich zweimal, am 1. und 15. mit der vierseitigen illustrierten Monatsbeilage „Saar-Heimatlilder“. Bestellungen nur durch die zuständigen Postanstalten (Postzeitungsliste S. 266) erbeten. In Sonderfällen erfolgt Zufendung durch die Geschäftsstelle Saar-Verein e. V., Berlin SW. 11, Königgräber Straße 94, Fernsprech. Anschluß: Amt Hasenheide 3243. — Bezugspreis monatlich: 50 Goldpfennig. — Alle Zahlungen auf Postkonten Berlin NW. 7, Nr. 65536 oder auf Deutsche Bank, Depostenkasse O, Berlin SW. 47, Belfer-Allee 12, Platz 15, in beiden Fällen für Konto „Geschäftsstelle Saar-Verein e. V.“, mit dem Vermerk „Saar-Freund“ erbeten. — Für den Gesamtinhalt verantwortlich: Kurt Meurer, Berlin. — Verlag: Geschäftsstelle „Saar-Verein e. V.“, Berlin SW. 11, Königgräber Str. 94; Druck: Deutscher Schriftverlag, Berlin SW. 11.